



Junge Liberale Niedersachsen



Antragsbuch

**zum 58. Landeskongress
am 21. und 22. November 2009
in Oldenburg**





Junge Liberale – Landesgeschäftsstelle – Walter-Giesecking-Straße 22 – 30159 Hannover

An die
Teilnehmer des
58. Landeskongresses der
Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.

David Salm

Stellvertretender Landesvorsitzender

Berliner Freiheit 9
28327 Bremen

Mobil: 0151-25336821
E-Mail: salm@julis.de
Internet: www.julis-nds.de

Antragsbuch zum Landeskongress

Hannover, den 12. November 2009

Liebe Julis,

hiermit erhaltet ihr das Antragsbuch zu unserem 58. Landeskongress am 21. und 22. November in Oldenburg.

Ich freue mich ganz besonders über die zahlreichen und vielfältigen Sachanträge, die ihr gestellt habt – insbesondere über solche aus Kreisverbänden und Landesarbeitskreisen, die lange Zeit inaktiv waren.

Herzlich danken möchte ich der Satzungscommission für die gründliche Arbeit an unserer Satzung und unseren Geschäftsordnungen, die sich in umfangreichen Reformvorschlägen am Ende des Antragsbuchs wiederfinden.

Zu Beginn des Buches findet ihr den außen- und sicherheitspolitischen Leitantrag des Landesvorstands „Weltpolitik gestalten – Verantwortung global denken“. Zur Vorbereitung habe ich zahlreiche Regionalkonferenzen im Landesverband sowie ein Seminar auf dem Liberalen Jugendtag in Lüneburg gehalten, sodass jeder die Möglichkeit hatte, seine Anregungen und Ideen schon an möglichst früher Stelle einzubringen. Ich möchte mich schon jetzt sehr herzlich bei allen Teilnehmern für die stets konstruktive und spannende Diskussionsatmosphäre bedanken und hoffe, es hat euch so viel Spaß gemacht wie mir. Ich freue mich insbesondere beim Leitantrag auf viele gute Änderungsanträge und spannende Debatten!

Ich freue mich darauf, euch in Oldenburg zu treffen.

Beste Grüße

PRESSEBETREUUNG

Verony Reichelt
Stv. Landesvorsitzende für Pressearbeit

Mobil: (0151) 165 56 880
E-Mail: reichelt@julis.de

ORGANISATION

Oliver Frederik Olpen
Stv. Landesvorsitzender für Organisation

Mobil: (0163) 361 39 35
E-Mail: olpen@julis.de

KONTAKT

Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Heinrich-Jürgens-Haus
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover

Tel.: (0511) 2807127
Fax: (0511) 2807125
E-Mail: niedersachsen@julis.de
Internet: www.julis-niedersachsen.de

TAGUNG UND HOTEL

City Club Hotel Oldenburg
Europaplatz 4-6
26123 Oldenburg

Tel.: (0441) 808-0
Fax: (0441) 808-100
Internet: www.cch-hotel.de

Gewünschte Übernachtungen im „City Club Hotel“ sind bei der Anmeldung über die Landesgeschäftsstelle mit anzugeben und spätestens beim Check-In zu bezahlen.

Nähere Informationen sind dem beiliegenden Anmeldebogen zu entnehmen. Anmeldungen und Zimmerreservierungen werden bis zum 09.11.2009 von der Landesgeschäftsstelle angenommen.

CHECK-IN

Der Check-In findet am Samstag vor dem Tagungssaal statt. Der Check-In beginnt um 09:00 Uhr und wird nach Kongressbeginn im Tagungsbüro fortgesetzt.

ANREISE

Anreise mit dem Zug:

Oldenburg ist über Hannover und Bremen sowie aus Ostfriesland mit dem Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn zu erreichen. Aus Richtung Osnabrück und Wilhelmshaven erreicht man Oldenburg mit der Nord-West-Bahn. Buchungen über www.bahn.de.

Anreise mit dem Auto:

Die sicherste Variante bei einer Anreise mit dem Auto ist es, sich eine Wegbeschreibung bei einem Routenplaner auszudrucken!

EINLADUNG

**58. Landeskongress
Jungen Liberalen Niedersachsen**

21. - 22. November 2009
City Club Hotel, Oldenburg



EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Interessenten,
liebe JuLis,

hiermit lade ich im Namen des Landesvorstandes gemäß
§ 5 Abs. 3 unserer Satzung zum 58. Landeskongress der
Jungen Liberalen Niedersachsen nach Oldenburg ein.

Mit liberalen Grüßen



Matthias Seestern-Pauly
Landesvorsitzender

HINWEISE

Sachanträge müssen bis Samstag, den 31. Oktober 2009
um 24:00 Uhr per E-Mail beim Landesprogrammatiker
David Salm (salm@julis.de) oder in der Landesge-
schäftsstelle (niedersachsen@julis.de) eingegangen sein.
Das Antragsbuch wird den rechtzeitig angemeldeten
Teilnehmern bis Samstag, den 14. November 2009 zuge-
sendet.

Rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes ordentli-
che Mitglied der Jungen Liberalen Niedersachsen.

Die Teilnahme am Kongress ist kostenlos, bei Bedarf sind
Übernachtung und Verpflegung zu erwerben. Mitglie-
dern erstatten wir Fahrkosten in Höhe von 0,08 € pro km
sowie 0,02 € pro km pro Mitfahrer. Bahnfahrer erhalten
pro entsprechenden Auto-Kilometern eine Fahrtkosten-
erstattung in Höhe von 0,08 €, maximal jedoch den
Preis der Hin- und Rückfahrt.

Aufgrund von negativen Erfahrungen in den letzten Jah-
ren, werden wir bei den Fahrtkostenerstattungen stich-
probenartig Kontrollen durchführen müssen.

Als Tagesordnung schlage ich vor:

SAMSTAG, 21. NOVEMBER 2009

- | | | | | |
|-----|--|--|------------|----------------------------|
| ab | 09:00 Uhr: | Beginn des Check-In | 10:00 Uhr: | Fortsetzung des Kongresses |
| | | 10:00 Uhr: | | Beginn des Kongresses |
| 1. | Eröffnung des Landeskongresses | | | |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und Beschlussfähigkeit | | | |
| 3. | Wahl eines Tagungspräsidiums und zweier Proto-
kollanten | | | |
| 4. | Genehmigung der Tagesordnung | | | |
| 5. | Wahl einer Zählkommission | | | |
| 6. | Festlegung der Antragsreihenfolge | | | |
| 7. | Grußworte | | | |
| 8. | Rede des Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen
Niedersachsen, Matthias Seestern-Pauly , mit Aus-
sprache | | | |
| 9. | Rede des Wehrbeauftragten des Deutschen Bun-
destages, Reinhold Robbe (angefragt)
Rede des Vorsitzenden des Deutschen Bundes-
wehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch (angefragt) | | | |
| 10. | Rede des Obmanns der FDP-Bundestagsfraktion
im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung, Hellmut Königshaus MdB | | | |
| 10. | Beratung des Leitantrags „Weltpolitik gestalten -
Verantwortung global denken“ des Landes-
vorstandes. | | | |
| 11. | Antragsberatung | | | |
| ca. | 18.00 Uhr: | Unterbrechung des Kongresses
Party des LV Niedersachsen | | |

SONNTAG, 22. NOVEMBER 2009

- | | |
|------------|--|
| 10:00 Uhr: | Fortsetzung des Kongresses |
| 11. | Fortsetzung der Antragsberatung |
| 12. | Grußwort des Bundesvorsitzenden der Jungen
Liberalen, Johannes Vogel MdB |
| 13. | Beratung von Satzungsänderungsanträgen
(1) 58.9.01 Satzung
(2) 58.9.02 LaKo-GO
(3) 58.9.03 LAK-GO |
| 14. | Schlusswort des Landesvorsitzenden |
| ca. | 15:00 Uhr: Ende des Kongresses |

Kleines LaKo-ABC

Jedes Mitglied der Julis Niedersachsen hat auf dem Landeskongress Rederecht, Stimmrecht und Antragsrecht. Konkret heißt das: Jedes Mitglied darf sich auf dem Landeskongress äußern, an Abstimmungen teilnehmen und Anträge zur Abstimmung stellen.

Es gibt grundsätzlich zwei verschiedene Arten von Anträgen: Sachanträge und Anträge zur Geschäftsordnung (auch „GO“ genannt).

Sachanträge sind Anträge zu politischen Fragen, sie betreffen die Meinung des Verbandes. Solche Anträge werden in der Regel vor dem Kongress eingereicht, diese Anträge findest Du in diesem Antragsbuch. Zu diesen kannst Du jederzeit Änderungsanträge einreichen, eine Vorlage für einen Änderungsantrag findest Du am Schluss. Diese liegt auch auf dem Kongress aus.

Über die Reihenfolge, in der die Anträge beraten werden, wird in der Regel zu Beginn des Kongresses mittels des „Alex-Müller“-Verfahrens abgestimmt. Dabei kann jedes Mitglied 5 Stimmen auf Anträge verteilen, die ihm besonders wichtig sind und die somit schneller behandelt werden sollen. Aus der Reihenfolge der entfallenen Stimmen ergibt sich dann die Antragsreihenfolge.

Anträge zur Geschäftsordnung beschäftigen sich mit dem Verlauf des Kongresses, sie werden also während des laufenden Kongresses gestellt.

Die „typischen“ Geschäftsordnungsanträge sind:

- Der Antrag auf Schluss der Rednerliste
- Der Antrag auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung
- Der Antrag auf Begrenzung der Redezeit
- Der Antrag auf Verweisung

Ein Geschäftsordnungsantrag gilt als angenommen, es sei denn ein Mitglied hält eine Gegenrede, worauf dann über den Antrag abgestimmt wird. Ruft ein Mitglied nach einem Geschäftsordnungsantrag „Formal“ (d.h.: „formale Gegenrede“), so muss über den Antrag abgestimmt werden.

Einen Geschäftsordnungsantrag zeigt man mittels des Heben beider Hände beim Präsidium an.

Es ist grundsätzlich erlaubt, während eines Redebeitrags Zwischenfragen an den Redner zu stellen. Hierzu werden beide Hände zu einem Dreieck geformt und gehoben. Sodann fragt das Präsidium den Redner, ob er die Zwischenfrage zulässt.

Dies ist nur ein kleiner Auszug, um den Einstieg gerade für Mitglieder, die zum ersten Mal zum LaKo fahren, zu erleichtern. Die komplette Satzung und Geschäftsordnung findet ihr auch online unter www.julis-niedersachsen.de im Bereich „Service“

Antragsübersicht zum 58. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen am 21. und 22. November 2009 in Oldenburg

0. Leitanträge des Landesvorstands		
<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Weltpolitik gestalten – Verantwortung global denken	Geschäftsführender Landesvorstand

1. Innen, Recht & Sport		
<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Entschiedener Widerspruch gegen Alkoholverbot	KV Ostfriesland/Küste
02	Abschaffung der Sommerzeit	KV Ostfriesland/Küste
03	Rechtsstaatlichkeit bei Internetlöschungen	KV Braunschweig
04	Drogensucht erfolgreich vorbeugen – Cannabis nicht freigeben	KV Ems-Vechte, KV Osnabrück-Land
05	Geschäftsfähigkeit für Affen	KV Göttingen
06	Keine Altersbeschränkung für Solarien!	KV Hannover-Land
07	Liberale Sportpolitik	KV Hannover-Land
08	Spiel mit offenen Karten	KV Osnabrück-Land
09	Ja zur Innovation, ja zum Verbraucherschutz	KV Osnabrück-Land
10	Umstrukturierung des Jugendstrafrechts	KV Ems-Vechte
11	Schnapsidee, die zweite	KV Hameln-Holzminde
12	Kinderwunsch respektieren – klare Rahmenbedingungen schaffen	KV Hameln-Holzminde
13	Sexuelle Orientierung als Grundrecht	KV Osnabrück-Stadt
14	Mehr Gleichheit bei den AGB	KV Harburg-Land
15	PAINTBALL, DAS SPIEL	KV Harburg-Land
16	Polizisten identifizierbar machen	KV Harburg-Land
17	Direktwahl des Bundespräsidenten	Andrej Meyer, Moritz Bräuer, Dennis Weidemeier, Thimo Frisch
18	Datenschutz in einer Welt ohne Grenzen	Erweiterter Landesvorstand, KV Braunschweig
19	Bürgerportalgesetz und DE-Mail verhindern	Erweiterter Landesvorstand, KV Northeim
20	Rechtsextremismus in Niedersachsen bekämpfen	KV Hannover-Stadt
21	Liberalisierung der Sterbehilfe	KV Hannover-Stadt

2. Internationale Politik

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Königreich Bayern	KV Ems-Vechte
02	Aufnahme der Ukraine in die EU	KV Göttingen
03	Förderung einer multikulturellen Weltgemeinschaft - Perspektiven liberaler Politik	KV Helmstedt
04	Entwicklungshilfe für China kürzen und auf gezielte Projekte beschränken	KV Northeim
05	Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs	KV Vechta

3. Wirtschaft & Finanzen

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Echte Steuervereinfachungen statt mehr Ausnahmen	KV Braunschweig
02	Pflichtmäßige Rechnisse aufheben	KV Helmstedt
03	Steuerfreiheit für zweckgebundene AG-Leistungen	KV Hameln-Holz Minden
04	Subventionen für Solarstrom senken	LAK Umwelt & Landwirtschaft
05	Stopp von Ausgabenerhöhungen – Für eine nachhaltige Finanzpolitik	KV Osnabrück-Stadt
06	Staatliche Banken auf Kernkompetenzen rückbesinnen – Eingriffe in den Finanzdienstleistungsmarkt unterlassen	LAK Wirtschaft & Finanzen
07	Arbeitslosenvermittlung	Erweiterter Landesvorstand, KV Osnabrück-Land
08	Ehegattensplitting abschaffen	KV Ammerland
09	Keine staatlichen Hilfen an GM	KV Göttingen

4. Bildungspolitik

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Zentralisierung der Bildungspolitik	KV Stade
02	Gleiches Recht auf BAföG für Studierende an Fern- UND Präsenzuniversitäten!	LAK Bildungspolitik
03	Transparenz bei der Vergabe von Abiturnoten – Schüler über ihre Rechte aufklären	LAK Bildungspolitik, KV Göttingen
04	Bürokratieabbau an Schulen	KV Braunschweig
05	Medienkompetenzen in der Schule	KV Ems-Vechte
06	Einführung universitärer Bildungsschecks	KV Göttingen
07	Mehr Hilfspersonal für bessere Bildung	KV Hameln-Holz Minden
08	Gute Bildung braucht gute Betreuung	KV Osterholz
09	Weniger ist mehr!	KV Osterholz
10	Schüler BAföG	KV Osnabrück-Stadt
11	Zeugnisse modernisieren	KV Osnabrück-Stadt

5. Verkehr & Infrastruktur

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Freie Fahrt! – Mit liberaler Verkehrspolitik in eine moderne Zukunft	Geschäftsführender Landesvorstand, LAK Verkehr & Infrastruktur
02	Reform der Seedingsttauglichkeitsverordnung	KV Stade
03	Elbvertiefung	KV Stade
04	Gegen eine PKW-Maut	KV Osnabrück-Land
05	JuLis fordern Breitbandzugänge über Funk	Erweiterter Landesvorstand, KV Oldenburg-Land
06	Führerscheinregeln vereinfachen	Erweiterter Landesvorstand; KV Harburg-Land; LAK Innen, Rechts- & Sportpolitik

6. Soziales, Familie & Gesundheit

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Schulobstgesetz (SchulObG) abschaffen	LAK Wirtschaft & Finanzen, LAK Umwelt & Landwirtschaft, LAK Bildungspolitik
02	Gegen das Betreuungsgeld	KV Braunschweig
03	Alleinerziehende entlasten	KV Helmstedt
04	Schnelle und moderne Rettung an Unfallorten	KV Osnabrück-Stadt
05	Demenzkranken vernünftig betreuen!	Erweiterter Landesvorstand, KV Osnabrück-Stadt
06	Notrufnummern stärken	Erweiterter Landesvorstand, KV Delmenhorst
07	Gesundheitspolitik mit Vernunft: Pandemiepläne anpassen	KV Hannover-Stadt

7. Umwelt & Landwirtschaft

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Freier Agrarmarkt	LAK Wirtschaft & Finanzen
02	Kein Ausstieg aus dem Ausstieg	KV Osterholz
03	Das Dosenpfand gehört in die Tonne!	Erweiterter Landesvorstand
04	Lösung der Endlagerfrage	Erweiterter Landesvorstand, KV Hannover-Stadt

8. Medien & Kultur

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Netzneutralität erhalten!	KV Northeim
02	GEZ serviceorientierter gestalten	KV Osnabrück-Stadt
03	Gegen ein „Leistungsschutzrecht“ für Verlage!	KV Harburg-Land
04	Kennzeichnung von Printmedien in Parteibesitz	KV Harburg-Land
05	Einschränkungen für regionalen privaten Rundfunk aufheben	KV Ammerland

9. Satzung & Verbandsinterna

<u>Nummer</u>	<u>Antragstitel</u>	<u>Antragsteller</u>
01	Änderung der Satzung	Geschäftsführender Landesvorstand kommissarisch für die Satzungskommission
02	Änderung der Geschäftsordnung des Landeskongresses	Geschäftsführender Landesvorstand kommissarisch für die Satzungskommission
03	Neufassung der Geschäftsordnung der Landesarbeitskreise	Geschäftsführender Landesvorstand kommissarisch für die Satzungskommission



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

0.01

■ Leitantrag

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Weltpolitik gestalten – Verantwortung global denken

Libérale Außenpolitik im 21. Jahrhundert

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

A. Präambel

Ziel liberaler Außen- und Sicherheitspolitik ist die Wahrung und Schaffung von Frieden und Freiheit in der Welt.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen rufen die FDP auf, eine Außenpolitik fortzuführen, die der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht wird, auf Veränderungen der Weltordnung reagiert und die Deutschland als gestaltendes Mitglied der Weltgemeinschaft versteht.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen verschreiben sich dem Völkerrecht als probatem Mittel der Sicherung und Schaffung friedlicher, demokratischer Strukturen in der Welt.

Durch die Entstehung neuer globaler Akteure wie den Vereinten Nationen oder der NATO wurde die Stabilität in der Welt in Zeiten des Kalten Krieges bewahrt. Allerdings steht die NATO seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor neuen Herausforderungen, auf die sie sich noch nicht ausreichend eingestellt hat.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen im Prozess der Europäischen Einigung einen wesentlichen Bestandteil für die friedliche Zukunft des Kontinents. Auch für die wirtschaftlichen Perspektiven Europas hat das Projekt der Europäischen Gemeinschaft den Grundstein gelegt.

B. Die weltpolitische Lage

Die Welt befindet sich jetzt, knapp ein zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen Fall des Eisernen Vorhangs insgesamt in einem relativ stabilen Zustand. Das Wettrüsten aus der Zeit der Bipolarität ist zum Teil beendet, Diplomatie und Aussöhnung bestimmen die Beziehungen der einst tief verfeindeten Blöcke. Zugleich steigen weltweit die Gefährdungen, die aus Terrorismus, Diktaturen die selbigem Unterschlupf und Infrastruktur bieten, und einem in einigen Teilen der Welt zunehmenden Staatenzerfall („failed states“) erwachsen. Die Dualität ist einer zunehmenden Multipolarität gewichen.

Die Weltgemeinschaft versucht mit ihren unterschiedlich aufgebauten Organisationen auf unterschiedliche Art und Weise, diese Probleme anzugehen.

Diverse multilaterale Organisationen versuchen mit eigenen Wegen, für Frieden in der Welt zu sorgen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen wünschen sich den Weltfrieden und begrüßen alle Anstrengungen, die dieses Ziel fördern.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in der Welt traditionell eine sehr friedensorientierte, diplomatische Rolle eingenommen. Dies begründet sich in erster Linie in der historischen Verantwortung, die Deutschland mit Blick auf die Verbrechen des nationalsozialistischen

Regimes zukommt. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen dieses Primat der Diplomatie. Richtig ist aber auch, auf Grund des weltweit gewachsenen Ansehens Deutschlands, den Blick auf Dauer nach Vorn zu richten und die Bundesrepublik grundsätzlich als verantwortungsbewusst handelndes gleichberechtigtes Mitglied der Weltgemeinschaft zu verstehen, das sich aktiv und ohne falsche Rücksichtnahme für Menschenrechte und Demokratie weltweit einsetzt.

C. Europa und die NATO

I.) Die Europäische Union

1.) Europa nach dem Vertrag von Lissabon vor neuen Aufgaben

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen die weitere Demokratisierung der Europäischen Union durch den bereits durch die Bundesrepublik ratifizierten Lissabon Vertrag und sehen darin große Chancen für ein weiteres Wachsen der europäischen Idee. Langfristiges Ziel der Jungen Liberalen ist die Schaffung eines Europäischen Bundesstaates mit einer gemeinsamen Verfassung.

a) Demokratisierung

Europa muss demokratischer werden. Wichtige Schritte dazu sind die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Einführung einer echten Gewaltenteilung auf europäischer Ebene. Der Vertrag von Lissabon ist dazu ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch ist es äußerst bedauerlich, dass das Europäische Parlament nach wie vor über kein Initiativrecht verfügt.

Mit Sorge sehen wir, dass die Europäischen Gemeinschaftsexekutivorgane in den letzten Jahrzehnten zunehmend ein Eigenleben entwickelt haben und dabei eine Tendenz zur Selbstverstärkung und Bürokratisierung aufweisen. Daher setzen wir uns als ersten Schritt zu mehr „Checks and Balances“ in Europa dafür ein, die Kommission direkt vom Parlament wählen zu lassen.

b) Subsidiaritätsprinzip beachten

Ein zentrales Instrument liberaler Gesetzgebungsmechanismen ist stets das Subsidiaritätsprinzip. Seiner Anwendung im institutionellen Bereich liegt ein im Grunde einfacher wie vernünftiger Gedanke zugrunde: Ein Staat oder ein Staatenbund, wie die EU, verfügt nur über diejenigen Zuständigkeiten und Kompetenzen, die Privatpersonen, Unternehmen und lokale, regionale oder nationale Gebietskörperschaften nicht allein ausüben können, ohne einem allgemeinen Interesse oder dem Gemeinwohl zu schaden. Dieser Leitsatz war stets Grundlage bundesrepublikanischer Gesetzgebung und ebenso Teil des Europarechts, denn Europa war und ist trotz gemeinsamer Werte sehr heterogen, es bedarf des Schutzes kultureller und regionaler Vielfalt gemäß dem europäischen Leitmotiv „In Vielfalt geeint“. Dementsprechend gilt es, durch liberale Europapolitik ein Unterlaufen der innerstaatlichen rechtstaatlichen Institutionen zu verhindern.

c) Stärkung des Binnenmarkts

Als Liberale bekennen wir uns zu einem freien europäischen Binnenmarkt, der bereits in der Vergangenheit unvergleichbaren Wohlstand innerhalb der Mitgliedstaaten geschaffen hat. Wir lehnen Protektionismus innerhalb wie außerhalb der EU konsequent ab, ob beim freien

Waren- wie auch Kapitalverkehr, der Freizügigkeit seiner Bürger oder im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit. Das Ziel einen Binnenmarkt mit „einem freien und unverfälschten Wettbewerb“ zu schaffen wurde nicht wieder in den Vertragstext integriert. Die Jungen Liberalen fordern eine Wiederaufnahme eines solchen klaren Bekenntnisses zur Marktwirtschaft in den Vertrag.

2.) Die europäische Integration

Die Europäische Union hat sich im vergangenen Jahrzehnt stark verbreitert. An erster Stelle sollte nun eine Vertiefung stellen. Die Aufnahme neuer Staaten ist generell an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu koppeln, die wiederum regelmäßig zu aktualisieren und zeitgemäß zu halten sind. So wird gewährleistet, dass die EU ein Bündnis aus freiheitlich-rechtstaatlichen Gesellschaftsordnungen bleibt und nicht der Beliebigkeit verfällt.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen wissen um die Verdienste der Europäischen Gemeinschaft, die Frieden, Wohlstand und Freiheit zwischen einst verfeindeten Staaten brachte. Stacheldraht und Mauern sind für den größten Teil Europas Geschichte. Europa jedoch hört weder kulturell, historisch noch geopolitisch an der polnischen Grenze auf. Mit Blick auf Osteuropa hat sich in den letzten Jahren viel getan. 2004 traten bereits einige der Staaten der Europäischen Union bei. Dieser Schritt bot auch anderen ehemaligen Ostblockstaaten Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand. Auch hier gilt es alte und neue Grenzen aufzubrechen und Europa weiter zu einen. In der Ukraine wirkte die Orangene Revolution, die das Land demokratisierte. Auch in der letzten Diktatur Europas, Weißrussland, gibt es eine starke demokratische Opposition die es seitens des freien Europas auf unterschiedliche Weise zu unterstützen gilt. Deshalb ist der Ukraine mittelfristig Aussicht auf einen Beitritt in die EU zu geben.

Ein anderes zentrales Feld der europäischen Integration ist der Balkan. Seit osmanischer Zeit wurden die Balkanstaaten von unzähligen Kriegen heimgesucht. Daher ist die anzustrebende Optimallösung eine Einbindung aller Balkanstaaten in die Europäische Union, der hier eine friedensstiftende Funktion zukommt. Die derzeitigen Entwicklungen sind sehr auf Kroatien konzentriert. Jedoch sehen die Jungen Liberalen ebenso die positiven Entwicklungen anderer Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, die sich auf politischer wie auch auf wirtschaftlicher Ebene deutlich integriert haben. Dementsprechend ist allen Staaten auf dem Balkan eine mittelfristige Beitrittsperspektive zu eröffnen, sobald sie die Beitrittskriterien erfüllen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich dafür aus, keine falsche Rücksicht auf Hegemonialbestrebungen Russlands zu nehmen. Das Hegemonial-Denken bezüglich anderer, souveräner Staaten ist als Relikt des 19. oder 20. Jahrhunderts zu betrachten. Dennoch soll Russland nicht isoliert werden. Die Russische Föderation ist ein Partner auf der europäischen Bühne und als ein solcher zu begreifen. Dementsprechend setzen wir uns dafür ein, die Beziehungen zu intensivieren und zu verbessern. Besonders profitieren können beide Seiten von gegenseitigem Handel und wissenschaftlichem sowie kulturellem Austausch. Ziel liberaler Außenpolitik sollte es daher sein, Russland versuchen einzubinden. Zugleich kritisieren die Jungen Liberalen Niedersachsen die stetige Verletzung von Menschenrechten in Russland scharf. Die Unterdrückung der Pressefreiheit, die Verletzung der Demonstrationsfreiheit und vorherrschende Korruption dürfen von der internationalen Staatengemeinschaft nicht länger toleriert werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf echte Veränderungen der Menschenrechtslage in Russland zu drängen und den Kontakt zur Opposition in Russland zu wahren.

Ein anderes zentrales Feld der europäischen Integration ist der Balkan. Seit osmanischer Zeit wurden die Balkanstaaten von unzähligen Kriegen heimgesucht. Daher ist die anzustrebende Optimallösung eine Einbindung aller Balkanstaaten in die Europäische Union, der hier eine friedensstiftende Funktion zukommt. Die derzeitigen Entwicklungen sind sehr auf Kroatien konzentriert. Jedoch sehen die Jungen Liberalen ebenso die positiven Entwicklungen Serbiens, das sich auf politischer wie auch auf wirtschaftlicher Ebene deutlich liberalisiert hat und setzen sich mittelfristig für einen Beitritt der beiden einst verfeindeten Staaten ein - gerade auch, um den Balkan endgültig zu befrieden.

Die Türkei ist für die Jungen Liberalen erst dann ein aussichtsreicher Beitrittskandidatur Europäischen Union, wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Der Präzedenzfall einer Aufnahme trotz Verstoßes, wie mit Bulgarien und Rumänien geschehen, darf nicht wiederholt werden. Von einer Erfüllung dieser Kriterien ist die Türkei derzeit noch weit entfernt. Insbesondere die Minderheitenpolitik, die Zypern-Problematik und der Umgang in Bezug auf die eigene Geschichte bezüglich der Armenien-Frage lassen dies derzeit noch nicht zu. Gleichzeitig begrüßen die Jungen Liberalen selbstverständlich festzustellende Tendenzen zur Demokratisierung und Korruptionsbekämpfung. Erforderlich ist in dieser Phase ein ehrlicher Umgang mit der Türkei und nicht die Nennung fixer Jahreszahlen für einen Beitritt auf der einen Seite oder der Ausschluss der Aufnahmemöglichkeit auf Grund angeblicher Probleme in Bezug auf Religionsfragen oder abendländische Werte auf der anderen Seite. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind der Auffassung, dass Beitrittsverhandlungen immer offen und ehrlich geführt werden müssen. Das heißt auch, dass sie mit einem Nein enden können.

3.) Europäische Sicherheitspolitik

Freizügigkeit erfordert Sicherheit und ein effektives Justizsystem.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen befürworten deshalb den Ausbau gemeinsamer europäischer Sicherheitspolitik im Rahmen polizeilicher, staatsanwaltlicher und justizieller Zusammenarbeit innerhalb der EU, etwa durch Instrumente wie den Europäischen Haftbefehl und die direkte europaweite Vollstreckbarkeit von zivil- wie öffentlich-rechtlichen Forderungen.

Auf militärischer Seite kommt es in den letzten Jahrzehnten zu einer Veränderung der Anforderungen. Nationale Armeen kämpfen nun nicht mehr um die Hegemonialstellung auf europäischem Boden, sondern sind häufig gemeinsam im Rahmen von UN-Missionen zur Stabilisierung lokaler Sicherheitslagen und humanitärer Aufbauhilfe in anderen Teilen der Welt im Einsatz. Die taktische und technische Abstimmung wird immer bedeutender.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern deshalb die Einrichtung einer Armee des anzustrebenden europäischen Bundesstaates. Sie soll Parlamentsarmee des Europäischen Parlaments sein. Auf dem Weg dorthin sind Kooperationen wie etwa das Eurocorps weiter zu stärken und auszubauen – so wird ein weiterer Beitrag zu einem einheitlichen europäischen Auftreten auf der Weltbühne geleistet.

4.) Europäische Außenpolitik

Die Europäische Union wird um die Ämter eines Europäischen Präsidenten und des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die mit dieser Funktion verbundene Schaffung eines europäischen Auswärtigen Dienstes reicher. Die Jungen Liberalen begrüßen diesen Schritt, um der Union eine gemeinsame Stimme nach außen zu geben.

Außenpolitische Ziele der EU müssen der Wahrung des Friedens, der Freiheit und der unbedingten Stärkung unveräußerlicher Menschenrechte gewidmet sein.

Die Welt und auch Europa sind im Begriff, weiter zusammenzuwachsen. Trotzdem wurde mit der faktischen Entreißung des Kosovo aus Serbien und der Gründung eines zweiten

albanischen Staates Gegenteiliges bewirkt. Gerade auf dem Balkan wurde eine weitere Zersplitterung vorgenommen, die falsche Signale sendet. Für die Anerkennung von sich abspaltenden Regionen müssen strenge, einheitliche Standards gelten. Eine Anerkennung allein aus politischer Opportunität heraus muss ebenso unterbleiben wie eine Ablehnung aus selbigem Grunde.

Des Weiteren muss sich Europa nach außen hin für offene Gesellschaften und offene Märkte stark machen. Dazu gehört es auch, Demokratiebewegungen, wie jüngst im Iran, zu unterstützen und sich weltweit für Abschaffung von Handelsbeschränkungen einzusetzen. Nichtsdestotrotz sollte auch das Mittel von Handelsanktionen eingesetzt werden, wenn die außenpolitische Situation es gebietet. Im Falle der iranischen Mullahdiktatur würde eine vereinte europäische Stimme, oder ein vereinter europäischer Beschluss zu Sanktionen, mehr bewirken, als es die zaghaften Agenden einzelner Staaten derzeit tun. Handelsembargos dürfen dabei nur ultima ratio sein. Im Falle etwa der Lieferung von Uran zum Zwecke der friedlichen Nutzung halten die Jungen Liberalen Niedersachsen die strenge Kontrolle durch die IAEA für zielführender als ein reines Verbot.

II.) Die NATO

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die Verdienste der NATO in ihrer 60 jährigen Geschichte als Garant für Stabilität und Sicherheit in Europa und weltweit an. Jedoch haben sich die Zeiten für die NATO grundlegend geändert. Gerade die Felder der „Abschreckung“ und „Verteidigung“ sind zwar noch im NATO- Vertrag verankert, doch zunehmend in den Hintergrund verdrängt worden.

1.) Neue Aufgabenfelder

Seit dem Ende der bipolaren Welt ist das Risiko eines konventionellen Krieges als Bedrohung für Europa geringer geworden. Die Bedrohungslage für einzelne Verbündete Europas, wie Israel oder Südkorea hat sich jedoch verschärft. Im Vordergrund steht hier aber nicht die Gefahr eines konventionellen Krieges, gerade auch Dank militärischer Überlegenheit und militärischer Unterstützungszusagen, sondern vielmehr asymmetrische Bedrohungen in Form des internationalen Terrorismus oder im schlimmsten Falle eines nuklearen Angriffs. Diese Bedrohungslage besteht für Europa und Nordamerika gleichermaßen. So ist die Gefahr durch den internationalen Terrorismus rasant gestiegen. Einen Fall für die NATO stellt dies insofern dar, da sie es mit paramilitärischen Truppen zu tun hat, die weltweit operieren und von einigen Staaten finanziell und logistisch unterstützt werden. In diesem Zusammenhang befürworten die Jungen Liberalen Niedersachsen den andauernden Einsatz in Afghanistan, der zunächst nur eine Notwehrhandlung der NATO nach den Angriffen vom 11. September 2001 darstellte und das Unrechtsregime der Taliban beseitigte, das international agierenden Terroristen Unterschlupf und Ausbildungsmöglichkeiten gewährte. Als Hauptaufgabe, neben dem Aufbau und der Demokratisierung des seit Unzeiten zerrütteten Landes, gilt es deswegen, den Einfluss des islamistischen Terrors zurückzudrängen. Mit einer endgültigen Befriedung des Landes könnte die Demokratisierung schließlich Erfolg haben und auch ein positives Signal an die ganze Gegend wie Usbekistan oder Pakistan gesendet werden. Die Jungen Liberalen sehen jedoch gerade in der humanitären Hilfe für Afghanistan den wichtigsten Beitrag zur Befriedung des Landes. Der Aufbau demokratischer Strukturen, der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität und die zivile Wiederaufbauhilfe bringen mehr als jeder Kampfeinsatz. Die afghanische Bevölkerung muss die internationalen Truppen nicht als Besatzer, sondern als Helfer kennenlernen und der Propaganda der Taliban somit die Munition nehmen. Die Dauer des Einsatzes darf dabei nicht durch ein starres Ausstiegsdatum begrenzt werden. Dies würde der Lage der Menschen vor Ort in keinsten Weise gerecht und die Taliban durch die Aussicht auf freies Geleit wieder stärken. Es müssen

vielmehr qualitative Maßstäbe aufgestellt werden, bei deren Erfüllung die Fortsetzung des Stabilisierungseinsatzes nicht mehr erforderlich sein wird.
Gerade am Beispiel Afghanistan hat sich auch gezeigt, dass die Bundeswehr zeitgemäßer ausgestattet werden muss. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bestärken daher ihre Forderung nach einer Verschlankung und Professionalisierung der Bundeswehr, um den Anforderungen der Zeit gerecht werden zu können.

2.) Beitritt neuer Länder

Die NATO verfügt anders als die EU nicht über objektive Kriterien zur Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, was sich aus dem ursprünglichen Charakter der NATO als reinem Verteidigungszweckbündnis ergibt.
Die Ukraine und Georgien bemühen sich aktuell um einen Beitritt zur NATO. Grundsätzlich sollte es jedem freiheitlichen Rechtsstaat offen stehen, der NATO beizutreten. Eine bestimmte geographische Lage spielt hier, anders als bei einem Beitritt zur EU, überhaupt keine Rolle, wie bereits die Ausgestaltung des Nordatlantikvertrags zeigt.
Kritisch sollte allerdings der weitere Werdegang Georgiens betrachtet werden da im Kaukasuskonflikt zwischen Georgien und Russland im Jahr 2008 nicht abschließend geklärt werden konnte, welche Nation mit den Provokationen begann.

3.) Abrüstung

Für die Jungen Liberalen bleibt es das unveräußerliche Ziel, gerade im Bereich der Massenvernichtungswaffen und des dazugehörigen Know-Hows eine Initiative zur globalen Abrüstung gestartet werden muss. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass Abrüstung keine Einbahnstraße ist, sondern dass der Weg des Friedens immer von allen Beteiligten gegangen werden muss.
Dementsprechend darf es kein Appeasement gegenüber Unrechtsstaaten geben, die mit ihrer Rhetorik und einem „Säbelrasseln“ (wie etwa durch Atom- bzw. Raketentests) zu allem entschlossen scheinen.

D. Außen- und Sicherheitspolitik

I.) Liberal durch die Welt

Libérale Außen- und Sicherheitspolitik definiert sich über das Ziel, mehr Freiheit für immer mehr Menschen zu erreichen. Freiheit ist dabei die Möglichkeit, mit all seinen Rechtsgütern so zu verfahren, wie man es für richtig hält, ohne dabei in die Rechte Dritter einzugreifen.
Hieraus ergibt sich ein unbedingtes Bekenntnis zur Aufklärung sowie zu universellen und unveränderlichen Menschenrechten.
Eine liberale Außenpolitik setzt sich weltweit gegen Unterdrückung jeglicher Art und für die Einhaltung von Menschenrechten sowie die Verbreitung von Demokratie und Freiheit ein. Gleichzeitig ist gegenseitiger Respekt zwischen Staaten, Regionen und Menschen ein Pfeiler liberaler Politik.

Des Weiteren bekennen sich die Jungen Liberalen zum tiefen und freundschaftlichen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie der gesamten westlichen Welt, der wir uns zugehörig fühlen und dessen Teil wir sind.

II.) Die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen wurden ursprünglich als eine Wertegemeinschaft gegründet, allerdings sehen die Jungen Liberalen deren Entwicklung vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten nicht ohne Widerspruch.
Kritisch zu beurteilen sind vor allem die so genannten „Antirassismuskonferenzen“ in Durban und zuletzt in der Schweiz, welcher schon vor dem Kongress „Durban II“ genannt wurde, weil es mit Antirassismus nichts zu tun hatte und letztlich nur zu einer Veranstaltung gegen liberale Demokratien instrumentalisiert wurde. Bei diesen hat sich gezeigt, welche „Werte“ von einem Großteil der Staats- und Regierungschefs vertreten werden. Des Weiteren

299 betrachten die Jungen Liberalen es kritisch, dass die UNO allzu oft Diktatoren wie dem
300 libyschen Staatschef Gaddafi, eine Bühne bietet und diese die UNO für ihre Zwecke
301 missbrauchen. Schließlich ist festzustellen, dass der überwiegende Teil der UNO-Mitglieder
302 keine rechtstaatlichen Demokratien sind und die Menschenrechtscharta nicht achten.

303
304 Daher stellen die Jungen Liberalen mit Bedauern fest, dass die UN gegenwärtig keine würdige
305 Vertretung für liberale Werte und Menschenrechte darstellen.

306
307 Um dies zu erreichen, ist vielmehr eine umfassende Strukturreform dringend erforderlich.
308 Resolutionen und Interventionen dürfen sich nicht auf die Sonderrechte einiger weniger
309 willkürlich ausgewählter Mitglieder stützen. [Beispiel: China] Als ein erster Schritt sind hier die
310 Vetorechte der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats abzuschaffen und durch einen
311 Übergang zum 2/3-Mehrheitsprinzip sowie die Rückübertragung von Aufgaben zur
312 Vollversammlung zu ersetzen.

313 Wichtige Unterorganisationen, die große humanitäre Beiträge leisten wie etwa die UNICEF,
314 sind weiter zu stärken.

315 316 III.) Interventionen und humanitäre Hilfseinsätze

317 318 1.) Grundsatz

319 Grundsätzlich sind militärische Interventionen abzulehnen. Zu begrüßen ist es, wenn sich die
320 Gesellschaften vor Ort möglichst friedlich eines Diktators entledigen bzw. eine freie und offene
321 Gesellschaft bilden können. Die Ideologie des „Regime Change von außen“ lehnen die Jungen
322 Liberalen im Hinblick auf die Situation im Irak ab.

323 324 325 2.) Veränderte weltpolitische Lage durch Völkermord oder massive Bedrohung des 326 Weltfriedens

327 Bei Völkermorden ist es unbedingt geboten zu handeln. Ein Fall wie in Ruanda in den 1990er
328 Jahren darf sich keinesfalls wiederholen. Falls die Absicht der Aggressoren besteht, ihre
329 Opponenten zu vernichten und es keine anderen Möglichkeiten gibt, müssen auch militärische
330 Mittel, unilateral oder durch die Weltgemeinschaft eingesetzt werden können, um das Morden
331 zu beenden. Auch bei einer massiven Bedrohung des Weltfriedens oder im Falle eines Angriffes
332 sehen die Jungen Liberalen Interventionen als gerechtfertigt an. Der Angriff auf die USA am 11.
333 September 2001 war durch den Bündnisfall ein Angriff auf die gesamte NATO und die gesamte
334 westliche Welt. Deswegen ist der Krieg gegen den internationalen Terrorismus und die Taliban
335 gerechtfertigt.

336
337 Das Mittel der Präventivschläge ist grundsätzlich abzulehnen. Allerdings haben sich die
338 Machtverhältnisse der Welt verschoben. Staaten wie Iran und Nordkorea, die bereits eine
339 Bedrohung für ihre unmittelbaren Nachbarn darstellen, streben nach der Atombombe oder
340 haben sie bereits. Da diese Staaten gegen andere Staaten aggressiv vorgehen und im Falle des
341 Iran sogar Stellvertreterkriege führen, sowie öffentlich zur Vernichtung anderer UN Mitglieder
342 aufrufen und offen deren Existenzrecht aberkennen, muss es für die betreffenden Nationen
343 eine Möglichkeit des Präventivschlags geben, da sie ansonsten ihre Existenz aufs Spiel setzen.

344 345 IV.) Sicherheitspolitik im Allgemeinen

346 347 1.) Das Raketenabwehrsystem

348 Ein weiteres Problem steht der Umgang mit dem Raketenabwehrsystem dar, dass in Zentral-
349 Osteuropa stationiert werden sollte.

350 Dieses Thema besteht zwar derzeit nicht akut, bedarf aber einer abstrakten Lösung gerade
351 auch für vergleichbare Fälle.

352 Es handelt sich um eine reine Verteidigungsanlage. Eine „Bedrohung“ durch diese Anlage ist
353 objektiv gar nicht erst gegeben. Die Anlage hatte den vorgesehenen Zweck, vor Angriffen aus
354 dem Nahen oder Mittleren Osten – nicht jedoch des militärisch in diesem Punkt ohnehin weit
355 überlegenen Russlands – zu schützen. Dementsprechend ist Russland das nächste Mal in
356 etwaige Planungen mit einzubinden- auch, um zu signalisieren, dass es sich nicht um eine
357 Aktion gegen die russische Föderation handelt.

Die Jungen Liberalen fordern eine ideologiefreie Debatte über die Thematik und kritisieren die FDP, die in dem Abwehrschild eine „Bedrohung und Provokation“ sieht. Sie fordert die FDP auf, die legitimen Verteidigungsinteressen der USA sowie der NATO auch in diesem Punkt gebührend zu respektieren und zu unterstützen.

2.) Innerstaatliche Sicherheitspolitik

Als innerstaatliche Sicherheitspolitik befürworten die Jungen Liberalen die Aussetzung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik, die wir für obsolet halten. Gleichzeitig ist eine mittelfristige Umformung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee zu schaffen.

Ein Waffenexport der Bundesrepublik an Staaten, in denen grundlegende Menschenrechte nicht geachtet werden, ist überdies unbedingt abzulehnen.

V.) Israel & der Nahe Osten

Beim Israel-Konflikt hoffen die Jungen Liberalen darauf, dass sich die Lage im Nahen Osten durch eine Zweitstaatenlösung mit einem allein lebensfähigen palästinensischen Staat dauerhaft stabilisieren könnte. Wir sehen Israel gerade auf Grund der historischen Verantwortung Deutschlands als Partner an.

E. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe & Weltpolitik

Die Jungen Liberalen bejahen die Öffnung von bestehenden Grenzen, den Abbau von Handelshemmnissen und die aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe als Bausteine einer gerechten Weltordnung.

Die größten Potenziale im Kampf gegen Hunger, Armut und Unterdrückung weltweit liegen im freien Handel ordoliberaler Prägung in all seinen Facetten. So wird es Bauern und kleinen Unternehmern in der Dritten Welt nur dann effektiv ermöglicht, die Chancen des Weltmarkts für sich und ihre Produkte zu nutzen, wenn endlich auch in der EU Einfuhrzölle und Exportsubventionen schnellstmöglich, radikal und konsequent abgeschafft werden. Nur freier Handel ist auch fairer Handel. Zu einem freien Handel gehört auch das Aufbrechen von Monopolen privater, aber auch staatlicher Art. Hierfür fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen, die WTO zu einer Art weltweitem Kartellamt auszubauen. Durch diese Instrumente kann bereits viel erreicht werden – nicht nur kostenneutral, sondern sogar durch wegfallende Subventionen mit aktiven Einspareffekten.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen jedoch an, dass Chancengerechtigkeit noch nicht vollständig verwirklicht ist, wenn alle Marktteilnehmer Zugang haben. Es bedarf vielmehr auch des aktiven Ausgleichs bestehender Nachteile – also des Bereichs der „klassischen“, direkten Entwicklungshilfe.

Die Politik fixiert sich hier bisher auf die Festschreibung von Zahlungszielen – teilweise gar anhand eines prozentualen Anteils der Staatsausgaben. Die Frage, wie Mittel verteilt und eingesetzt werden, bleibt dabei leider zu häufig wenig beachtet.

Auch die Kriterien, nach denen Entwicklungshilfe gewährt wird, sind intransparent: Diese orientieren sich eher an den Bedürfnissen des Deutschen Verwaltungsrechts als an denen der hilfebedürftigen Menschen.

Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen, einen größeren Fokus auf die Effizienz des Einsatzes der Mittel zu legen. Erkenntnisse aus der Wohlfahrtsökonomie wie etwa jene des Kopenhagener Konsenses von 2004 können hier einen viel stärkeren Beitrag als bisher leisten. Mittel dürfen nicht nach ideologischen Gesichtspunkten vergeben werden, sondern müssen nutzenorientiert eingesetzt werden.

Hierfür ist in Zusammenarbeit mit der Weltbank auf vergleichsweise neue, innovative Konzepte wie Mikrokredite zu setzen anstatt auf das Verteilen großer Summen nach dem Gießkannenprinzip.

So lassen sich weltweit Startchancen setzen, die für eine gleichberechtigte Weltordnung in Freiheit erforderlich sind.

417

418

419 Begründung:

420

421 Die Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.01■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Ostfriesland/Küste

Entschiedener Widerspruch gegen Alkoholverbot

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen Alkoholverbote in Zügen des Nahverkehrs.

Begründung:

Die Metronom Eisenbahngesellschaft GmbH hat ein Alkoholverbot in ihren Zügen verhängt und setzt dieses zum 15.11.2009 durch, die Deutsche Bahn AG überlegt dieses Verbot ebenfalls in ihren Zügen durchzusetzen. Die Jungen Liberalen müssen sich gegen eine solche Beschneidung der Freiheit einsetzen, nicht zuletzt weil diese Maßnahmen keine Randalierer von ihren Aggressionen befreien, sondern weil diese Verbote jeden treffen selbst jene welche nur ihr Bier nach dem Feierabend auf dem Heimweg mit der Bahn genießen wollen.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.02

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Ostfriesland/Küste

Abschaffung der Sommerzeit

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen setzen sich für eine Abschaffung der Sommerzeit in der gesamten EU ein.

Begründung:

Die Sommerzeit ist ein Relikt aus den Jahren der Ölkrise der 80er Jahre. Sie wurde eingeführt um Energie zu sparen. Der Gedanke war, dass das Sonnenlicht abends länger zur Verfügung steht und somit weniger elektrische Energie für künstliches Licht verbraucht werden muss, sowie sich an die Nachbarländer anzupassen welche diese Umstellung ebenfalls praktizieren.

Aus der Erfahrung der letzten 3 Jahrzehnte zeigt sich jedoch, dass die Energieersparnis nicht eingetreten ist. Der Lichtstrom macht innerhalb des Verbrauchs der Privathaushalte lediglich einen Anteil von 8% aus, was umgerechnet auf den gesamtdeutschen Verbrauch nur 2% des Energieverbrauchs entspricht. Somit ist der Aufwand einer Zeitumstellung unnütz und nicht mehr Zeitgemäß, zumal durch die „Zwangsumstellung“ auf Energiesparlampen der Anteil des Lichtstroms logischerweise weiter abnehmen wird. Zudem zeigt sich das unsere Umwelt, in diesem Fall die Tierwelt, keine Uhren besitzt. Wie der Mensch besitzen diese eine innere Uhr welche sich nach den Tageszeiten Hell-Dunkel richtet. Daher kommt es im Zuge der Zeitumstellung zu einer Häufung von Wildunfällen, da sich die Verkehrsstoßzeiten verändern und die Tiere sich nicht darauf einstellen.

Rechnet man somit die Kosten der Uhrenumstellungen sowie die daraus resultierenden Folgekosten durch Unfälle auf, entsteht eher eine negative Bilanz dieser Maßnahme, weswegen sie überflüssig wird und somit abgeschafft werden muss.

Um nicht wieder in einen Flickenteppich zu verfallen muss dies hingegen mit sämtlichen Staaten in der MEZ abgestimmt werden, da ansonsten die Vorteile der einheitlichen Zeitzone entfallen.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.03

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Rechtsstaatlichkeit bei Internetlöschungen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, die umstrittene Sperrung von Seiten mit kinderpornographischem Inhalt für ein Jahr auszusetzen. Die Polizei soll stattdessen versuchen, die Seiten zu löschen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen diesen Schritt, sind aber der Meinung, dass er noch nicht weitreichend genug ist. Eine rechtsstaatliche Legitimation der Internetlöschungen ist nach wie vor nicht gegeben. Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen, dass das Zugangerschwerungsgesetz so geändert wird, dass Löschungen bzw. Sperren von Internetseiten nur bei einem richterlichen Beschluss angewandt werden dürfen.

Begründung:

Eine rechtsstaatliche Legitimation der Internetregulierung ist unbedingt notwendig, um sicher zu stellen, dass Internetlöschungen ausschließlich zur Entfernung illegaler Inhalte angewandt werden. Das Bundeskriminalamt darf keine geheimen Sperrlisten führen, da dies über kurz oder lang dazu verführen kann, dass auch Internetseiten mit nicht-illegalen Inhalten aus dem Netz genommen werden, wie beispielsweise die Diskussion um die Löschung von Online-Killerspielen seitens bestimmter Parteien zeigt.

Das ruft bei einigen vorschnellen und unbedachten Rednern oft Reaktionen wie „Das wäre doch nicht schlimm, wenn man diese brutalen Spiele verbieten würde!“. Doch unabhängig von der Wertung der gelöschten bzw. gesperrten Inhalte: Eine willkürliche Zensur von Informationsmedien ist eine Gefahr für die rechtsstaatliche Demokratie.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.04■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Ems-Vechte, KV Osnabrück-Land

Drogensucht erfolgreich vorbeugen – Cannabis nicht freigeben

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Der Beschluss 56.6.03 wird aus dem Beschlussbuch gestrichen. Vielmehr sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen die Gefahren, die Cannabis innewohnen. Der Freie Wille muss unbedingt geschützt, Sucht effektiv vorgebeugt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.05■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: KV Göttingen

Geschäftsfähigkeit für Affen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen eine weitere Diskriminierung von sogenannten „Affen“ als spezialistisch ab und verlangen, dass diese in Zukunft volle Rechte der Homo Sapiens bekommen. Insbesondere sollen Affen voll geschäftsfähig werden.

Begründung:

Man hat in mehreren Studien bewiesen, dass „Affen“ überwiegend bessere Anlagenberater als Homo Sapiens sind. Deswegen ist es eine Schande, dass viele Menschen immer noch nur einen Homo Sapiens als Anlageberater haben. Des Weiteren ist es lustig, Geschäfte mit wirklichen Affen in Anzügen zu machen.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.06■ Innen, Recht &
Sport

■Antragsteller: KV Hannover-Land

Keine Altersbeschränkung für Solarien!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnt das beschlossene Mindestalter von 18 Jahren für den Besuch von Solarien ab. Wir fordern die sofortige Wiederherstellung der alten Rechtslage.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.07

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Hannover-Land

Libérale Sportpolitik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

I. Einleitung

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die bedeutende Rolle des Sports in unserer Gesellschaft an. Der Sport ist ein wichtiger Faktor für Gesundheit und Integration. Das ehrenamtliche Engagement spielt dabei eine besonders entscheidende Rolle. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge kommt dem Staat daher im Sport eine wichtige Förderungsrolle zu.

Auch wirtschaftliche Interessen sind in den Breiten- und Leistungssport in neue Dimensionen vorgedrungen: Maßgeblich breitensportlich geprägte Veranstaltungen wie Marathons oder Triathlons sind zu wichtigen kommunalen Standortfaktoren geworden. Der Spitzensport bringt durch Großveranstaltungen wie jüngst die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wirtschaftlichen Schwung und bietet zudem tausende Arbeitsplätze.

Maximen liberaler Sportpolitik sind immer Autonomie und Subsidiarität.

II. Zuständigkeiten

Im Mittelpunkt liberaler Sportpolitik stehen Autonomie und Subsidiarität. Probleme sind daher auf möglichst niedriger Ebene oder zu lösen.

Aus diesem Grund lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen den Verstoß der Europäischen Kommission, sich mit dem Weißbuch Sport auch in die Sportpolitik zu einzumischen, als unzulässigen Eingriff entschieden ab. Auf europäischer Ebene sind vor allem Austauschprogramme sinnvoll, die den interkulturellen Dialog fördern. Dazu zählt zum Beispiel das Eurathlon-Projekt, das den Austausch von Sportlern fördert.

In Deutschland hat man mit der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes für den Spitzensport und der Länder und Kommunen für den Breitensport eine auch für die Zukunft sinnvolle Regelung gefunden. Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips kommt vor allem den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Vertikale Finanzaufweisungen der Länder an die Kommunen sind zu diesem Zweck sehr zu begrüßen,

Grundsätzlich weist die Sportpolitik zahlreiche Schnittmengen mit anderen Politikfeldern auf. Dazu zählen zum Beispiel die Kultur-, Gesundheits-, Innen- und Bildungspolitik. Die Schaffung eines einheitlichen Sportministeriums lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen dennoch als bürokratischen Kostenfaktor ab. Gleichzeitig sind die Innen- und Sportminister des Bundes und der Länder aufgefordert, den Sport nicht mehr nur als repräsentatives Anhängsel zu betrachten, sondern ihm verstärkte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz. Ein Bekenntnis zur Bedeutung und Autonomie des Sports, etwa durch die Aufnahme in das Grundgesetz unter Artikel 20b, ist kein bloßes Lippenbekenntnis, sondern sichert dem Sport eine angemessene Wertschätzung in Abwägungsfragen.

III. Ehrenamt stärken!

Das ehrenamtliche Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern bildet eine Stütze unserer Gesellschaft. Ein großer Teil dieser unentgeltlichen Arbeit erfolgt in den Sportvereinen. Ehrenamt ist gelebter Liberalismus: Statt sich auf den Staat zu verlassen, nehmen Ehrenamtliche ihr Glück selbst in die Hand und arbeiten für das, was ihnen wichtig ist.

Ehrenamtliche Arbeit muss deshalb attraktiver gemacht werden. Der ehrenamtliche Charakter darf dabei nicht verloren gehen und es darf keine Konkurrenz zur Erwerbsarbeit entstehen. Ausdrücklich begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen von der Großen Koalition erlassene Steuererleichterungen für Ehrenamtliche wie die Erhöhung der Übungsleiterpauschale. Um ehrenamtliches Engagement noch attraktiver zu machen, sprechen sich die Jungen Liberalen Niedersachsen für Veränderungen bei den Haftungsregeln für Vorstandsmitglieder aus: Ehrenamtliche sollen nicht fürchten, bei Fehlern in Haftung genommen zu werden. Von entscheidender Bedeutung ist auch der Bürokratieabbau im Sport. Vor allem durch undurchsichtige und unlogische Steuerregelungen sehen sich viele kleine Vereine großen Herausforderungen gegenüber. Hier ist ein einfacheres System zu schaffen.

IV. Schulsport

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen ist der Sport ein unerlässlicher Teil des Schulsystems. Unter den Aspekten der Gesundheitsvorsorge sowie der Gewalt- und Drogenprävention spielt er insbesondere für Kinder und Jugendliche eine entscheidende Rolle. Nennenswert sind dabei auch Erfahrungswerte über den Zusammenhang zwischen Bewegung und Konzentration. Eine Senkung der Pflichtstundenzahl an niedersächsischen Schulen steht für die JuLis nicht zur Debatte. Für weitere Sportangebote sind neue Finanzierungsquellen heranzuziehen. Neben dem Sponsoring können dabei vor allem Kooperationen mit Sportvereinen attraktiv sein. Gerade in Ganztagschulen kann das ein sinnvolles Modell für alle Beteiligten sein. Die Freiheit der Schüler muss auch im Sportunterricht stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Insbesondere lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen daher bestehende Vorgaben ab, nach denen in der Qualifikationsphase jeweils zwei Spiele und Individualsportarten zu wählen sind.

Damit eventuelle Probleme und regionale Unterschiede aufgedeckt werden können, unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen das Projekt Fitnesslandkarte Niedersachsen.

V. Sport im Fokus der Medien

Schon immer steht gerade der Spitzensport im Fokus der Massenmedien. Ereignisse wie Weltmeisterschaften und Olympische Spiele elektrisieren Millionen von Menschen und treiben sie vor die Fernsehschirme.

Sport stellt ein wichtiges Kulturgut dar. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien, die gesamte Bandbreite des Sports darzustellen. Dabei ist Augenmaß zu bewahren. Für die Jungen Liberalen Niedersachsen sind kostenintensive Liveübertragungen keine originär öffentlichen Aufgaben. GEZ-Gebühren dürfen daher nicht für sehr teure Verwertungsrechte, insbesondere für Welt- und Europameisterschaften sowie für die Bundesliga, ausgegeben werden. Diese Aufgabe kann auch von privaten Sendern übernommen werden.

Das staatliche Sportwettenmonopol ist ersatzlos zu streichen. Sportwetten müssen auch privat angeboten werden dürfen.

Auch im Schnittbereich der Medien und des Sports lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen unnötige staatliche Einflussnahme ab. Beispielsweise darf die Entscheidung zwischen zentraler und eigener Vermarktung nicht politisch und kartellrechtlich beeinflusst werden, sondern muss der Autonomie der Sportverbände überlassen bleiben.

VI. Internationale Sportpolitik

Internationale Sportförderung ist aktive Friedenspolitik. Die durch den Sport vermittelten Werte wie gegenseitiger Respekt und Fairness sowie insbesondere die Begegnung mit anderen Sportlern können das gegenseitige Verständnis fördern.

Wichtige Aufbauarbeit wie Trainerausbildung und Infrastrukturprojekte müssen deswegen auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem DOSB und anderen Sportverbänden gefördert werden. Dabei sollte insbesondere der völkerverbindende Charakter des Sports genutzt werden.

Sport ist somit nicht unpolitisch. Dennoch dürfen Konflikte nicht auf dem Rücken des Sports ausgetragen werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen deswegen den Boykott olympischer Spiele oder anderer großer Sportereignisse aus politischen Gründen ab. Politische Zeichen können anders gesetzt werden, etwa durch den Boykott der Eröffnungsveranstaltung.

Im deutschen Interesse ist es auch, vermehrt internationale Großveranstaltungen ins Land zu holen. Steuerliche Standortnachteile müssen dafür abgebaut werden. Dazu zählt etwa die sogenannte Quellensteuer in Höhe von 20%, die auf Einnahmen ausländischer Sportler bei internationalen Veranstaltungen in Deutschland gezahlt werden muss. Hier sind insbesondere die Begünstigungen einiger weniger Veranstaltungen aufzuheben. Es kann nicht sinnvoll sein, dass Fußballweltmeisterschaften entlastet werden, Eishockeyturniere hingegen nicht.

VII. Der Sport zwischen Sicherheit und Bürgerrechten

Der Sport im 21. Jahrhundert sieht sich großen Herausforderungen gegenübergestellt. Dazu zählt auch die sukzessive Beschneidung der Bürgerrechte, die bei Sportfans besonders massiv ist. Zu schützen sind zudem insbesondere die Rechte jugendlicher Sportler.

Nach wie vor stellt Gewalt im Zusammenhang mit Sportereignissen ein Problem dar. Es ist deshalb von großer Bedeutung, insbesondere Initiativen aus der Fanszene zu unterstützen, die Zeichen gegen Rassismus, Extremismus und Gewalt setzen. Es ist deshalb unverständlich, dass die Finanzierung der Fanprojekte weiterhin sehr im Argen liegt und hinter den ursprünglichen Zielen hinterherhinkt. Prävention kann schließlich häufig mehr erreichen als Abschreckung und Bestrafung.

Damit unumstößliche Bürgerrechte auch für Sportfans gelten, müssen bestehende erhebliche Missstände bei der Gewalttäterdatei Sport beseitigt werden. In dieser werden u.a. Personen gespeichert, gegen die im Zusammenhang mit einem Sportereignis ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde – selbst dann, wenn dieses eingestellt wurde oder mit einem Freispruch endete. Die Daten Erwachsener werden fünf Jahre gespeichert. Nach Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg gibt es für die Gewalttäterdatei Sport keine verfassungsmäßige Grundlage. Dies ist umgehend durch besseren Schutz der Bürgerrechte zu ändern. Unter anderem ist darauf zu achten, dass in die Datei Aufgenommene transparent von der Speicherung erfahren und dass die Dauer der Speicherung maßvoller erfolgt.

Die Videoüberwachung in den modernen Stadien hat zur Verbesserung der Sicherheitslage im Profisport in den letzten Jahren beigetragen und kann deshalb auch vom liberalen Standpunkt nicht völlig abgelehnt werden. Die fortschreitende Ausweitung dieser Maßnahmen sogar im Umfeld der Stadien ist abzulehnen. Der Fan darf nicht als potentieller Schwerverbrecher behandelt werden, wie penible Einlasskontrollen – in Einzelfällen bis hin zur völligen Entkleidung – nahe legen.

Der Kampf gegen Rassismus hat im Profisport in den letzten Jahren Früchte getragen. Das Problem ist aber weiterhin häufig im Amateursport anzutreffen. Es ist wichtig, gerade hier mit Nachdruck Projekte zu fördern, die Homophobie und Rassismus gegen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bekämpfen.

VIII. Doping

Auch der liberale Grundsatz der Eigenverantwortung des Sportlers rechtfertigt kein Doping. Doping stellt einen Betrug der Konkurrenten und letztlich auch der Zuschauer und Veranstalter dar und deshalb entschieden zu bekämpfen. Die derzeitigen Mittel und Wege reichen dafür nicht aus. Der medizinische Fortschritt stellt die Dopingbekämpfung durch neue Formen wie insbesondere dem Gendoping vor neue Herausforderungen.

Um die Nationale Antidopingagentur (NADA) für diese zu rüsten, ist die bessere finanzielle Ausstattung essentiell. Dies soll nicht nur über stärkere öffentliche Ausgaben geschehen. Auch der Sport selber ist gefordert, etwa über eine Pflichtabgabe von Sponsoreneinnahmen. Schon ein Anteil von 0,5% für die NADA bedeutete einen großen Schritt nach vorne.

Die Anreize für die Sportverbände, Doping dezidiert zu bekämpfen, sind zu erhöhen. Dafür müssen bei mangelnder Kooperationsbereitschaft Haushaltssperren verhängt werden: Wer Betrugereien nicht entgegnet, erhält auch nichts vom Steuerzahler.

Auch die rechtliche Bestrafung der Dopingsünder muss erleichtert werden. Dafür ist ein Straftatbestand des Sportbetrugs einzuführen, der vorsätzliche Sportbetrüger und deren Hintermänner bestraft. Eine Besitzstrafbarkeit ist hingegen abzulehnen, da sie auch viele Hobbysportler, etwa im Kraftsport, kriminalisiert. Im Breitensport ist stattdessen verstärkt auf Aufklärung zu setzen. In diesem Rahmen unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen das Projekt „Stark ohne Doping“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung nachdrücklich.

Bei aller berechtigten Entschlossenheit im Kampf gegen Doping dürfen aber strafrechtliche Grundsätze wie die Unschuldsvermutung nicht über Bord geworfen werden. Sperren und Verurteilungen dürfen daher nicht, wie etwa im Fall Claudia Pechstein, nur aufgrund vager Indizien erfolgen.

IX. Integration

Der Sport ist einer der Schlüssel zur Integration. Menschen mit unterschiedlicher Herkunft treiben gemeinsam Sport. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erheblich seltener in Sportvereinen organisiert sind und sich seltener ehrenamtlich in diesen engagieren. Aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen darf dieses Problem jedoch nur durch Integration, nicht aber durch Segregation bekämpft werden. So lehnen wir gesonderte Badezeiten für Muslime in öffentlichen Schwimmbädern ebenso ab wie Ausnahmen im Sport- und Schwimmunterricht; der Bildungsauftrag steht hier über der Religionsfreiheit. Auch herkunftsgebundene Sportvereine sehen wir kritisch.

Damit der Sport sein integratives Potential entfalten kann, muss ein von vielen Händen getragener Aktionsplan ins Leben gerufen werden. Durch Kooperation von Schulen und Hochschulen, Unternehmen und Betrieben, Politik und Vereinen könnte hier eine Menge erreicht werden.

X. Sport für Menschen mit Behinderungen

Der Behindertensport hat in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Paralympics werden vom kleinen Bruder der Olympischen Spiele immer mehr zum Großereignis im Brennpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Für Menschen mit Behinderungen kann der Sport eine sehr bedeutende Rolle spielen. So kann er etwa bei der Reintegration in der Gesellschaft nach dem Schicksalsschlag der Behinderung helfen. Besonders erwähnenswert ist die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der behindertensportlichen Forschung. Orthopädische Hilfsmittel, die ursprünglich den behinderten Leistungssportlern dienen sollten, erleichtern nun allen Behinderten das Leben.

Der wachsenden Bedeutung des Behindertensportes muss man auch mit angemessener Förderung der Leitungssportler gerecht werden. Diese beginnt im Nachwuchsbereich, der hier allerdings bei nicht angeborenen Behinderungen auch im Erwachsenenalter liegen kann. Um die Talente angemessen zu fördern, werden Eliteschulen für Behindertensportler benötigt. Dafür werden insbesondere speziell ausgebildete Trainer für Behindertensportler gebraucht. Auch die sportwissenschaftliche Begleitung des Trainings behinderter Sportler ist zu intensivieren. Die Förderung des Behindertensports beginnt aber auch schon in der Schule. Hier ist es wichtig, dass körperlich Behinderte nicht etwa einfach auf die Bank gesetzt, sondern nach Möglichkeit in den Unterricht eingebunden werden.

Die finanzielle Unterstützung der Sportler durch die Stiftung Deutsche Sporthilfe muss verbessert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.08

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Land

Spiel mit offenen Karten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Summe aller Mandatsträger in Deutschland bildet die demokratisch legitimierte Vertretung des Volkes der Bundesrepublik Deutschland.

Das Volk legt verfassungsgemäß seine Entscheidungsgewalt in die Hände dieser Mandatsträger.

Volksvertreter sind teilweise auch Lobbyisten. Es ist das Recht eines jeden Individuums seine Interessen (öffentlich) zu vertreten, auch der Parlamentarier darf laut Abgeordnetengesetz nebenbei für Interessenvertretungen arbeiten.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern allerdings, dass die Informationen über Lobbytätigkeiten von Abgeordneten dem Wähler zugänglich gemacht werden müssen.

Ein Lobbyistenverzeichnis muss dem Wähler mehr Transparenz bezüglich der (außerparteilichen) Positionierungen von Abgeordneten gewährleisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.09**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

Ja zur Innovation, ja zum Verbraucherschutz

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen befürworten eine innovative Forschung und den damit verbundenen stetigen Fortschritt unserer Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang gilt es, die vielfältigen Chancen der Nanotechnologie in allen Bereichen - auch im Konsumgüterbereich – anzuerkennen und zu fördern.

Zur Zeit ist die gesundheitliche Unbedenklichkeit vieler Stoffe in der Nanogrößenordnung jedoch noch nicht sicher erwiesen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher eine Kennzeichnungspflicht für alle handelsüblichen Produkte, die nachweislich Nanopartikel enthalten, deren Unbedenklichkeit noch nicht erwiesen ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.10

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Ems-Vechte

Umstrukturierung des Jugendstrafrechts

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich dafür aus die Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts auf 11 Jahre herabzusetzen und gleichzeitig auf das Ende des 18. Lebensjahres zu beschränken.

Begründung:

Den Jungen Liberalen Niedersachsen ist sehr wohl bewusst, dass diese Veränderungen die Gewaltprävention bzw. präventive Maßnahmen nicht ersetzen können. Vielmehr sehen wir durch die Herabsetzung die Möglichkeit Heranwachsende noch rechtzeitig zu sozialisieren. Außerdem darf die physische Überlegenheit nicht von der geistigen Reife getrennt, sondern muss als Gesamtes betrachtet werden, auch um Straffälligen zu zeigen, dass der Missbrauch physischer Überlegenheit Konsequenzen hat. Durch die Begrenzung der Anwendbarkeit bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres können Gerichtsprozesse beschleunigt und die Jugendgerichtshilfen abgeschafft werden. Das schafft einen klaren Abbau der Bürokratie. Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.11**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Hameln-Holzminden**

Schnapsidee, die zweite

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen ein Alkoholverbot in Zügen ab.

Begründung:

analog zu Beschlusslage 57.1.06 "Alkoholverbot in Niedersachsens Innenstädten - eine Schnapsidee"

Ein Alkoholverbot, wie von der Gewerkschaft der Polizei und der GDBA gefordert, hätte keinerlei Effekt auf in Zügen begangene Straftaten. Solche Probleme lassen sich nicht durch Verbote lösen, welche die Passagiere wegen ihres Alkoholkonsums vorverurteilen und unter Generalverdacht stellen.

Verbote führen nur zu einer Verlagerung des Alkoholkonsums, der dann eben beispielsweise bereits vor Fahrtantritt am Bahnhof stattfinden könnte. Die Sicherheitslage in den Zügen ließe sich dadurch nicht verbessern.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.12

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Hameln-Holzminden

Kinderwunsch respektieren – klare Rahmenbedingungen schaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1. Der Schutz für Samenspenden muss so weit ausgebaut werden, dass für sie kein Risiko besteht, später durch ihre leiblichen Kinder für Vermögens- oder Erbrechtsansprüche haftbar gemacht werden zu können.
2. Praxen und Kliniken sollten gesetzlich dazu verpflichtet werden, dass sie eine Beratung über die psychologischen, sozialen, sowie juristischen Folgen einer Samenspende mit dem Spender, sowie den sozialen Eltern durchführen.
3. Das Verbot der Abgabe von Samenspenden an lesbische Paare soll aufgehoben werden.
4. Es soll ein Kriterienkatalog für allgemein anerkannte Zertifizierungsverfahren für Kliniken und Praxen, die seriös mit Samenspenden umgehen, ausgearbeitet werden. Dazu gehört, dass der Samenspenden die Anforderungen für Spender nach deutschem Gesetz erfüllt, die Samenspende ordnungsgemäß kontrolliert, aufbewahrt und nicht anonymisiert wird.

Begründung:

Zu 1.) Trotz des 2002 in Kraft getretenen Kindererrechteverbesserungsgesetz (§1600 BGB, KinderRVerBG), welches Samenspenden vor Unterhaltforderungen ihrer leiblichen Kinder schützt und die sozialen Eltern des Kindes für Unterhalt und Erbe haftend gemacht werden können, gibt es immer noch Lücken im deutschen Gesetz, die ein Restrisiko für den Samenspenden beinhalten. Sollte ein volljähriges Kind, das mit Hilfe einer Samenprobe gezeugt wurde, von seinen sozialen Eltern den Ort, Zeitpunkt und die Art seiner Zeugung erfahren, hat das Kind das Recht in Kenntnis gesetzt zu werden, wer sein genetischer Vater ist. Nun können vom Kind Erbrechts- oder Vermögensansprüche geltend gemacht werden. Die Gesetzeslage muss so geändert werden, dass die sozialen Eltern in allen Fällen die juristische Vertretung für den Spender übernehmen.

Zu 2.) Untersuchungen zufolge sind über 50% aller befragten Samenspenden über ihre rechtliche Situation unaufgeklärt. Auch psychologische oder soziale Konflikte wurden mit ihnen nicht besprochen. Die sozialen Eltern müssen natürlich auch über die mögliche Folgen für sie und ihr Kind aufgeklärt werden.

Zu 3.) Eine Studie des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg fand heraus, dass die sexuelle Orientierung des Elternpaares keine Auswirkungen auf die Qualität der Erziehung hat. Auch das Argument, dass Kinder in lesbischen Paaren keine männliche Bezugsperson haben, erlischt, wenn man bedenkt wie viele Kinder von alleinerziehenden Müttern aufgezogen werden.

Zu 4.) In ihrem dringenden Wunsch nach einem Kind geraten manche Paare an dubiose Ärzte, die ihre Samenspenden zum Teil vom Schwarzmarkt kaufen, wo es keine Kontrollen der Spender gibt. Dabei können schwerwiegende Krankheiten, wie AIDS, Hepatitis u.a. weiterverbreitet und auch an das Kind übertragen werden.

49

50 Weitere Begründung folgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.13**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt**

Sexuelle Orientierung als Grundrecht

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Der Artikel 3 des Grundgesetzes ist in Absatz 3 um den Zusatz „seiner sexuellen Orientierung“ zu ergänzen. Die FDP in Niedersachsen wird von den Jungen Liberalen aufgefordert, eine entsprechende Initiative im Bundesrat zu unterstützen oder zu initiieren.

Begründung:

Bisher lautete Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz wie folgt:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Nach der Änderung soll er wie folgt lauten:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Sexuelle Orientierungen sind, sofern sie nicht die Rechte Dritter einschränken, kein Grund zur Benachteiligung und sollten entsprechend im Grundgesetz Erwähnung finden. Entsprechende Sittengesetze, wie sie zur Zeit der Gründung der BRD üblich waren, sind mit dem gesellschaftlichen Wandel als überholt angesehen worden und daher kein Maßstab mehr für eine Nichtbeachtung sexueller Identifikationen im Grundgesetz.

Auf der europäischen Ebene hat die sexuelle Orientierung bereits einen festen Platz, etwa im Vertrag von Nizza, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und dergleichen mehr.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.14**■ Innen, Recht & Sport****■ Antragsteller: KV Harburg-Land**

Mehr Gleichheit bei den AGB

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die JuLis Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass die Regeln des BGB für Allgemeine Geschäftsbedingungen keine Ausnahmen mehr für Personenbeförderungsfirmen, Telekommunikationsunternehmen und Energieerzeuger gemacht werden dürfen. Insbesondere nicht was die Kündigungsfristen angeht.

Begründung:

Der Gleichheitsgrundsatz muss auch für Staats- und Ex-Staatsunternehmen uneingeschränkt gelten. Dem Verbraucher, der an Bestimmte Regeln gewöhnt ist, ist nicht zuzumuten, dass er sich einige ausgewählte Unternehmen merken muss, bei denen z.B. andere Kündigungsfristen gelten. In der Praxis führt das oft dazu, dass diese Fristen in der irrigen Annahme, es würde sich um ganz normale Verträge mit ganz normalen Firmen handeln, verpasst werden. Des Weiteren folgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.15

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Harburg-Land

PAINTBALL, DAS SPIEL

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Wie bereits in anderen Ländern (Frankreich, Großbritannien, USA) muss Paintball auch in Deutschland als eigenständige Sportart anerkannt werden. Die Bedingungen, die zum Paintballspielen erfüllt sein müssen, werden dahingehend gelockert, dass das Spielen auf einem Privatgrundstück auch ohne behördliche Genehmigung möglich wird, sofern Außenstehende davon nicht belästigt oder gefährdet werden.

Damit einhergehend werden die rechtlichen Bestimmungen an die internationalen Normen angepasst. Hierzu zählen folgende Punkte:

1. Heraufsetzen der erlaubten Schussgeschwindigkeit

Die zulässige Schussgeschwindigkeit wird auf 300 fps (feet per second) erhöht um sich dem internationalen Standard anzupassen und um somit auch deutschen Paintballspielern die Möglichkeit zu geben, am internationalen Paintballsport teilzunehmen.

2. Spielerlaubnis ab 16 Jahren

Das Spielen von Paintball wird Jugendlichen ab einem Alter von 16 Jahren gestattet, sofern diese die Einverständnis eines Erziehungsberechtigten haben.

3. Werbeverbot

Bestehende Werbeverbote für den Paintballsport werden aufgehoben.

Begründung:

Während sich Paintball international als eine echte Sportart etabliert hat, betrachtet man das Spiel in Deutschland nach wie vor als gewaltverherrlichende Kriegssimulation. Empirisch wissenschaftliche Untersuchungen haben jedoch belegt, dass „Paintballspieler im eigentlichen Sinne nicht als gewaltaffin bezeichnet werden können. Sie spielen Gewalt und Kampf, dies aber nicht anders als das Indianerspiel von Kindern oder Ritterspielen bei Burgfesten, wo Gewalt nicht wirklich ausgeübt wird.“ (vgl. Dipl.- Päd. Linda Steinmetz, Gutachterliche Stellungnahme zur Gewaltaffinität der Mitglieder/innen der (deutschen) Paintball-/Gotcha-Szene, August 2000) Die Gewalt zwischen Menschen hat sich im Laufe der Entwicklung gewandelt, vom Kämpfen über das Fechten bis hin zum Schießen. Sowohl das Kämpfen (Boxen) als auch das Fechten sind anerkannte Sportarten, bei denen es darum geht die schwerstmögliche Verletzung zu simulieren (z.B. Kopftreffer gibt mehr Punkte). Beim Paintball zählt jeder Treffer gleich, es wird keine Verletzung simuliert und es geht nicht darum dem Gegenüber Schmerzen zuzufügen bis der K.O. umfällt.

Dabei ist Paintball in Deutschland keineswegs illegal. Vielmehr findet das Paintballspiel in Deutschland innerhalb gesetzlicher Gegebenheiten des Waffengesetzes statt, welches hauptsächlich auf den traditionellen Schießsport ausgelegt ist. Dieser Umstand führt heute dazu, dass Paintball in Deutschland in einer abgewandelten Version gespielt wird, welches eine deutsche Beteiligung an internationalen Events größtenteils ausschließt.

48 Durch die Auflösung von Barrieren zwischen Szene und Behörde soll schließlich eine
49 kooperative Zusammenarbeit erreicht werden, die der Verbesserung der Sicherheit und der
50 Internationalisierung des deutschen Paintballsports dienen soll.
51 Weitere Begründungen erfolgen mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.16

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Harburg-Land

Polizisten identifizierbar machen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die JuLis Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass Niedersachsens Polizisten im Einsatz grundsätzlich identifizierbar sein müssen. Dies kann anonymisiert durch die Dienstnummer oder eine andere eindeutig zuordnebare Nummer geschehen. Entscheidend ist aber, dass die Identifikation in einer rechtlich verwertbaren Weise geschieht.

Begründung:

Polizeibeamte sind die Vollstrecker des staatlichen Gewaltmonopols. Daher muss bei ihrem Einsatz, wie bei jedem staatlichen Handeln, größtmögliche Transparenz und Kontrollierbarkeit gewährleistet sein, solange nicht gewichtige Gründe dagegen sprechen. Bei Großeinsätzen oder Einsätzen an „Brennpunkten“ (z.B. Fußballspielen oder Demonstrationen) kommt es vor, dass auch Polizeibeamte fragwürdiges oder gar strafrechtlich relevantes Verhalten an den Tag legen. Häufig fehlt betroffenen Bürgern für Dienstaufsichtsbeschwerden oder Anzeigen eine Identifikation eines bestimmten Beamten. Mit einer eindeutigen Identifizierbarkeit wäre dem abgeholfen, außerdem bekämen auch die Beamten selbst die Möglichkeit, falschen Vorwürfen zu begegnen und sofern die Nummern anonymisiert sind, werden gleichzeitig ihre Persönlichkeitsrechte gewahrt. Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.17

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: Andrej Meyer, Moritz Bräuer, Dennis Weidemeier, Thiemo Frisch

Direktwahl des Bundespräsidenten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland ab dem Jahre 2014 per Direktwahl durch die Bürger und Bürgerinnen wählen zu lassen. Die Abstimmung findet also im Sinne des Mehrheitswahlrechts statt.

Der Bundespräsident vertritt die völkerrechtlichen Interessen im Sinne aller Deutschen. Dadurch besteht eine besondere Bindung zum Volk, nicht vergleichbar mit der Bindung zwischen Bundeskanzler(in)/ Bundesregierung zur Wählerschaft. Ziel ist es einerseits die allgegenwärtige Politikverdrossenheit zu bekämpfen und andererseits ein neues Bürgerverständnis zum deutschen Staatsoberhaupt zu entwickeln.

Begründung:

Innerhalb Deutschlands nimmt die Politikverdrossenheit, insbesondere bei den Jugendlichen und dem Mittelstand, stetig zu. Diese Entwicklung hat zahlreiche verschiedene Gründe und lässt sich nicht auf einen einzigen Themenpunkt zurückführen. Jedoch war in der Bundespolitik als solches leider nicht zu erkennen dieses Problem effektiv angehen zu wollen.

Mit der Grundgesetzänderung zur Schaffung der Direktwahl des Bundespräsidenten wäre ein solcher effektiver Schritt in die richtige Richtung getan. Dabei ist zu betonen, dass es sich dabei um einen wichtigen Schritt handeln würde- keineswegs um eine allumfassende Lösung. Dennoch ginge von einer solchen Veränderung ein unverwechselbares Signal der Volksnähe aus. Das Gefühl zu vermitteln, die Bundespräsidentenwahl ist keine geschlossene Gesellschaft à la Bundesversammlung sondern eine bedeutsame Wahl, die alle Deutschen betreffen.

Es ist darüber hinaus durchaus sinnvoll zu erwähnen, dass der amtierende Bundespräsident Horst Köhler selber nach seiner Wiederwahl eine Direktwahl seines Amtes für gut hieß und dies auch bekräftigte.

Bei der schwarz- roten Bundesregierung stieß dies allerdings auf regen Widerstand.

Eine ausführliche und plausible Erklärung zu dieser Ablehnung blieb bedauerlicherweise aus. Ist es wirklich gewünscht in unserer Öffentlichkeit das einfach so auch weiterhin hinzunehmen?

Aus diesem Grunde sind wir Junge Liberale Niedersachsen der festen Überzeugung, dass eine Direktwahl des Bundespräsidenten ein unausweichliches Unterstützungsmittel zur Bekämpfung der Politikverdrossenheit ist und dass der Artikel 54 GG entsprechend aufgehoben und neu verfasst werden muss.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.18

■ Innen, Recht &
Sport

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV
Braunschweig

Datenschutz in einer Welt ohne Grenzen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1. Zur effizienten Durchführung der Kontrollfunktionen hat eine Stärkung der Position der Datenschutzbeauftragten des Bundes, der Länder und in den privatwirtschaftlichen Unternehmen zu erfolgen.
 2. Die Stärkung erfolgt durch eine angemessene Aufstockung der personellen und finanziellen Ausstattung der Datenschutzbeauftragten.
 3. Den Datenschutzbeauftragten muss es ermöglicht werden unangemeldet Kontrollen durchzuführen, vergleichbar mit den Kontrollen die im Bereich der Gastronomie bereits seit Jahren üblich sind.
 4. Zur effizienten Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen ist eine drastische Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen den Datenschutz notwendig. Nicht nur geringfügige Bußgelder, sondern massive Strafen in Millionenhöhe sind dazu notwendig.
 5. Während die gesetzlichen Regelungen im Bereich des Datenschutz ausreichend sind gilt dies nur begrenzt für die Vorschriften zur Datenweitergabe bzw. im Bereich des Datenhandel. Die gesetzlichen Regelungen, Kontroll- und Sanktionierungsmöglichkeiten müssen in diesem Bereich erheblich verschärft werden.
- Desweiteren fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen das der Bundesdatenschutzbeauftragte zukünftig direkt an das Parlament anzubinden ist und nicht wie bisher im Verantwortungsbereich des Bundesministerium des Innern angesiedelt wird. Der Bundesdatenschutzbeauftragte muss eine ähnlich starke Stellung einnehmen wie der Wehrbeauftragte des Bundestages. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) unterstützt diese Forderung.

Begründung:

Die jüngsten Datenskandale in Deutschland und Europa haben wieder gezeigt, dass der unbedingte Schutz der Privatsphäre ein wesentliches freiheitliches Gut darstellt. Auch in der Bevölkerung keimt langsam der Gedanke, dass bereits viel zu viel dieses Gutes verloren gegangen ist. Wir sind dem gläsernen Bürger näher wie nie. Den Schutz der Daten eines jeden Einzelnen gilt es zu stärken, denn Datenschutz ist Verbraucherschutz!

Die bestehenden Datenschutzgesetze sind dafür oft ausreichend. Vielmehr müssen die vorhandenen Kontrollinstanzen, namentlich die Datenschutzbeauftragten des Bundes, der Länder und der einzelnen privatwirtschaftlichen Unternehmen, in die Lage versetzt werden die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen effizient kontrollieren und vor allem durchsetzen zu können.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.19

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Northeim

Bürgerportalgesetz und DE-Mail verhindern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen das geplante Bürgerportalgesetz ab. De-Mail ist ein eMail Dienst, der den sicheren Austausch rechtsgültiger elektronischer Dokumente zwischen Bürgern, Behörden und Unternehmen über das Internet ermöglichen soll. Die Jungen Liberalen sprechen sich dagegen aus, das Rad neu zu erfinden und Steuergelder in Millionenhöhe dafür zu verschwenden. Elektronische Signaturen, die den Kommunikationspartner eindeutig identifizieren gibt es bereits und haben sich als wirkungsvoll erwiesen. Die Behörden sollten bestehende Möglichkeiten wie PGP oder S/MIME nutzen und akzeptieren.

Begründung:

Erfolgt Mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

1.20

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt

Rechtsextremismus in Niedersachsen bekämpfen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen betrachten mit Sorge das Wachstum rechter Strukturen in Niedersachsen in Kreisen der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der so genannten „Freien Kameradschaften“. Der Verankerung rechtsextremen Gedankenguts in bürgerlichen Strukturen des ländlichen Raumes in Teilen Niedersachsens muss konsequent entgegen gewirkt werden.

Die Jungen Liberalen sehen die dringende Notwendigkeit die Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Rechtsextremismus vor Ort zu verstärken.

Mit großer Sorge betrachten wir die zunehmende Radikalisierung der rechten Szene in so genannten „Freien Kameradschaften“. Der Fahndungsdruck auf diese gewalttätigen Kreise muss stark erhöht werden. Rechte Straftaten dürfen nicht unter dem Gesichtspunkt der „Geringfügigkeit“ behandelt werden. Die freiheitlichdemokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verbietet eine solche Verfahrensweise. Der Staat muss im Sinne der „wehrhaften Demokratie“ gegen die Feinde der Freiheit vorgehen.

Des Weiteren muss die Aufklärungsarbeit über die Gefahren von Rechts stark erhöht werden. Neben der umfassenden Information über die menschenverachtende Ideologie rechter Kreise in Niedersachsens Schulen muss auch die außerschulische Aufklärungsarbeit Einzug beispielsweise in das Vereinswesen halten. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die niedersächsische Landesregierung auf, einen konkreten Maßnahmenplan für neue Aufklärungsprojekte im Laufe dieser Legislaturperiode vorzulegen.

Begründung:

erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

1.21

■ Innen, Recht & Sport

■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt

Liberalisierung der Sterbehilfe

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- I. Ziele einer gesetzlichen Regelung

Die Diskussion über das Thema Sterbehilfe wird durch den medizinisch-technischen Fortschritt und dem Demographischen Wandel in Deutschland zwangsläufig wieder an Fahrt gewinnen. Sterbehilfe ist in vielen europäischen Ländern wie den Niederlanden, Belgien oder der Schweiz bereits heute gesetzlich geregelt. In Deutschland gibt es indes keine ausdrückliche Regelung der Sterbehilfe im Strafgesetzbuch.

Die Jungen Liberalen fordern daher ein nationales Sterbehilfegesetz. Es ersetzt alle bisherigen gesetzlichen Regelungen. In ihm soll geregelt und zusammengefasst werden, was unter konkreten Bedingungen ärztlicherseits getan bzw. unterlassen werden darf, soll oder muss. Nur auf diese Weise können die Grauzonen und Unklarheiten der gegenwärtigen Gesetzeslage beseitigt und allen Betroffenen und Beteiligten - Patienten, Ärzten, Pflegenden, Gerichten - die Unsicherheit über die bestehende Rechtslage genommen werden.

Ziele einer gesetzlichen Regelung in Deutschland müssen sein:

- den Willen bzw. das Recht jedes unheilbar Kranken zu stärken und durchzusetzen, über sein Leben und Sterben sowie über Art, Umfang, Fortsetzung oder Abbruch medizinischer Maßnahmen selbst zu bestimmen.
- den behandelnden Ärzten Spielräume für eine Hilfe beim Sterben unheilbar Kranker zu eröffnen, diese aber auch zu begrenzen, sowie seinen Anspruch zu sichern, an Handlungen der Sterbehilfe, die seinen ethisch/moralischen Überzeugungen widersprechen, nicht beteiligt zu werden.
- Missbräuche der Sterbehilfe im Sinne der Verfolgung von anderen als im Wohl und Willen des Patienten begründeten Zwecken zu verhindern.

- II. Der Wille des Patienten ist für Liberale entscheidend

Die in Deutschland gängige Unterscheidung von passiver, indirekter und aktiver Sterbehilfe ist aus Sicht der Jungen Liberalen wenig hilfreich. In der philosophischen Ethik-Diskussion besteht weitgehend Einigkeit, dass in einer konkreten Situation Tun und Unterlassen im gleichen Sinne kausal wirksam den Tod herbeiführen können. Ebenso besteht weitgehend Einigkeit, dass es angesichts eines elenden Endes für einen Menschen mit seinem Verständnis von Würde (die er und kein anderer bestimmt!) vereinbar ist, den Tod herbeizuwünschen und gegebenenfalls herbeizuführen. Falls er dazu selbst nicht in der Lage ist, kann auch die assistierte Sterbehilfe aus liberaler Perspektive durchaus vertretbar sein natürlich nur, wenn die Willensbekundung des Betroffenen eindeutig ist.

Folgende Eckpunkte muss ein deutsches Sterbehilfegesetz beinhalten:

1. Erleidet eine Person als Folge eines Unfalls oder einer Erkrankung anhaltendes unerträgliches Leiden, macht eine anhaltende und unerträgliche Notlage geltend, oder leidet sie unter einer unheilbaren degenerativen und tödlichen Krankheit, hat sie das Recht, die Nichtanwendbarkeit des § 216 StGB (Tötung auf Verlangen) auf den sie behandelnden Arzt bei der Leistung von Sterbehilfe zu erwirken, wenn sie der Auffassung ist, dass sie sich auf Grund der Beeinträchtigung ihrer Würde und ihrer Lebensqualität in einer Lage befindet, in der sie ihr Existenz nicht fortsetzen möchte. Dieses Recht besteht nur, wenn die Person physisch nicht mehr dazu in der Lage ist, ihrem Leben selbst ein Ende zu setzen.

2. Derjenige, der diese Hilfe leistet, begeht nur dann keine strafbare Handlung, wenn er sich vorher vergewissert hat, dass die volljährige Person ihr Verlangen in freier, bewusster und wiederholter Willensäußerung erklärt hat und sie sich unter medizinischen Gesichtspunkten in einer Lage befindet, in der keine wesentliche Besserung eintreten kann.
3. Bevor dem Wunsch nach Sterbehilfe stattgegeben wird, muss die Person durch den behandelnden Arzt, der mindestens einen weiteren Kollegen hinzugezogen hat, klar und umfassend über ihren Gesundheitszustand sowie über die Möglichkeiten des Einsatzes von schmerzlindernden Maßnahmen informiert worden sein. Dieses ist in einem entsprechenden Protokoll festzuhalten, das von dem hinzugezogenen Arzt zu unterzeichnen ist.
4. Die Willensbekundung nach Sterbehilfe muss drei Mal im Abstand von mindestens drei Tagen schriftlich oder mündlich vor einem Notar erfolgen.
5. Hat eine Person, die nicht in der Lage ist, um Sterbehilfe zu bitten, eine vorgezogene Willenserklärung schriftlich vor einem Notar abgegeben, muss dieser unbedingt Folge geleistet werden, ohne dass demjenigen, der sie umsetzt, strafrechtliche oder berufliche Folgen daraus entstehen. Beruft sich der behandelnde Arzt auf die Gewissensklausel nach Absatz 10, so ist der Patient unverzüglich an einen anderen Arzt zu überweisen.
6. Jede volljährige Person kann für den Fall, dass sie nicht mehr in der Lage sein sollte, ihren Willen zu bekunden, in einer Erklärung (Patientenverfügung) schriftlich vor einem Notar ihren Wunsch nach Sterbehilfe für den Fall festhalten, wenn der Arzt feststellt, dass
- - sie unfallbedingt oder pathologisch bedingt schwer und unheilbar erkrankt ist und
 - - sie nicht bei Bewusstsein ist (z.B. Wachkoma, Herzstillstand) und
 - - dieser Zustand nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft irreversibel ist.
7. In der Erklärung können weiterhin eine oder mehrere volljährige Vertrauenspersonen in der Reihenfolge ihrer Präferenz bezeichnet werden, die den behandelnden Arzt über den Willen des Patienten in Kenntnis setzen. Sie kann jederzeit widerrufen werden. Selbstverständlich kann diese Erklärung auch vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch zu bestimmende Angehörige formuliert werden.
- Ist die Person körperlich zur Abfassung und Unterzeichnung nicht in der Lage, kann ihre Erklärung vor einem Notar schriftlich festgehalten werden.
8. Abgesehen von zusätzlichen Bedingungen, die er für seinen Eingriff erfüllt sehen möchte, muss der Arzt vorab:
- einen anderen Arzt zur Frage der Irreversibilität des medizinischen Zustands des Patienten konsultieren und ihn über die Gründe der Konsultation unterrichten. Der konsultierte Arzt prüft die Krankenakte und untersucht den Patienten. Er verfasst einen Bericht über seinen Befund. Der konsultierte Arzt muss dem Patienten sowie dem behandelnden Arzt gegenüber unabhängig sein und über Fachkompetenz in Bezug auf die betroffene Erkrankung verfügen.
 - mit dem Pflgeteam, das in regelmäßigem Kontakt mit dem Patienten steht, sprechen, sofern ein solches besteht,
 - mit einer Vertrauensperson des Patienten, sofern eine solche in der Erklärung benannt ist, über den Wunsch des Patienten sprechen sowie mit Angehörigen des Patienten, die dem Arzt bekannt sind oder ihm von der Vertrauensperson benannt werden.
9. Eine Person, die Sterbehilfe geleistet hat, hat dieses innerhalb von vier Werktagen gegenüber einer Landeskonsultations- und Bewertungskommission zu erklären, deren Zusammensetzung durch Verordnung bestimmt wird. Form und Inhalt dieser Erklärung werden ebenfalls durch Verordnung festgelegt. Die Kommission prüft die Erklärungen über Sterbehilfe, die ihr übermittelt werden. Sie überprüft, ob die Maßnahme entsprechend den in diesem Gesetz und der Durchführungsverordnung festgelegten Bedingungen und Verfahren durchgeführt

worden ist. Sie kann den behandelnden Arzt auffordern, ihr alle Bestandteile der Krankenakte vorzulegen. Sie nimmt innerhalb von zwei Monaten nach Befassung Stellung. Ist sie mehrheitlich in ihrer Stellungnahme zu der Auffassung gekommen, dass die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht eingehalten worden sind, leitet der Vorsitzende der Kommission den Vorgang an den zuständigen Staatsanwalt weiter.

10. Ein Arzt oder Angehöriger des Gesundheitswesens kann sich einem Wunsch nach Sterbehilfe unter Berufung auf die Gewissensklausel widersetzen. Verweigert der konsultierte Arzt diese, ist er gehalten, den Patienten oder die in der Erklärung benannte Vertrauensperson unverzüglich darüber zu informieren.

11. Liegt von einem Patienten, der in eine für die aktive Sterbehilfe relevante Situation gerät, keine Patientenverfügung vor, darf nicht auf einen auf Aussagen von Angehörigen gestützten mutmaßlichen Willen zurückgegriffen werden.

- III. Palliative Care und Hospizarbeit

Palliative Care ist die umfassende Behandlung und Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Sie umfasst sowohl mit der Palliativmedizin eine angemessene medizinische Versorgung der Patienten mit Schmerztherapie und der Linderung quälender Begleitscheinungen, als auch die Pflege für psychische, soziale und seelsorgliche Bedürfnisse. Für die Sterbenden, die keine Krankenhausbehandlung mehr benötigen, sorgt die Hospizarbeit, auch mit ehrenamtlichen Helfern, für die Pflege dieser Bedürfnisse.

Wir, die Jungen Liberalen sehen in diesem Weg das beste Mittel, um das Sterben so menschenwürdig wie möglich zu gestalten. Momentan können aber nur 2,1 % aller Sterbenden eine Palliative-Care-Versorgung und 4,4 % eine Hospizliche Versorgung in Anspruch nehmen. Die Weiterbildung eines Pflegenden, die ihn für die Palliative Care befähigt, ist bundesweit unterschiedlich und nicht geregelt. Viele Sterbende kennen zusätzlich die Möglichkeiten der Sterbebegleitung nicht. Deshalb fordern wir:

- Eine Ausweitung des Netzwerkes von Hospizen und Palliativstationen
- Eine gesetzlich gewährleistete Kostenübernahme von Palliative-Care- und Hospizleistungen
- Eine bundesweit vereinheitlichte Weiterbildung der Pfleger, die in der Palliative-Care und in der Hospizarbeit tätig sind

Die Aufklärung jedes Sterbenden oder Schwerkranken über die Möglichkeiten der Sterbebegleitung durch den behandelnden Arzt sowie durch eine Informationskampagne.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

2.01**■ Internationale
Politik****■ Antragsteller: KV Ems-Vechte**

Königreich Bayern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen unterstützen den Freiheitswunsch des bayrischen Volkes und sprechen sich dafür aus den Freistaat Bayern aus der Bundesrepublik Deutschland auszugliedern und das Königreich Bayern gründen. Des Weiteren sprechen sich die Jungen Liberalen Niedersachsen dafür aus, dass im weiteren Verlauf dieser Ausgliederung per Referendum darüber entschieden wird wer König von Bayern wird.

Sobald das neu gegründete Königreich Bayern die Kopenhagener Kriterien erfüllt können EU-Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, wobei sich die Jungen Liberalen Niedersachsen für eine privilegierte Partnerschaft aussprechen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

2.02

■ Internationale
Politik

■ Antragsteller: KV Göttingen

Aufnahme der Ukraine in die EU

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen das Abkommen der „Östlichen Partnerschaft“ der EU und setzen sich im Rahmen der europäischen Integration für eine langfristige Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union ein.

Besonders gilt es bereits jetzt, die Aufnahme in Aussicht zu stellen um so die Demokratiebewegung der ganzen Region zu stärken und die Ukraine durch den Vorbildcharakter, den sie für die gesamte Region einnimmt zu stabilisieren.

Begründung:

2005 setzte sich im Zuge der orangefarbenen Revolution setzte sich die freiheitliche Demokratie in der Ukraine durch.

Natürlich hat das Land stark mit Korruption und innenpolitischen Zerwürfnissen zu kämpfen. Dennoch bestehen kaum Zweifel, dass sich das Land auf dem richtigen Weg befindet und die Kopenhagener Kriterien zum großen Teil bereits jetzt erfüllen können.

Kulturell wie geographisch gehört das Land zweifellos zu Europa. Die Ukraine selbst bemüht sich ebenso um einen Beitritt.

In diesem Zusammenhang ist deutlich zu machen, dass Europa nicht an der polnischen Grenze und am Baltikum endet. Vielmehr gilt es alte und neue Grenzen zu überwinden um ein weiteres Zusammenwachsen Europas zu begründen.

Sowie die Aufnahme Polens, Tschechiens und der Slowakei seine positive Wirkung auf die Ukraine hatte, könnte auch ein Beitritt der Ukraine seine positive Wirkung auf die letzte Diktatur Europas, Weißrussland, haben und die hiesige demokratische und liberale Opposition weiter stärken.

Des Weiteren stellt die Ukraine mit 46 Millionen Bürgern einen neuen Markt dar, der noch nicht ganz erschlossen ist und ein reger Nachholbedarf der Bevölkerung besteht.

Es ist ebenso davon auszugehen, dass bereits die Aussicht auf einen Beitritt zur Europäischen Union das Land zusätzlich stabilisieren sollte.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

2.03■ Internationale
Politik

■ Antragsteller: KV Helmstedt

Förderung einer multikulturellen Weltgemeinschaft - Perspektiven liberaler Politik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Weltgemeinschaft befindet sich im Wandel. Im Hinblick auf die Zunahme der internationalen Migration und kulturübergreifender, politischer Zusammenarbeit bedarf es einem zunehmenden Dialog zwischen westlichen- und beispielsweise muslimischen Werteverständnis, um globalen Spannungen vorzubeugen. Die Jungen Liberalen verstehen die Bundesrepublik Deutschland als Teil eines pluralistischen Weltgefüges, dass zum einen eine freie Werte – und Persönlichkeitsentfaltung fördert, jedoch auf der anderen Seite auch Grenzen setzt, um Menschenrechte global schützen zu können.

1. Vielfalt und Verständnis leben

Unsere Welt ist bunt. Toleranz ist daher unabdingbar für eine verbesserte und depolarisierte Völkergemeinschaft. Anstatt anderen Kulturen mit Vorurteilen zu begegnen, fordern die Jungen Liberalen eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften. Der internationale Organisationsaufbau, sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen weiterhin gefördert werden, um sozialen Spannungen entgegenzuwirken.

Dabei müssen alle beteiligten Kulturen in die Verantwortung gezogen werden – und Verständnis füreinander zeigen. Politische Signale der Entspannung können punktuelle, kulturübergreifende Ziele realisieren. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, den Dialog zwischen den Kulturen, insbesondere zum Islam zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu intensivieren. Hierbei müssen vor allem Experten für die kulturellen, wirtschaftlichen und ethnischen Zustände vor Ort zu Rate gezogen werden.

2. Gemeinsam einander verstehen

Die Weltgemeinschaft besteht aus vielen Kulturen, Nationalitäten, Sprachen, Religionen und Ethnien. Im Multikulturalismus sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen das Verhältnis zum Islam als existenziellen Faktor zu einer friedlichen Völkergemeinschaft.

Der Islam manifestiert als monotheistische Religion den gemeinsamen Ursprung aller Religionen. Kontrastierend zum heutigen, westlichen Verständnis, sind dem Menschen dabei feste Grenzen gesetzt. Hierbei sollten entgegengesetzt der heutigen Wahrnehmung auch verstärkt Gemeinsamkeiten herausgestellt werden, um das Verhältnis von christlicher Welt und dem Islam zu verbessern. Diese Aufgabe kann vor allem durch Kulturvereine oder Jugendinitiativen vor Ort realisiert werden – und das nicht nur in urbanen Bereichen, sondern auch in ländlichen Gebieten. Mit einem Ausländeranteil von 6 % liegt Niedersachsen deutlich unter dem Bundesschnitt von 9%. Dies liegt vor allem an fehlenden Einwanderungsballungsräumen, wie diese zum Beispiel in Berlin vorhanden sind. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen dennoch eine Förderung des Integrationsprozesses in Niedersachsen als unerlässlich an, um in einer zunehmend globalisierten Welt bestehen zu

können. Hierbei müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Jungen Liberalen stehen für eine Förderung von Integrationsprojekten durch Sport und Jugendarbeit, da sie in einem frühen Alter ansetzen und neben dem Erlernen der Deutschen Sprache auch eine große soziale Aufgabe wahrnehmen – auch für deutsche Kinder.

Deutschland kann sich als Industrienation der Einwanderungsproblematik, insbesondere von muslimischen Menschen, nicht entziehen. Für die Jungen Liberalen Niedersachsen wird die gezielte Zuwanderung von Fachkräften im Hinblick auf den demographischen Wandel in Deutschland ein wichtiger Faktor für eine langfristige Erhaltung der Sozialversicherungssysteme sein.

Jeder Fünfte Bürger in Deutschland hat ausländische Wurzeln – daher ist es nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen zunehmend wichtig, das Miteinander der Kulturen zu stärken. Die Politiklandschaft in Deutschland muss hierfür wieder Ansprechpartner bieten – Sozialarbeiter für Projekte an sozialen Brennpunkten und Integrationsbeauftragte, die nicht nur für die Interessen, Sorgen und Probleme der Einwanderer eintreten, sondern sie auch betreuen und beraten. Diese Abdeckung muss keine finanzielle Mehrbelastung für die Kommunen bedeuten, da solche Projekte schon heute von ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen beispielsweise Projekte in Berlin und Hannover, in denen bei Bürgersprechstunden deutsche Bürger Einwanderern bei dem Ausfüllen von Anträgen Hilfestellung geben.

3. Integration

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen bedeutet Zuwanderung Fortschritt- kulturell und ökonomisch. Allerdings nur, wenn beide Seiten, Einwanderer und Einheimische, aufeinander zugehen. Der Weg zu einer integrierten, multikulturellen Völkergemeinschaft führt nicht über neue Ministerien und damit verbundene neue Beamtenapparate, sondern über die Menschen selbst. Die Jungen Liberalen unterstützen daher diesen Prozess durch gezielte Integrationsprojekte. Für die frühkindliche Bildung bedeutet dies eine Stärkung von multikulturellen Kindergärten mit individueller Förderung.

Kinder mit Migrationshintergrund erhalten hier die Möglichkeit die Deutsche Sprache zu erlernen und dies gelingt vor allem im Umgang mit deutschen Kindern. Hierbei unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen den Ausbau von Sprachkindergärten, welche über dieses Integrationsprogramm hinaus Englischkenntnisse vermitteln. Begabungen können in diesem Zusammenhang früh erkannt und gefördert werden.

Die Jungen Liberalen fordern die Bundesregierung auf, Kinder aus sozial schwachen Familien zu fördern und die Eltern einzubinden, da der Dialog zwischen Eltern und Einrichtungen (Kindergärten, Schulen) elementarer Anteil des Integrationsprozesses nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen ist. Erst wenn alle Seiten begreifen, dass das Erlernen der Deutschen Sprache und der weitere, erfolgsorientierte Bildungsweg der Schlüssel zu Arbeit und Wohlstand sind, kann Integration auch nachhaltig gelingen.

Die Jungen Liberalen stehen in diesem Zusammenhang für eine stärkere Partizipation von Kindern mit Migrationshintergrund in der Schule. Hierbei ist es vor allem wichtig, Kindern den Zugang zu Deutscher Kultur und Sprache zu eröffnen, ohne die Identität des Herkunftslandes aufgeben zu müssen. Daher fordern die Jungen Liberalen seit langem die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Außerdem muss Ausländern das Stimmrecht bei Kommunalwahlen ermöglicht werden, um den Partizipations- Gestaltungs- und Mitbestimmungsprozess der Einwanderer zu fördern.

In einem gegenseitigen Lernprozess in der Schule ist das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern von entscheidender Bedeutung. Lehrkräfte müssen nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen auf die neue Situation hinsichtlich des steigenden Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund vorbereitet werden – mit Modulen in Ausbildung und Weiterbildung.

Zudem sehen es die Jungen Liberalen als Notwendigkeit an, mehr Lehrer in Klassen einzusetzen, die eine hohe Quote an Kindern mit Migrationshintergrund vorzuweisen haben.

Allerdings findet Integration nicht nur in der Schule statt. Projekte von Vereinen und Sozialeinrichtungen, die sich an den Bedürfnissen der Zuwanderer orientieren, wie der Umgang mit öffentlichen Schreiben, Hilfe im Alltag oder die Gründung von ausländischen Sportvereinen unter deutscher Beteiligung, sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen als elementaren Bestandteil liberaler Integrationspolitik an.

Auf der anderen Seite muss der Integrationsprozess auch an adäquate Bedingungen geknüpft werden. Dies umfasst beispielsweise, dass die Erhöhungen von Transferleistungen an einen Leistungersatz geknüpft werden, um zum einen dem Missbrauch von Bezügen der Sozialleistungen vorzubeugen und auf der anderen Seite einen Anreiz für einen Einstieg in ein Arbeitsverhältnis zu geben und um die Bereitschaft zur Integration zu stärken. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen diese Maßnahme nicht nur im reinen integrationspolitischen Zusammenhang, sondern als gesamtdeutsches Prinzip.

Um im globalen Wettbewerb weiterhin eine führende Rolle einnehmen zu können, fordern die Jungen Liberalen die Bundesregierung auf, die Zuwanderung aus humanitären Gründen an strengere Kriterien zu knüpfen, denn das angestrebte Ziel muss sein, dass langfristig gesehen, mehr qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland kommen oder in Deutschland ausgebildet werden. Hierfür müssen nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen auch Wirtschaftsanreize geschaffen werden.

Nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen muss Deutschland bessere Chancen für gut ausgebildete Einwanderer bieten. Diese können sich in geldlichen Leistungsanreizen, Hilfe bei der Arbeits- und Wohnortwahl oder Familienfreundlichkeit ausdrücken. Hierbei muss auch auf kulturelle Besonderheiten zunehmend Rücksicht genommen werden.

4. Wirtschaftsbeziehungen

Eine Trennung von Kirche und Staat ist beispielsweise im Islam nicht vorgesehen – was eine wirtschaftliche Zusammenarbeit erschwert. Allerdings haben bisherige Kooperationen zum Beispiel mit dem Staat Katar gezeigt, dass trotz unterschiedlicher Wert-, Moral- und Wirtschaftsvorstellungen eine Zusammenarbeit möglich ist und erfolgreich verläuft. Die JuLis Niedersachsen sehen das Außenministerium diesbezüglich in einer neuen Verantwortung: Die Jungen Liberalen stehen für offene Gespräche ohne Vorbehalte ein, verlangen aber darüber hinaus die klare Herausstellung von gemeinsamen Zielen, damit eine kulturübergreifende Arbeit nicht nur auf Idealen beruht, sondern auch durch Fortschritte in Forschung und Ökologie, wie dem Erreichen von globalen Klimazielen, Wirkung zeigt. Konkret betrifft dies beispielsweise eine dezidierte Haltung bei OPEC-Abkommen oder die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Alle Staaten profitieren von einer globalen Zusammenarbeit. So ist die EU vor allem am Rohstoffreichtum der arabischen Staaten interessiert. Die Schwellenländer hingegen brauchen in der Maschinenbaubranche vor allem deutsche Spezialanfertigungen. Um den größtmöglichen Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen, müssen zudem vor allem gegenwärtige Handelsbeschränkungen abgebaut werden.

5. Synthese zwischen Grenzen und Toleranz am Beispiel des Islams

Die Jungen Liberalen befürworten eine stärkere Zusammenarbeit zwischen muslimischen Ländern und der Europäischen Union. Allerdings sind dieser mit dieser Zusammenarbeit auch Grenzen verknüpft. So lehnen die Jungen Liberalen folgende Punkte ab und erwarten eine Verbesserung der derzeitigen Situation:

a) Keine Unterdrückung von ethnischen Minderheiten. Die Sunniten bilden etwa 90 % der Muslime. Sufismus und Charidschiten dürfen nicht länger unterdrückt und benachteiligt werden. Die JuLis fordern daher Programme weiterzuentwickeln, welche die Konfliktlösung innerhalb der einzelnen Strömungen des Islams vorantreiben.

b) Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Gleichberechtigung von Frauen – global!

Viele Muslimische Länder haben bereits viele Schritte vorangebracht, welche die Stellung der Frau in der Gesellschaft veränderte. So wurde das Bildungswesen erweitert und mittlerweile gehen sogar Mädchen von der arabischen Halbinsel in die Schule. Durch eine von der jeweiligen, nationalen Regierung initiierten „Landstrukturreform“ fordern die Jungen Liberalen eine gleiche und flächendeckende Maßnahme, damit auch ländliche Bereiche von Umstrukturierungen profitieren.

c) Die Jungen Liberalen fordern eine strikte Vorgehensweise gegen den Fundamentalismus oder Islamismus. Er baut eine verklärende Ideologie auf und bringt Rückschritte bei der zunehmenden Anpassung des Islams an die Globalisierung.

d) Die JuLis verlangen von allen Staaten Toleranz! Dies gilt vor allem für den Sittenzwang in einigen muslimischen Ländern, dem sich unter großer Aufsicht durch die Polizei und Bürgerstreifen auch Touristen unterordnen zu haben. Die Jungen Liberalen Niedersachsen verlangen diese Maßnahme auf der Basis von Freiwilligkeit umzugestalten.

e) Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine stringendere und weltweite Vorgehensweise gegen Kinderarbeit. Sind Verdachtsfälle bestätigt, wie beispielsweise in Indien, so müssen Gesetze auf den Weg gebracht und stärker kontrolliert werden.

f) Die Jungen Liberalen lehnen die Todesstrafe unter dem Hintergrund der Wahrung von Menschenrechten weltweit ab.

g) Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen den Beitritt der Türkei in die Europäische Union langfristig als Brücke zur Bekämpfung des internationalen Terrorismusses. Auf Grund der großen Erweiterungsrounden in den letzten Jahren muss sich die EU zunächst konsolidieren. Die Türkei befindet sich in einem zunehmenden Demokratisierungsprozess, der mit Hilfe der Europäischen Union fortgeführt werden muss. Mit der Einführung des Laizismus hat die Türkei große Fortschritte gemacht, dennoch müssen alle Kriterien zur Aufnahme erfüllt werden, um langfristig in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

6.) Sanktionen

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Bundesregierung auf, stärker für eine Wahrung von Menschenrechten global einzutreten und bei Verletzung dezidierte Sanktionen zu verhängen.

Der Demokratisierungsprozess muss global realisiert werden. Dies muss durch Botschaften vor Ort verbessert werden. Der Spagat zwischen Innovation und heimischer Kultur gelingt meistens nur durch internationale Unterstützung.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern Projekte, welche die Tradition als Vehikel der Modernisierung sehen. Nur mit diesem Verständnis können auch globale Projekte realisiert werden. Ein kulturelles und auf regionale Bedürfnisse abgestimmtes Wirtschaftskonzept bringt nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen mehr, als gescheiterte sozialistische Systeme am Leben zu erhalten, wie dies noch in einigen nordafrikanischen Ländern der Fall ist.

217 Die Modernisierung der Wirtschaft an kulturellen Brennpunkten, wie beispielsweise im Iran, ist
218 daher zentraler Punkt liberaler Außenpolitik, denn um Krisenkonstellationen nachhaltig
219 beeinflussen und vorbeugen zu können, wie der Errichtung der „Islamischen Republik im Iran“
220 muss ein konsequenterer, toleranterer und stärkerer Eintritt der Golfregion und Arabischen
221 Halbinsel in die internationale Politik und Wirtschaft erfolgen.

222 Einheitsparteiensystemen und Militärdiktaturen, die meist uneingeschränkt regiert werden
223 und keine demokratischen Wahlen zulassen oder Menschenrechte ungeachtet lassen, müssen
224 daher international und geschlossen sanktioniert werden.

225
226 Gleiches gilt für den internationalen Umgang mit Atomtests, die insbesondere vom Iran und
227 Nordkorea durch ihre nationalen Atomwaffenprogramme getätigt werden. Warnungen und
228 Auflagen der internationalen Staatengemeinschaft wurden bisher nahezu ungeachtet
229 gelassen und so müssen langfristig harte und entschiedene Sanktionen folgen, die an konkrete
230 Vorgaben geknüpft sein müssen.

231
232
233 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern insgesamt gezielte Maßnahmen, um Kulturen zu
234 einer harmonisierten Weltgemeinschaft zu verknüpfen, damit ökonomische, ökologische und
235 soziale Ziele und insbesondere demokratische Rechte wie die Wahl-, Presse- Religions- und
236 Meinungsfreiheit sowie die Wahrung der Menschenrechte global und friedlich realisiert
237 werden können. Dennoch muss gegen Staaten, welche internationale Auflagen ignorieren,
238 weiterhin dezidiert vorgegangen werden.

239
240 Begründung:
241 Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

2.04**■ Internationale
Politik****■ Antragsteller: KV Northeim****Entwicklungshilfe für China kürzen und auf gezielte Projekte beschränken**

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Das System der Entwicklungshilfe für Schwellenländer wie China muss grundlegend überarbeitet werden. Man darf Entwicklungshilfe nicht bedingungslos ausgezahlt, sie muss an konkrete Projekte und Kontrollmechanismen gebunden sein und im Idealfall von deutschen Unternehmen oder Organisationen gecoacht werden.

Wichtig ist, in Ländern mit so hoher Korruption, dass das Geld nicht mit der Gießkanne verteilt wird, sondern kontrolliert an Projekte gebunden und für bestimmte Organisationen oder Unternehmen reserviert wird.

Das BMZ, muss konkrete Zielformulierungen und Beschränkungen für die jeweiligen Projekte formulieren und die Möglichkeit bieten deutsche Unternehmen bevorzugt miteinzubeziehen, wenn sie Gelder an die in China operierenden Organisationen wie die GTZ und InWent verteilt.

Projekte müssen in Zusammenarbeit mit Experten der jeweiligen Schwellenländern von Anfang bis Ende unter Kontrolle der deutschen Organisationen stehen, um dem effektlosen Verschenken von Geldern entgegen zu wirken.

Infrastrukturprojekte sind allerdings schon längst überholt. Vielmehr geht es in diesen Ländern Probleme wie Müllentsorgung und Umweltverschmutzung, Schulbildung, Minderheitendiskriminierung und vor allem die Hungerbekämpfung.

Angegangene Projekte müssen von deutschen Beauftragten evaluiert werden, mit dem Ziel zu überprüfen, ob der gewünschte Effekt eintritt oder nicht. Bei Ineffizienz des Projektes müssen die Fehlerquellen überprüft werden. Sollte die Möglichkeit zur Erreichung des Effektes nicht gegeben sein, muss von weiteren Investitionen abgesehen werden und wenn möglich Geld von den Behörden zurückverlangt werden können.

Dies bezieht sich auf Projekte, an denen die Behörden der entsprechenden Provinzregierung oder der Kreise selbst ein Interesse haben, wie beispielsweise Entwicklung eines Müllentsorgungs- und Verwertungssystems. Es müssen Vereinbarungen mit den Behörden über solche Projekte getroffen und vertraglich festgehalten werden und eben auch Klauseln enthalten, die den Fall der Vertragsverletzung berücksichtigen.

Den Jungen Liberalen kommt es darauf an, Entwicklungshilfe effizient und zielgenau zu betreiben, nicht medienwirksam einen möglichst großen Blankochecke auszustellen.

Begründung:

Der Osten Chinas wird von der chinesischen Regierung zwar gefördert und ist Schwerpunkt der innerstaatlichen Entwicklungspolitik seit 1979, allerdings konzentriert sich die Regierung auf die Förderung der Wirtschaft und Ausbau der Infrastruktur. Die Armut innerhalb der

48 Bevölkerung lindert sich dadurch nicht, wird eher noch durch die Aufbrechung der
49 landwirtschaftlichen Strukturen hin zum Schwerpunkt auf Industrie und Dienstleistungen
50 verschärft.

51
52 Besonders die Minderheiten leiden unter dieser Entwicklung.

53
54 Im Westen des Landes, insbesondere im ländlichen Raum, fehlt es an Allem. Die Menschen dort
55 sind nicht in der Lage sich selbst zu versorgen, was sich aber durch Anreize zur Eigeninitiative
56 und Belohnung von Eigenverantwortung durch die Unterstützung mit Mikrokrediten und
57 Know-How ankurbeln ließe.

58
59 Von einer kompletten Streichung der Entwicklungshilfe ist Abstand zu nehmen, da nicht nur
60 die Ärmsten der Armen darunter leiden, sondern auch langfristig die Teile der deutschen
61 Wirtschaft, die in der Entwicklungshilfe tätig sind.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

2.05

■ Internationale
Politik

■ Antragsteller: KV Vechta

Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen erkennen den steigenden Bedarf nach Kernenergie, vor allem in Staaten, in denen momentan noch keine Kernkraftwerke betrieben werden, und das daraus entstehende Proliferationsrisiko, an. Daher begrüßen wir die internationalen Bestrebungen, kritische Teile des Brennstoffkreislaufs zu multilateralisieren.

Nach Ansicht der Jungen Liberalen ist ein Mix aus mehreren der momentan diskutierten Ansätze am sinnvollsten. Dazu gehören insbesondere:

1. Der kurzfristig zu realisierende Vorschlag der Nuclear Threat Initiative zur Errichtung einer Nuclear Fuel Bank.
2. Der langfristige, österreichische Vorschlag zur Multilateralisierung aller bestehenden Anlagen zur Wiederaufbereitung und zur Anreicherung von Uran, sowie das Stellen aller relevanten Aktivitäten unter Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Das Konzept der alten Bundesregierung, das Multilateral Enrichment Sanctuary Project (MESP), ist aus folgenden Gründen aufzugeben:

1. Einen Staat zu finden, der die Kriterien des MESP erfüllt und sich bereit erklärt, auf seinem Hoheitsgebiet ein MES einzurichten, wird sich höchstwahrscheinlich als äußerst schwierig erweisen.
2. Wenn ein solcher Staat gefunden ist, müssten immernoch diverse politische, rechtliche und technische Hürden genommen werden.
3. Das große Problem der Teilung der internationalen Gemeinschaft in nukleare „have“ und „have-not“ Staaten würde nicht gelöst werden, da bestehende nationale Anlagen nicht multilateralisiert werden und „have-not“ Staaten durch die IAEA zwar Kontrolle, aber keinerlei Beteiligung an den Anlagen im MES erhalten.

Die Jungen Liberalen fordern die neue Bundesregierung dazu auf, das Problem international in den Fokus zu rücken und verstärkt an einer Lösung zu arbeiten, die vor allem auch für die „have-not“ Staaten akzeptabel ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.01■ **Wirtschaft &
Finanzen**■ **Antragsteller: KV Braunschweig**

Echte Steuervereinfachungen statt mehr Ausnahmen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die neue Bundesregierung ist angetreten, um die Steuern in Deutschland grundlegend zu vereinfachen. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien zwar vereinbart, ein Stufensystem bei der Einkommenssteuer einzuführen, doch parallel dazu wurde z. B. vereinbart, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie einzuführen. Damit werden keine Steuern vereinfacht, es kommen mehr Ausnahmetatbestände hinzu.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher, endlich echte Steuervereinfachungen zu beschließen. Sie stellen sich gegen Klientelpolitik, sondern fordern Steuern, die für jeden durchschaubar sind. Auch wenn es für einzelne Interessengruppen schmerzhaft sein kann, müssen Ausnahmen konsequent abgeschafft werden.

Begründung:

Es muss ein Ende der Klientelpolitik geben, die für jeden eigene Ausnahme bei der Steuer schafft. Auf diese Weise ist das deutsche Steuersystem undurchschaubar geworden. Was man braucht, sind nicht mehr Ausnahmetatbestände, sondern eine grundlegende Vereinfachung ohne Ausnahmeregelungen und im Gegenzug niedrigere Steuersätze.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.02■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Helmstedt

Pflichtmäßige Rechnisse aufheben

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Aufhebung von Pflichtmäßigen Rechnissen.

Erklärung: Pflichtmäßige Rechnisse sind alte Verträge, meist aus dem 19. Jahrhundert, die mit Fürsten und Herzögen geschlossen wurden. Sie beinhalten die Zahlung von Pfründen, die von vielen Gemeinden noch heute geleistet werden müssen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen diese jahrhundertealten Subventionen ab, die bis heute Gültigkeit haben, da sie an nicht mehr zeitgemäßen Maßstäben gemessen wurden und heute an nicht mehr existierende Bedingungen geknüpft sind.

So bezahlen einige Gemeinden noch heute Brennholz oder Nahrungsmittel aus finanziellen Verpflichtungen der Pfründe, obwohl sie keine eigenen Pfarrstellen mehr zur Verfügung gestellt bekommen.

Auf Grund dieser alten Rechtsverhältnisse zahlen die Bundesländer jährlich etwa 400 Millionen Euro an die Kirchen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen manifestieren dabei allerdings auch ihre Stellung hinsichtlich der Anerkennung der gesellschaftlichen Aufgabe, welche die Religionsgemeinschaften erfüllen.

Allerdings darf sich hierbei die Finanzierung nicht auf veraltete Vertragsabschlüsse beziehen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern mit der Abschaffung dieser Subventionen für die Kirche vor allem eine Entlastung für Länder, Gemeinden und Städte.

Begründung:

Durch die Säkularisation von Napoleon im Jahre 1803 und die Trennung von Kirche und Staat verloren die Bischöfe Ländereien. Im Gegenzug wurde der Kirche eine regelmäßige, vertragliche Entschädigung zugesichert, die bis heute greift. Diese gilt es zu modernisieren.

Auch im Grundgesetz findet sich eine entsprechende Verankerung, wonach Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften abgelöst werden sollen (Art.140 GG).

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.03

■ Wirtschaft &
Finanzen

■Antragsteller: KV Hameln-Holz Minden

Steuerfreiheit für zweckgebundene AG-Leistungen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern, dass ein von Arbeitgebern freiwillig gezahlter zweckgebundener Zuschuss zur Betreuung der schulpflichtigen Kinder der Arbeitnehmer nicht als geldwerter Vorteil versteuert werden muss, sondern steuer- und sozialversicherungsfrei ausbezahlt werden darf.

Der zweckgebundene Zuschuss eines Arbeitgebers zu der Kinderbetreuung eines Schulkindes wird völlig unbegründet mit Abgaben belastet. Er ist weder steuer- noch sozialversicherungsrelevant, da das Kind, dem dieser Zuschuss zu Gute kommt, weder steuer- noch sozialversicherungspflichtig ist.

Die Qualität der Bildung und die Unterstützung von Familien sind zwei untrennbar verbundene Säulen tragfähiger zukunftsorientierter gesellschaftlicher Entwicklung und damit von höchster sozialpolitischer Relevanz. Arbeitgeber, die sich freiwillig dazu entschließen, die Familien ihrer Arbeitnehmer zu unterstützen, übernehmen Verantwortung für die nächste Generation. Diese Freiheit soll und muss man den Unternehmen zugestehen.

Begründung:

Soziales Verhalten, Sprachkompetenz und schulische Entwicklung werden bei Schulkindern durch eine qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung gefördert und entwickelt. Deshalb ist es gerade für Familien, die auf das volle Einkommen beider Elternteile angewiesen sind, richtig und wichtig, Kontinuität in der Kinderbetreuung bei Schuleintritt ihrer Kinder sicherzustellen.

Gerade für Familien mit einem knappen monatlichen Familienbudget, dazu zählen auch eher bildungsferne Familien, bedeutet die Finanzierung der Kinderbetreuung nach Schulschluss aber eine große Hürde, wenn sie nicht das Glück haben, einen der sehr rar gesäten Ganztagsplätze an einer ortsnahen Schule zu erhalten. Die sonstige Nachmittagsbetreuung an Schulen ist kostenpflichtig und eine Tagesmutter ist ebenfalls zu entlohnen.

Der Zuschuss eines Arbeitgebers zur Kinderbetreuung nicht schulpflichtiger Kinder ist bereits steuer- und sozialversicherungsfrei, sofern die Zuschüsse zusätzlich zum Gehalt ausbezahlt werden. Begünstigt ist dabei die Übernahme der Kosten für die Betreuung und Unterbringung von Kindern in Einrichtungen oder bei Tagesmüttern. Da der Betreuungsbedarf aber nicht mit dem Eintritt in die Schule endet, ist es unlogisch, dass ein Arbeitgeberzuschuss mit Schuleintritt als geldwerter Vorteil behandelt werden muss.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.04■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: LAK Umwelt & Landwirtschaft

Subventionen für Solarstrom senken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern eine sofortige Senkung des staatlich garantierten Abnahmepreises für Solarstrom von 0,43 kWh auf 0,30 Euro/kWh. Mittelfristig fordern die Jungen Liberalen eine vollständige Abschaffung von umlagefinanzierten Mindestpreisen.

Selbstverständlich gilt diese Senkung nicht für die bestehenden Vertragsverhältnisse zwischen Abnehmern und Solaranlagenbetreibern. Um die berechnete Amortisierung und Rechtssicherheit zu gewährleisten sind hier die vereinbarten Konditionen nach wie vor ausschlaggebend.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.05

■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

Stopp von Ausgabenerhöhungen – Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen setzen sich ein für eine generationsgerechte, handlungsfähige und zukunftsfähige Politik. Um dies zu erreichen fordern wir, die Jungen Liberalen, dass ein Ausgabenerhöhungstopp (insbesondere) in wirtschaftlich guten Zeiten beschlossen wird.

Ziel ist es, die Politik zu zwingen in wirtschaftlich guten Zeiten Schulden abzubauen. Um das zu schaffen, dürfen im Falle eines Wirtschaftswachstums die Mehreinnahmen nicht mehr ohne weiteres für Ausgabenerhöhung genutzt werden. Eine Ausgabenerhöhung bzw. Entlastung der Bürger darf nur anfallen, wenn 50% der Mehreinnahmen für die Schuldentilgung genutzt werden. Ansonsten findet ein Ausgabenanstieg nicht statt. Dadurch würde Deutschland aus dem Haushaltsdefizit herauswachsen – wie die USA es in den 90ern unter Clinton vorgemacht haben – ohne dass damit eine unpopuläre direkte Kürzung vorgenommen wird. Dies vereinfacht den Politikern die Durchsetzbarkeit eines ausgeglichenen Haushaltes.

Demnach dürfen Mehreinnahmen des Staates nur in Mehrausgaben enden, wenn davon 50% in die Schuldentilgung geflossen sind.

Als Ausnahmen sollen hierfür jedoch gelten:

- Das Gesetz darf mit einer 2/3 Mehrheit für ein Jahr ausgesetzt werden.
- Ausgabenerhöhungen, die durch eine erhöhte Anzahl von bestimmten Bevölkerungsgruppen (Rentner, Kindern, etc.) entstehen, müssen getätigt werden. Aber die Ausgaben pro Kopf dürfen nicht steigen.
- Mehrausgaben in Folge von Tarifsteigerung sind zulässig.
- Innerhalb des Budgets können beliebig Ausgaben gekürzt (Bürokratieabbau) und erhöht werden, solange die Gesamtausgaben nicht erhöht werden.

Begründung:

Mehr als 6 % der Ausgaben des Bundeshaushaltes werden jährlich (Stand 2003, 6,6% vom Statistischen Bundesamt; Datenreport 2006) für Zinszahlung aufgrund der Schulden verwendet. In folge der Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich diese Zahl zweifellos noch erhöhen. Insbesondere in Hinsicht auf die Frage der Generationengerechtigkeit, aber auch weil diese Ausgaben für sinnvolle Investitionen wie in Bildung oder in die Infrastruktur fehlen und die Handlungsfähigkeit der Politik insgesamt immer weiter beschnitten wird, benötigen wir ein effektives Mittel, um die Verschuldung mittelfristig zu senken.

48 Natürlich wird diese Regelung zur Folge haben, dass der Staat aufgrund der Inflation profitiert.
49 Jedoch soll durch die 50% / 50% Regelung die Möglichkeit für eine mittelfristige Entlastung der
50 Bürger im Falle eines Überschusses gewährleistet sein. Und ohne Opfer wird eine
51 Haushaltskonsolidierung nicht möglich sein. Diese Forderung wird die Folge haben, dass in
52 Zukunft nicht eine einzige Generation durch eine Hyperinflation die ganzen Kosten tragen
53 muss, sondern dieser Abbau auf die Schultern von vielen Generationen verteilt wird. Denn nur
54 dann können die Handlungsfähigkeit und damit der Wohlfahrtsstaat Deutschland auch für
55 zukünftige Generationen erhalten bleiben.

56
57 Wird diese Problematik weiterhin ignoriert, ist es nur eine Frage der Zeit, bis Ausgaben
58 jeglicher Art durch Kürzung bzw. mithilfe von extremer Inflation „gestrichen“ werden.
59 Die Schuldenbremse mag zwar ein Schritt in die richtige Richtung sein. Jedoch wird diese nicht
60 ausreichen um die Ausgaben der Politik(er) zu begrenzen und somit die Schulden zu senken
61 bzw. zu begrenzen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass kein Politiker - unabhängig der
62 Parteizugehörigkeit- aufgrund dessen Unpopularität ein Sparprogramm lange durchgehalten
63 hat. Deswegen wird die Schuldenbremse bzw. ein Verschuldungsverbot letztlich nur ein
64 „zahnloser Papiertiger“ bleiben.

65
66 Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

3.06

■ Wirtschaft & Finanzen

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen

Staatliche Banken auf Kernkompetenzen rückbesinnen – Eingriffe in den Finanzdienstleistungsmarkt unterlassen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Bundesregierung und alle anderen zuständigen Stellen sind dazu aufgefordert klare Stellung zu beziehen, dass der Staat keine Finanzdienstleistungsunternehmen, die privat sind oder der Organisationsform nach eine beschränkte Haftung haben bei drohender Insolvenz in Zukunft retten wird. Staatliche Garantien sollen nur dann vergeben werden, wenn Gesetze die Akteure dazu eindeutig verpflichten (keine Wahlrechte).

Das Engagement der KfW und der in staatlicher Hand befindlicher Förderbanken soll ausschließlich auf Förderung (Mittelstand, Studenten, Infrastrukturprojekte, Entwicklungshilfe) beschränkt werden. Alle anderen Bereiche, für die private Finanzdienstleister ausreichend und angemessene Angebote haben, müssen unverzüglich abgestoßen werden.

Die KfW darf nicht länger ein politisches Gremium mit einem politisch besetzten und künstlich aufgeblähten Verwaltungsrat bleiben. Sie muss branchenübliche Strukturen annehmen, die für Privatbanken ihrer Größe üblich sind. Die in die Gremien der KfW berufenen Personen sollen für diese Positionen ausreichend qualifiziert sein.

Des Weiteren sprechen sich die Jungen Liberalen gegen eine „Not“-Regulierung der Finanzmärkte aus.

Finanzhilfen von Seiten des Staates sollen weiterhin im Falle des Verschärfens von Vorschriften (z. B. Erhöhung des Mindestreservesatzes) von staatlichen Stellen erlaubt sein.

Der Gesetzgeber wird aufgefordert bei der Bewertung von Aktiva in Unternehmen strenge Richtlinien zu setzen.

Enteignungen und Zwangsübernahmen durch den Staat lehnen wir kategorisch ab.

Begründung:

Die Finanzkrise hat mit zahlreichen Insolvenzen in der Finanzbranche, von denen einige durch gezielten staatlichen Eingriff vermieden wurden einen neuen Höhepunkt erreicht. Leider hat uns die Geschichte immer wieder gezeigt, dass staatliche Eingriffe nur kurzfristig Probleme lösen, langfristig aber nachteilhaft und sinnlos sind. Deswegen sind Verbote von einzelnen Kontraktarten auf den Finanzmärkten nicht zielführend, insbesondere im Hinblick auf die Kreativität der Branche Schlupflöcher zu finden. Die Bundesregierung und die zuständigen Minister müssen Klarheit schaffen, dass sie den Finanzdienstleistungsunternehmen nicht aus der Misere helfen werden (keine „Quasi-Garantien“). Solch klare Aussagen sind notwendig um die Marktakteure nicht darauf spekulieren zu lassen, dass am Ende der Staat immer helfend eingreifen wird. Es ist nicht einsehbar, dass die Steuerzahler für die Fehler von einzelnen Banken einstehen müssen. Viele Menschen in Deutschland haben ihr Konto bei Sparkassen und Volksbanken und wären dank deren Konzentration auf ihre Kernkompetenzen von den Turbulenzen der Finanzmärkte nicht direkt betroffen. Es ist nicht einsehbar, dass diese Steuerzahler für Verluste von privaten Banken, die ihre Gewinne privat verwalten können (abzüglich Steuern) einstehen sollen. Es ist deutlich sinnvoller auf Selbstheilungskräfte des Marktes zu vertrauen, anstatt ihn staatlich kontrollieren zu wollen. In einer freien Wirtschaft wird gutes Wirtschaften belohnt und schlechtes bestraft. Nur so kann Exzellenz entstehen. Deswegen ist es nur gerecht und richtig wenn die, die schlecht wirtschaften bankrott gehen.

47 Die KfW hat ihre Kernkompetenz – der Förderung des Mittelstandes verlassen und konkurriert
48 auf einigen Gebieten mit Banken in privater Hand. Man hat gesehen, dass diese Bank schon
49 wegen ihrer Struktur nicht fähig ist mit privaten Banken mitzuhalten und tritt in jedes
50 Fettnäpfchen, welches fast jede Privatbank umgehen würde. Das Geschäft mit Lehman
51 Brothers am 15. September, das schon wegen des deutlich veränderten Counterparty- Risikos
52 überprüft werden müsste, würde in einer anderen Bank ohne solche bürokratischen,
53 politischen Strukturen und nicht in Hand von Bürokraten, denen das Geld das sie verwalten
54 nichts bedeutet nie geschehen. Daraus müssen die nötigen Konsequenzen gezogen werden.
55 Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.07■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Osnabrück-Land

Arbeitslosenvermittlung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern bei der Arbeitslosenvermittlung die Wahlfreiheit der Kommunen nicht einzuschränken. Die 13 Optionskommunen in Niedersachsen müssen dauerhaft verfassungsrechtlich abgesichert werden. Allerdings sollte es auch allen anderen Landkreisen und kreisfreien Städten möglich sein, sich ebenfalls für eine Arbeitsvermittlung in Eigenregie zu entscheiden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.08■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Ammerland

Ehegattensplitting abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings im Einkommensteuergesetz. An dessen Stelle soll eine Individualbesteuerung treten, die Familien - nach dem modernen Familienbegriff der Jungen Liberalen - mit Kindern stärker unterstützt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

3.09■ Wirtschaft &
Finanzen

■ Antragsteller: KV Göttingen

Keine staatlichen Hilfen an GM

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Bundesregierung und betroffene Landesregierungen auf, im Falle des Verbleibs des Eigentums an der Adam Opel AG (Opel) bei der US-amerikanischen General Motors Company LLC (GM), in Zukunft der Adam Opel AG und der mit ihr im Konzern verbundenen Unternehmen, keine weiteren staatlichen Unterstützungen zukommen zu lassen. Des Weiteren soll geprüft werden, ob und wie beim weiteren Verbleib von Opel im GM-Konzern, bereits getätigten oder zugesagte Hilfsmaßnahmen dem Konzern wieder entzogen werden können.

Außerdem fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die Regierungen von Bund und Ländern auf, in Zukunft prinzipiell keine Hilfspakete für Industrieunternehmen zu leisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.01

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Stade

Zentralisierung der Bildungspolitik

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die Stärkung der bundespolitischen Kompetenzen und die zentrale Lenkung der Bildungspolitik durch die Bundesregierung. Des Weiteren soll ein bundeseinheitliches Zentralabitur eingeführt werden.

Begründung:

Gegenwärtig bestimmen alle 16 Länder die Gesetze für dieses Ressorts nahezu eigenständig. Eine Folge dieser Bildungsanarchie im Bunde sind von Land zu Land variierenden Schwerpunkte in den einzelnen Klassenstufen und teils sogar unterschiedliche Schulsysteme. Dies erschwert nicht nur eine Versetzung bzw. einen Schulwechsel der Lehrer sondern auch den Wechsel von Schülern zwischen zwei Bundesländern!

Des Weiteren sind die Unterschiede hinsichtlich der Qualität der Abschlüsse der Bundesländer sehr verschieden. Deutlich wird dies besonders auch bei einigen Ausbildungsberufen, in denen der Blockunterricht in nur wenigen Schulen bundesweit vermittelt wird, wenn also mehrere Schüler verschiedener Bundesländer zusammen unterrichtet werden – gerade hier werden teilweise Monate verschwendet, um die Schüler auf ein einheitliches Niveau zu bekommen. Dies kann im Hinblick auf das gesamtstaatliche Interesse der einheitlichen Bildung nicht weiter übergangen werden. Daher sollte mit der Erhöhung der Bundeskompetenzen im Rahmen der Bildungspolitik ein einheitliches Abitur im ganzen Bundesstaat eingeführt werden, um die Leistungen vergleichbarer zu machen, dies wäre auch im Interesse der Schüler, die in einem Land mit mangelhafter Bildungspolitik konfrontiert sind.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.02

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: LAK Bildungspolitik

Gleiches Recht auf BAföG für Studierende an Fern- UND Präsenzuniversitäten!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass alle Studiengänge an Fernhochschulen, deren Studiengang vom Leistungsaufwand vergleichbar mit dem einer Präsenzhochschulen, schnellstmöglich als förderungsfähig im Sinne des BAföG anerkannt werden.

Begründung:

Studenten können nur dann Förderung nach dem BAföG erhalten, wenn ihre Hochschule als förderungsfähig im Sinne des BAföG anerkannt wurde.

Laut Verwaltungsvorschriften zum BAföG gelten für die Förderung von Fernhochschulen bereits heute die gleichen Vorschriften wie für das Studium an einer regulären Universität. Hauptvoraussetzung für eine Förderung ist, dass das Studium die Arbeitskraft des Studenten im Allgemeinen voll in Anspruch nehmen muss.

In der Praxis geht die Umsetzung dieser Vorschrift allerdings nur langsam voran. Zurzeit sind lediglich vereinzelte Vollzeitstudiengänge an Fernhochschulen, überwiegend an der Fernuniversität Hagen, förderfähig.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.03

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: LAK Bildungspolitik, KV Göttingen

Transparenz bei der Vergabe von Abiturnoten – Schüler über ihre Rechte aufklären

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern, dass Schulen Schüler der Oberstufe verpflichtend über ihre Rechte zur Einsicht in ihrer Abiturprüfungsunterlagen informieren müssen. Dies kann zum Beispiel durch ein Informationsblatt, welches die Schüler mit dem Eintritt in die Oberstufe erhalten, erfolgen.

Des Weiteren fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen eine Änderung von 25.3, Satz 2 der Ergänzenden Bestimmungen zur Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (EB-AVO-GOFAK). Schüler sollen ein Recht auf Herausgabe ihrer Abiturarbeiten nach Ablauf der Zehn-Jahresfrist erhalten, sofern sie dies bei Bekanntgabe der Abiturergebnisse angegeben haben. Es soll sich hierbei um eine Holschuld handeln der innerhalb eines Jahres nachgekommen werden muss.

Begründung:

1. Informationspflicht

Die Rechtslage, zu finden in der Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (AVO-GOFAK) und den Ergänzende Bestimmungen zur Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (EB-AVO-GOFAK), gewährt den Schülern umfangreiche Rechte zum Einblick in ihre Abiturarbeiten.

Schüler können innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Gesamtergebnisses der Prüfung unter anderem ihre Prüfungsunterlagen unter Aufsicht einsehen, abzugsweise Abschriften anfertigen oder sich eine Kopie der schriftlichen Abiturarbeiten anfertigen lassen.

Allerdings haben die meisten Schüler keine Kenntnis über diese Rechte und machen daher keinen Gebrauch davon, auch wenn häufig der Wunsch besteht mehr über die Bewertung der eigenen Leistung zu erfahren. Ein standardisiertes Informationsblatt, welches die Schüler beim Eintritt in die Oberstufe erhalten, könnte diese Informationslücken bei Schülern, als auch bei Lehrern schließen.

2. Änderung in den EB-AVO-GOFAK

In den ergänzenden Bestimmungen zu § 25 AVO-GOFAK aus heißt es in 25.3, S. 3: „Abiturprüfungsarbeiten können zehn Jahre nach Ablauf des Schuljahres, in dem sie entstanden sind, den Verfasserinnen und Verfassern überlassen werden.“. In der Regel vernichten viele Schulen die Unterlagen nach Ablauf der Frist, da dies einfacher und kostengünstiger ist, als sie den ehemaligen Schülern zuzustellen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen schlagen hier vor, dass Schüler in Zukunft nach der Mitteilung ihrer Prüfungsergebnisse angeben können, ob sie die Unterlagen nach Ablauf der Frist erhalten wollen oder nicht.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.04

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Braunschweig

Bürokratieabbau an Schulen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern einen umfangreichen Abbau von Bürokratie an Schulen. Dazu wird die Einsetzung einer Kommission gefordert, die die Möglichkeiten des Bürokratieabbaus im Schul- und Lehrwesen prüfen soll. Ziel soll die Entlastung der Lehrerschaft sein, damit diese sich wieder auf ihre eigentliche Lehrtätigkeit konzentrieren kann. Durch ein Sofortprogramm noch in dieser Legislaturperiode sollen die Maßnahmen erarbeitet und kurzfristig umgesetzt werden.

Begründung:

Die Schulen sind überlastet mit Bürokratie. Statt zu unterrichten, müssen Lehrerinnen und Lehrer Aufgaben von Verwaltern übernehmen. Dies führt nicht nur dazu, dass kaum ein Lehrer noch Aufgaben im Schulvorstand übernehmen will. Zusätzlich zu den vorhandenen Lücken können die Lehrer, denen diese Aufgaben dann zuteil werden, auch nur noch deutlich weniger unterrichten. Um die Schulen wieder leistungsfähiger zu machen, muss eine umfangreiche Initiative zum Abbau von Schulbürokratie eingeleitet werden.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.05

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Ems-Vechte

Medienkompetenzen in der Schule

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich dafür ein, das Themenfeld "Medien" stärker in den Lehrplan der Schulen einzubinden um die Kompetenzen, der Schüler, im Umgang mit den "neuen" Medien zu stärken.

Begründung:

Unsere Gesellschaft durchlebt einen ständigen Wandel. Dieser Wandel drückt sich in den letzten Jahren vor allem auch dadurch aus, dass die Dienstleistungsgesellschaft sich immer stärker in eine Wissensgesellschaft weiterentwickelt. Motor dieses Wandels ist, neben Printmedien, Radio und Fernsehen, vor allem das Internet, das als ein zentrales Medium Gegenwart wie Zukunft dominiert. Um sich der Wandel zunutze machen, ist es von großer Bedeutung, das Bildungssystem stärker auf den Umgang mit Medien auszurichten.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.06

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Göttingen

Einführung universitärer Bildungsschecks

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Grundsätzlich bekennen sich die Jungen Liberalen zu erhobenen Studiengebühren an Hochschulen.

Jedoch muss das Studiengebührensysteem soziale Härtefälle berücksichtigen.

Dementsprechend fordern wir soziale Ausgleichsmechanismen, die verhindern, dass Menschen aufgrund geringen Einkommens von einem Studium abgeschreckt werden.

Als Gegenleistung für soziales Engagement und Arbeit an der Universität, der Stadt oder Gemeinde sollen universitäre Bildungsschecks eingeführt werden.

Die Arbeiten sollen sich an ehrenamtliche Tätigkeiten anlehnen und sind bevorzugt für sozial schwächere Studierende offen.

Eine Bezahlung in Geld soll es nicht geben; dafür sollen die Bildungsschecks zur Begleichung oder Teilbegleichung von Studienbeiträgen eingesetzt werden. Der Wert dieser Bildungsschecks soll höher als der marktübliche Lohn in der Wirtschaft sein. Eine Übertragung dieser Bildungsschecks auf eine andere Person ist nicht möglich.

Begründung:

Freiheit funktioniert nur, wenn alle dieselben Startvoraussetzungen haben. Dementsprechend muss etwas dafür getan werden, dass ein Studienantritt nicht nur vom Portemonnaie der Eltern abhängig ist. Eine Möglichkeit wäre dies über Stipendien zu regeln.

Allerdings erreichen Stipendien immer nur einen kleinen Teil der Studierenden, so dass diese als „Heilmittel aller Sorgen“ nicht zutreffen. Verschärft wird diese Situation in Niedersachsen deswegen noch, weil es bisher kaum Stipendienmöglichkeiten gibt.

Als zusätzliche Maßnahme böte sich deswegen die Einführung universitärer Bildungsschecks an. Mit einer tendenziellen Abnahme dieser gäbe es dann weiterhin ein weit reichendes soziales Engagement wovon auch die Gesellschaft als solche profitieren würde.

Die Kosten einer solchen Maßnahme würden gering ausfallen, zumal Institutionen wie das Studentenwerk, die diese Jobs anbieten könnten, bereits bestehen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.07

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Hameln-Holz Minden

Mehr Hilfspersonal für bessere Bildung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die niedersächsischen Schulen, vorrangig alle Haupt- und Realschulen, werden personell verstärkt mit Sozialpädagogen (FH) sowie sogenannten "Pädagogischen Mitarbeitern" (Schulhelfer/-assistenten) ausgestattet. Die Finanzierung dieses Personal ist durch das Land Niedersachsen durch entsprechende Erhöhung der Schulbudgets zu übernehmen. Die Einstellung erfolgt durch die Schulen im Sinne einer Eigenverantwortlichkeit.

Desweiteren wird die Bezeichnung "Pädagogische Mitarbeiter" durch "Schulassistenten" ersetzt, um Konflikte mit anderen Berufsbezeichnungen, insbesondere die Implikation eines pädagogischen Auftrags, zu vermeiden.

Begründung:

Es ist unstrittig, dass die Qualität der Ausbildung der Schüler eine absolute Konzentration der Lehrer auf die Vermittlung von Bildungsinhalten und sie daher einer Entlastung von zusätzlichen organisatorischen und administrativen Aufgaben bedürfen.

Vor dem Hintergrund der sozialen Probleme in vielen Familien und ihrer Auswirkungen auf die Schulen ist wissenschaftlich ebenso unstrittig, dass die Schulen ihre diesbezüglich veränderten Aufgaben allein mit der vermehrten Einstellung von Lehrpersonal nicht gerecht werden können.

Wenn die Schulen insgesamt, vorrangig jedoch die Haupt- und Realschulen, weil sich dort die genannten Auswirkungen am deutlichsten zeigen, ihrem diesbezüglichen Auftrag gerecht werden sollen, benötigen sie vermehrt Personal, dass nicht Lehrer im klassischen Sinne ist. Das sind zum einen Sozialpädagogen (FH), die sich vorrangig um die sozialen Probleme als Bindeglied zwischen Familie/Schülern und der Schule sehen sowie Schulassistenten, die Aufgaben übernehmen, die heute in großem Umfang von den Lehrern zusätzlich neben der Vermittlung von Lehrstoff übernommen werden müssen – angefangen von der Pausenaufsicht über die Führung der Schulbibliothek, der Mitwirkung an der Vorbereitung/Durchführung und Beaufsichtigung von AG., der Anwendung/Einrichtung von neuen Medien, Begleitung bei Klassenfahrten, Vorbereitung von Sportstunden, Betreuung von Schülern bei Freistunden/-Nachmittagstunden etc., um nur einige wenige Verwendungen darzustellen.

Dieses zuletzt beschriebene Personal wird z.Zt. landesweit als Pädagogische Mitarbeiter bezeichnet und in einer Reihe von Landkreisen, so auch im Landkreis Hameln-Pyrmont, an kreiseigenen Schulen mit Erfolg eingesetzt und von den Landkreisen im Rahmen einer freiwilligen Leistung finanziert.

48 Eine Finanzierung dieses Personals durch den Schulträger als freiwillige Leistung führt nicht
49 nur zu einem Mangel in der Gewährleistung einer notwendigen Kontinuität und
50 unterschiedlichen Ausstattungen an den Schulen, weil abhängig von der jeweiligen
51 Finanzkraft des Schulträgers, sondern auch zu einem auf Dauer nicht zu akzeptierenden
52 ständigen Zuständigkeitsgerangel, das zu Lasten der Schulen geht. Die gesamte Finanzierung
53 durch das Land oder aber zumindest zu wesentlichen Teilen, weil der genannte Sachverhalt
54 insgesamt dem Bildungsauftrag des Landes zuzuordnen ist, wäre daher unverzichtbar. Im
55 Sinne der gerade von der FDP-Landespolitik geprägten Eigenverantwortlichkeit der Schulen
56 sollte die Auswahl und die Einstellung des genannten Personals den jeweiligen Schulen
57 überlassen bleiben und durch eine entsprechende Erhöhung des Schulbudgets geregelt
58 werden. Dieser Weg würde auch eine Kompensation von Finanzierungsmitteln im Rahmen des
59 Gesamtbudgets ermöglichen und damit eine notwendige Flexibilität gewährleisten.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.08

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Osterholz

Gute Bildung braucht gute Betreuung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Landesregierung auf, unmittelbar die Stellenkürzungen bei den Schulpsychologen zurückzunehmen und neue Vollzeitstellen auszuschreiben. Als mittelfristiges Ziel soll sich die Landesregierung das Erreichen der deutschen Durchschnittsversorgung von einem Schulpsychologen für 16540 Schüler setzen. Langfristig muss die Landesregierung es schaffen die Betreuung der niedersächsischen Schüler mit Schulpsychologen auf ein Verhältnis von 1:1000 zu erhöhen. Die Jungen Liberalen wehren sich auch gegen eine zunehmend psychiatrische Kategorisierung und damit leider häufig verbundene pharmakologische Behandlung auffälliger Kinder. Das simple Abstempeln und Ruhig stellen ist für uns als Liberale keine adäquate Betreuung von Kindern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.09

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Osterholz

Weniger ist mehr!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen ist es wichtig, dass bei steigenden Anforderungen an Schüler und Lehrkräfte, das Arbeitsklima entsprechend angepasst wird. Diese Anpassung sind für die Jungen Liberalen Niedersachsen am effektivsten durch eine Anpassung der Schülerhöchstzahlen zur Klassenbildung zu erreichen.

Daher fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die niedersächsische Landesregierung auf, die Schülerhöchstzahlen für die Klassenbildung wie folgt zu ändern:

Grundschule:	20 Schüler
Klassenstufen 5-10:	20 Schüler
Gymnasiale Oberstufe:	20 Schüler

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

4.10

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

Schüler BAföG

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die neue Bundesregierung auf, das BAföG wie folgt zu ändern: Die Vergabe von BAföG für Auszubildende und Schüler ab der 10. Klasse erfolgt nach denselben Kriterien wie die Vergabe von BAföG an Studenten. Dies gilt insbesondere auch für die Berechnung der Höhe des BAföG. Dies muss alle Formen der staatlich anerkannten Schul- und Ausbildung gleichermaßen umfassen. Zugleich wird die Höhe des BAföGs für Schüler und Auszubildende der des BAföGs für Studenten angeglichen. Dies gilt für die Rückzahlung, die maximale Kreditsumme sowie staatlich abgesicherte Kredite für notwendige Schul- und Ausbildungsgebühren, soweit es kein vergleichbares, kostenloses Angebot existiert. Ebenso ist für den zweiten Bildungsweg, auch bei Haupt- und Realschulabschlüssen u. ä. eine angemessene Förderungsmöglichkeit zu schaffen.

Begründung:

Schüler BAföG ist heute wesentlich schwerer zu erhalten als BAföG für Studenten. Es wird grundsätzlich nicht gezahlt, solange ein Schüler bei seinen Eltern wohnt. Hinzu kommen fein zisierte Abstufungen nach Schulform, Grund des Besuches etc. Es ist zu befürchten, dass dies Schüler vom Besuch weiterführender Schulen wie Gymnasien und Fachoberschulen abhält. Dies gilt umso mehr, als viele Vorteile die während der neun Pflichtschuljahre gewährt werden, ab der 10. Klasse wegfallen, in vielen Städten etwa die kostenlose Schülerbeförderung und andere Kosten, z.B. für Bücher und Taschenrechner steigen. Wenn aber BAföG Chancengleichheit schaffen soll, darf es nicht so sein, dass zwar das Studium ermöglicht wird, vielfach aber schon der Weg dahin wegen finanzieller Restriktionen nicht besritten wird. Dies kann sich eine Bildungsgesellschaft nicht leisten. Daher sollte hier ein klares System geschaffen werden, dass jedem die bestmögliche Ausbildung finanziell ermöglicht. Einen Einblick in die Schwierigkeiten des bisherigen differenzierten Systems bieten die Seiten:

<http://www.bafoeg-rechner.de/FAQ/schueler-bafoeg.php> und <http://www.bafoeg-rechner.de/FAQ/schueler-bafoeg.php> (§ 2 BAföG nebst Verwaltungsanweisung).



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

4.11

■ Bildungspolitik

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

Zeugnisse modernisieren

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Osnabrück/Niedersachsen fordern die Abschlusszeugnisse der weiterführenden Schulen umzugestalten und zu modernisieren. Dazu gehören folgende Schritte:

Internationalität vereinfachen

Um Schulabsolventen und -absolventinnen nach der Schule und im weiteren Ausbildungs- und Berufsleben Auslandsaufenthalte zu erleichtern, wird bei der Vergabe der Abiturzeugnisse und der Abschlusszeugnisse der Real- und Hauptschulen sowie anderer weiterführender Schulen zugleich eine offizielle englische Fassung des Zeugnisses auf Anfrage, auch nachträglich, beigelegt.

Begründung:

Wer heute Teile seiner Ausbildung oder seines Berufslebens im Ausland verbringen will, wird unweigerlich um eine beglaubigte Übersetzung seines Abschlusszeugnisses gebeten. Dies verursacht zusätzlichen Zeitaufwand und weitere Kosten. Hingegen wäre es ohne großen Aufwand möglich, eine entsprechende beglaubigte Übersetzung gleich mit auszustellen. Dazu müsste nur das zur Ausstellung dieser Bescheinigungen benutzte Computerprogramm so modifiziert werden, dass es bei Eingabe der Fächer und Noten auf Deutsch zugleich eine englische Version erstellt. Dies könnte nur einmal übersetzt werden und kann dann beliebig verwendet werden. Zugleich ist die Anzahl der Fächer begrenzt, sodass für jedes einmalig eine offizielle Übersetzung gefunden werden kann, die das Programm bei Eingabe der deutschen Bezeichnung automatisch in die englische Version einfügt. Der Mehraufwand für die Lehrer beschränkte sich also zunächst darauf, einmalig einen Haken im Feld „englische Version miterstellen“ zu setzen und das Zeugnis zu drucken und zu unterschreiben.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

5.01

■ Verkehr &
Infrastruktur

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand, LAK
Verkehr & Infrastruktur

Freie Fahrt!

Mit liberaler Verkehrspolitik in eine moderne Zukunft

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

I. Präambel

Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine nachhaltige und moderne Verkehrspolitik. Ziel dieser ist der weitere Ausbau und Erhalt guter Infrastruktur, die den individuellen Bedürfnissen aller Bürger gerecht wird. Die Jungen Liberalen fordern die FDP Niedersachsen und insbesondere das FDP-geführte Verkehrsministerium auf, sich für die Mobilitätsbedürfnisse gerade auch junger Menschen weiterhin einzusetzen, intelligente Konzepte zu fördern und den Logistikstandort Niedersachsen weiter zu stärken.

Für die Jungen Liberalen ist ein funktionierender Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsträgern geboten. Dabei sollen die unterschiedlichen Verkehrsbereiche bestmöglich miteinander vernetzt und nicht auf Grund ideologischer Präferenzen gegeneinander ausgespielt werden. Ökologische Perspektiven, qualitativ gute Angebote zu günstigen Preisen, Sicherheit auf den Verkehrswegen und ein breites Tableau an Verkehrsmitteln sind Kernelemente niedersächsischer Verkehrspolitik. Mobilität im Verkehrswesen ist für die JuLis dabei elementare Voraussetzung für eine optimale Entfaltung der Bürger, für kulturellen und gesellschaftlichen Austausch und ökonomisches Wachstum. Gute Verkehrspolitik nützt Staat, Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen. Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor im globalen Wettbewerb und gerade im Flächenland Niedersachsen ein Mobilitätsgarant und Tourismusförderer für den ländlichen Raum.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen die Rolle des Staates in der Verkehrspolitik als Rahmensetzer. Ihm kommt eine gestaltende Aufgabe zu, wenn die Erhaltung der Infrastruktur gefährdet ist. Einseitige Förderungen bestimmter Verkehrsträger lehnen die JuLis Niedersachsen als dirigistische Eingriffe in die Vielfalt der Mobilitätsangebote ab.

Grundsatz liberaler Verkehrspolitik ist eine Vereinigung ökonomischer und ökologischer Belange durch Wettbewerb.

II. Wettbewerb gestalten

Instrument liberaler Verkehrspolitik ist der freie Wettbewerb. Daher müssen alle Verkehrsträger im Grundsatz gleich behandelt werden. Staatlich verordnete Fokussierungen auf einzelne Sparten lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen als dirigistische Eingriffe konsequent ab. Dabei wird die Notwendigkeit der Subventionierung von Verkehrsträgern keinesfalls verkannt. Im Gegenteil gebieten das hohe öffentliche Interesse an einer funktionierenden Infrastruktur sowie der enorme volkswirtschaftliche Nutzen eines effizient gestalteten Verkehrsnetzes eine hohe öffentliche Investitionsquote, da vor allem auch Unternehmen von bisher nicht oder schlecht erschlossenen Verkehrswegen profitieren. Für die Jungen Liberalen sind jedoch private Investitionen selbst bei gleichen Preisen und gleicher Leistung immer den öffentlichen Ausgaben vorzuziehen. Deshalb soll bei Verkehrsprojekten die Durchführung im Rahmen einer öffentlich - privaten Partnerschaft geprüft werden. Bei der

Bewertung ist neben den Kosten auch die Realisierungszeit der Projekte zu berücksichtigen. Dass sich dieses Konzept bewährt, zeigt sich neben vielen weiteren Beispielen am zügigen und erfolgreichen Bau der „Emslandautobahn“ A 31, der unter Aufsicht des Landes privatwirtschaftlich organisiert wurde.

Weiterhin sind die vorhandenen Mittelverteilungsstrukturen der öffentlichen Hand einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dort, wo sie noch angewandt wird, ist insbesondere die hoch ineffiziente und veraltete Kameralistik durch dynamische Anreizsysteme zu ersetzen.

Bei der Bestimmung der Finanzierung der einzelnen Verkehrsträger sind unter Anwendung des Verursacherprinzips insbesondere die so genannten „externen Kosten“, das heißt die öffentlich getragenen Kosten für Umweltschäden, Flächennutzung und Folgeschäden durch eine Ökologisierung des Steuerrechts mit einzubeziehen. Diese differieren bei den verschiedenen Verkehrsträgern teils enorm.

Das Verursacherprinzip berechtigt somit einen Ausgleich in Form von unterschiedlichen steuerlichen Belastungen. Diese dürfen jedoch keinesfalls Ausmaße annehmen, wie dies unter Rot-Grün beschlossen wurde. So lehnen es die Jungen Liberalen Niedersachsen ab, rein ideologisch motiviert eine als „Ökosteuer“ verpackte Strafsteuer auf Autofahrten zu erheben, deren Mittel zudem zu knapp 90 % völlig zweckentfremdet für die Quersubventionierung der Rentenversicherung verwendet werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher insgesamt eine zweckgebundene Verwendung von Steuermitteln. Die Ökosteuer darf hierbei nicht als Stärkung der Basis für die Finanzierung des Sozialversicherungssystems erhalten.

Auch kurzfristige, einseitige und nicht durchdachte Wahlgeschenke wie etwa die im Rahmen des Konjunkturpakets beschlossene „Abwrackprämie“ werden abgelehnt, da diese Maßnahme nicht nur die freie Gestaltung des Wettbewerbs gefährdet, sondern sich ebenfalls in keinem nachhaltigen, wirtschaftlichen Nutzen begründet. Die JuLis fordern stattdessen eine kritische Überprüfung der verschiedenen Steuer- und Abgabenmodelle im verkehrspolitischen Bereich. Das bestehende Nebeneinander von Mineralöl-, Mehrwert-, KFZ- und Ökosteuer mit ihren intransparenten und nicht zielgerichteten gesetzlichen Verwendungszwecken wird für nicht sinnvoll erachtet. Eine Zusammenführung der verschiedenen Steuermodelle auf die Mineralölsteuer ist unbürokratischer und auch gerechter, da dann die direkte Verursachung von öffentlichen Kosten und nicht nur die abstrakte Möglichkeit besteuert wird.

Weiterhin sind die vorhandenen Ausnahmen der Besteuerung von Treibstoffen (insb. Flugverkehr und Schifffahrt) abzuschaffen und auf Grund des grenzüberschreitenden Charakters europaweit zu harmonisieren, da vor allem der Luftverkehr einer der höchsten Erzeuger von externen Kosten überhaupt ist.

Die Jungen Liberalen lehnen dirigistische Eingriffe, wie CO₂-Begrenzungen bei Neuwagen oder ein generelles Tempolimit ab und setzen sich stattdessen für eine Ausweitung des Emissionshandels auf den Verkehr ein. So kann mit einer Mengenbesteuerung, anders als bei Preislösungen, wie der Ökosteuer, die Luftverschmutzung unter Einhaltung von marktwirtschaftlichen Prinzipien planbar und wirksam begrenzt werden. Diesbezüglich befürworten die Jungen Liberalen Niedersachsen eine Ausweitung des „Cap and Trade“ Verfahrens.

III. Standortfaktor Bahn

Das Deutsche Bahnnetz gehört zu den am besten ausgebauten und effizientesten der Welt. Gemeinsam mit der LKW-basierten Logistik ermöglicht es unserer Volkswirtschaft, das „just in time“-Konzept umzusetzen und bietet den Bürgern eine weitere Form der Mobilität. Dieses öffentliche Interesse am Erhalt und Ausbau der Infrastruktur ist in Artikel 87e des Grundgesetzes sogar mit Verfassungsrang verankert. Daneben sind die Jungen Liberalen Niedersachsen der Überzeugung, dass staatliche Unternehmen immer dann privatisiert werden sollten, wenn dies aus betriebs- sowie volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheint. Aus diesem Grunde wird das Vorhaben, die bisher vollkommen in staatlicher Hand befindliche Deutsche Bahn AG zu privatisieren, grundsätzlich unterstützt. Die konkrete Ausgestaltung der Bahnprivatisierung muss sich jedoch an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und dem Wettbewerb der Anbieter und Verkehrsträger unterziehen. In diesem Zusammenhang ist der Wettbewerb auch mit Fernverkehrsbussen zu ermöglichen. Es ist eine stringente

juristische und organisatorische Trennung zwischen Netz und Betrieb geboten. Das Netz verbleibt dabei vollständig in staatlicher Hand und wird wie jetzt bereits schrittweise durchgeführt auf strenge Unabhängigkeit und Gleichbehandlung hin verpflichtet. Um diese Durchführung angemessen kontrollieren zu können, werden die Zuständigkeiten der Bundesnetzagentur in dieser Hinsicht erweitert. Das restliche Unternehmen soll privatisiert werden. Die einschlägigen rechtlichen Regelungen – insbesondere auch Artikel 87e des Grundgesetzes – sind einer Bahnprivatisierung anzupassen.

Ziel ist es, einen echten Wettbewerb auf der Schiene im Nah- wie auch mittelfristig im Fernverkehr zu ermöglichen. Hier ist Niedersachsen bereits führend – fast die Hälfte aller Nahverkehrsfahrten werden durch Konkurrenten der DB AG durchgeführt. Dies zu fördern und auszubauen, ist für die Jungen Liberalen Niedersachsen essentieller Bestandteil einer modernen Verkehrspolitik.

Denn gut ausgelastete Bahnen tragen nicht nur massiv zur Mobilität der ganzen Bevölkerung bei, sie leisten auch einen unersetzlichen Beitrag im Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel.

IV. Mobilität auf der Straße

Straßen sind und bleiben die Säulen der Mobilität. Sie tragen maßgeblich zur Infrastruktur im Flächenland Niedersachsen bei. Die Straße ist nicht nur Grundvoraussetzung für den motorisierten Individualverkehr, sondern gerade im nicht schienenerschlossenen ländlichen Raum auch für das öffentliche Nahverkehrswesen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die jüngsten Entscheidungen des niedersächsischen Verkehrsministeriums, das sich in Zusammenarbeit mit den Landräten vor Ort für eine Aufstockung des Verkehrsetats zur Unterhaltung der Landstraßen einsetzt.

Nach Meinung der JuLis Niedersachsen sollte sich die Politik stets dafür engagieren, dass jedem individuelle Mobilität nach seinen Bedürfnissen ermöglicht wird. Daher setzen wir uns weiterhin mit Nachdruck für das begleitende Fahren mit 16 ein, um Eigenverantwortung und Selbstständigkeit bei Jugendlichen durch erhöhte Fahrpraxis zu bekräftigen.

V. Wasserwege

Voraussetzung für funktionierenden Handel und eine Entlastung der Straßen und Schienenwege von Gütertransporten ist ein Ausbau der Wasserwege, Häfen und Schleusen, etwa des Mittellandkanals. Die Jungen Liberalen unterstützen daher Vertiefung von Elbe und Ems. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Natur nicht unangemessen beeinträchtigt wird. Selbstverständlich muss bei jedem Ausbau der Wasserstraßen die Deichsicherheit gewährleistet bleiben.

VI. Luftverkehr

Niedersachsen verfügt mit dem Flughafen Hannover über einen Knotenpunkt im nationalen wie im internationalen Luftverkehr. Dieser bietet unserem Bundesland eine gute Verbindung zu Metropolen in aller Welt. Dies begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen als wichtigen Beitrag zur Globalisierung, ebenso wie die bundesländerübergreifende Kooperation beim Flughafen Münster-Osnabrück. Eine einseitige Subventionierung von konkurrierenden Flughäfen (z.B. Kassel-Calden) durch die EU lehnen die JuLis Niedersachsen als dirigistische Eingriffe in den Wettbewerb des Flugsektors ab.

VII. Logistikstandort Niedersachsen

Die begrüßenswerte Globalisierung der Märkte stellt die Verkehrspolitik des 21. Jahrhunderts vor ungemene neue Herausforderungen. Insbesondere Niedersachsen mit seinen drei großen Häfen sowie den Hauptverkehrsstraßen A1, A2 und A7 steht hier vor gewaltigen Aufgaben.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen unterstützen die Förderung des Ausbaus des Jade-Weser-Ports, sowie der anderen großen niedersächsischen Häfen in Emden, Wilhelmshaven und Cuxhaven. Dabei ist eine deutlich bessere Hinterlandanbindung über Schiene, Straße und Binnenwasserwege – auch der außerniedersächsischen Häfen, wie etwa Hamburg und Bremerhaven - zeitnah und unbürokratisch umzusetzen. Hier liegen den Regierungen in Bund und Land gute Konzepte vor – von der Y-Trasse über die Zubringerstrecke Bremen-Scheeßel bis zur A 22. Nun gilt es, vom Planungs- zum Umsetzungsverfahren zu schreiten. Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen in diesem Zusammenhang die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, die privat durchgeführte Gleis-Anbindung der niedersächsischen Häfen im Bereich Elbe-Weser mit 20 Millionen Euro zu fördern. Gerade solche Konzepte, die im Wege der Public-Private Partnership durchgeführt werden, haben gute Erfolgsaussichten, da Wirtschaft und Politik miteinander arbeiten anstatt sich volkswirtschaftlich unsinnige Grabenkämpfe zu liefern.

Berechtigte umweltpolitische Bedenken dürfen nicht zur völligen Lähmung des Hafenstandorts Niedersachsen führen. Das Hafen-, Lager- und Transportgewerbe bietet tausenden gering qualifizierten Bürgerinnen und Bürgern faire Arbeitsplätze und nimmt somit eine ungemene sozialpolitische Verantwortung für die ganze Gesellschaft wahr. Außerdem bietet es Niedersachsen ein langfristiges und nachhaltiges wirtschaftspolitisches Alleinstellungsmerkmal.

Um den Hafenstandort Niedersachsen innerhalb einer zusammenwachsenden Europäischen Union zu stärken, treten die Jungen Liberalen Niedersachsen für den konsequenten weiteren Abbau bestehender Handelshemmnisse ein. So ist völlig unverständlich, warum binneneuropäische Warenvers Schiffungen, die aus Effizienzgründen die Hochsee passieren, unter das Zollrecht fallen. Die EU muss auch hier wieder mehr nach dem Grundsatz der Freiheiten des Europäischen Binnenmarktes nach Innen bei gleichzeitigem geschlossenen Auftreten nach außen, etwa durch eine die Schifffahrtshandelswege schützende, gemeinsame europäische Wasserschutzpolizei, auftreten.

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass bisher bereits bestehende, jedoch völlig überforderte, teilweise nur zweigleisig ausgebaute Strecken wie etwa Bremerhaven-Hannover, erweitert werden. Gleichzeitig erkennen die JuLis Niedersachsen an, dass die prognostizierten Güterströme die Bahnkapazitäten deutlich übersteigen werden. Daher fordern wir einen bedarfsgerechten Ausbau der niedersächsischen Verkehrswege, etwa der A 39, der A 22 oder der A 30.

Beim Ausbau der niedersächsischen Autobahnstrecken ist nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen darauf zu achten, dass Zeiteffizienz und Kosteneffizienz wieder in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Bisher wurde das Autobahnnetz nur durch kosteneffiziente Maßnahmen erweitert, was insbesondere in den Sommerferien eine Kumulation von Baustellen zur Folge hatte. An dieser Stelle fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen ein zeiteffizienteres Autobahnbausystem, wie es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen eingesetzt wird. Hierbei gibt es Prämien für Unternehmen, welche vor dem Fertigungstermin den Ausbau fertig gestellt haben und Malus-Zahlungen für Firmen, die sich trotz idealer Bedingungen nicht an den Fertigungstermin gehalten haben. Würde dieses System flächendeckend im Bund eingesetzt werden, ließen sich mehr als 20 Jahre Autobahnbau sparen und es würde sowohl Zeit- als auch Kosteneffizienz erzielt werden.

Wenngleich die Schiene auf langen Strecken für den Güterverkehr Vorteile hat, so bleibt doch gerade auf kurzen oder schlecht erschlossenen Bahnstrecken der Straßenverkehr eine unverzichtbare Alternative.

Der in Niedersachsen als EU-Modellprojekt erfolgreich getestete „Gigaliner“ leistet dabei mit seinem um ca. 15 % geringeren Treibstoffverbrauch sowie der verringerten Gesamtflächennutzung einen guten Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen und hilft mit seiner etwa 50 % höheren betriebswirtschaftlichen Produktivität den auf Grund der Finanzkrise teils in arge Bedrängnis geratenen Speditionsunternehmen, Arbeitsplätze zu

erhalten. Die Jungen Liberalen Niedersachsen halten es für unerlässlich, die Potenziale des LKW-Transportgewerbes zu nutzen. So macht beispielsweise das Fahrverbot an regionalen Feiertagen auch nur auf regionalen Straßen Sinn. Hier sollte eine Ausnahmeregelung für Bundesautobahnen geschaffen werden.

Die Erhöhung der LKW-Maut durch die schwarz-rote Bundesregierung Anfang 2009 stellt viele kleine und mittelständische Unternehmen vor Kosten, die von ihnen nicht zu schultern sind. Die verbleibenden Einnahmen aus der Maut sollten neben anderen wichtigen verkehrspolitischen Zielen in den Ausbau der Rastplätze und Autohöfe an Bundesautobahnen investiert werden.

Um gut qualifizierten Arbeitnehmern Arbeitsplätze bieten zu können, ist es außerdem notwendig, dass die Bundesagentur für Arbeit zusammen mit der Speditionsbranche im Wege des Public Private Partnership Ausbildungsprogramme auflegt.

Um den Schwerlastverkehr noch weiter umweltverträglich und effizient zu gestalten, sind verbleibende Nadelöhre zu öffnen. Damit sollen nicht hinnehmbare LKW-Ortsdurchfahrten, wie sie leider vielerorts noch Gang und Gäbe sind, vermieden werden. Neubauten von Autobahnen etwa machen vor allem dann Sinn, wenn sie als „Lückenschlüsse“ fungieren. Hierbei ist jedoch beispielsweise durch verschlankte Verwaltungsverfahren und eine personelle Aufstockung der Verwaltungsgerichtsbarkeit dafür Sorge zu tragen, dass der Planungskostenanteil pro Autobahnkilometer von derzeit durchschnittlich über 50 % spürbar gesenkt wird – ein erster guter Schritt ist hier bereits mit dem Infrastrukturverfahrensbeschleunigungsgesetz gegangen worden.

Zur Minimierung der Unfallrisiken sowie zur Senkung der Umweltbelastungen durch schlechte Abgaswerte halten die Jungen Liberalen Niedersachsen gerade auf häufig frequentierten Strecken wie der A2 verstärkte LKW-Kontrollen für notwendig. Dabei sollen insbesondere die Zahlung der LKW-Maut, die Einhaltung der Ruhezeiten sowie die technische Zustand und die Sicherung der Ladung untersucht werden.

Weitere Beiträge zu einer intelligenten Verkehrsführung und zur Reduzierung der Staugefahr kann hierbei gerade auf den stark frequentierten Hauptverkehrstrassen A1, A2 und A7 der verstärkte Einsatz von dynamischen Verkehrsleitsystemen leisten. Diese setzen auf flexibel anpassbare Geschwindigkeitsgrenzen statt auf starre Tempolimits.

Die JuLis lehnen Tempolimits auf Strecken, wo es die Verkehrssicherheit nicht erfordert, ab. Die Section Control ist als Messmethode prinzipiell abzulehnen, weil sie zu einer umfassenden Mobilitätsüberwachung führen würde. Ein solches Verfahren lehnen die JuLis als Eingriff in die persönlichen Bürgerrechte strikt ab.

VIII. Ballungsräume vernetzen – Ländliche Strukturen stärken

Aufgabe liberaler Verkehrspolitik ist die Schaffung verlässlicher Strukturen in Land und Stadt. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, sich für den Erhalt ländlicher Strukturen im Flächenland Niedersachsen einzusetzen. Land und Ballungsräume haben strukturell unterschiedliche Bedürfnisse. Gemäß dem liberalen Grundsatz der Subsidiarität sollte der Fokus der Landespolitik dabei sein, Kommunen mit durchdachten Konzepten helfend zur Hand zu gehen und weiterhin auch EU-weit ausgeschriebene Modellprojekte nach Niedersachsen zu holen, wenn dies der Wille der betroffenen Kommunen ist. Dieses Innovationspotenzial nutzt Niedersachsen auch mit sehr ambitionierten Pilotprojekten. So sprechen sich die JuLis klar für den Transrapid als Zukunftstechnologie aus.

Bereits mit großem Erfolg wurde ein anderes Pilotprojekt getestet; das kommunale Verkehrssteuerungskonzept „shared space“ in Bohmte. Hierbei werden die unübersichtlichen, häufig noch nach dem 50er-Jahre-Konzept der sog. „Autofreundlichen Stadt“ streng unterteilten Straßenwege transparenter, freundlicher und flexibler umgestaltet. Das führt dazu, dass Beschilderungen komplett wegfallen. Dieses Konzept setzt beim Gedankengang der Eigenverantwortung und Rücksichtnahme an und führt zu einer deutlichen Entbürokratisierung der Straßenverkehrsplanung und -verwaltung. Gerade angesichts der positiven Erfahrungen in Bohmte fordern die JuLis die FDP Niedersachsen auf, sich für eine Ausweitung des Modellkonzepts auf ganz Niedersachsen einzusetzen, sofern die Strukturen vor Ort dafür geeignet sind und die Kommune dies wünscht.

Damit Mobilität auf dem Lande auch für Menschen möglich ist, die sich kein Auto leisten können, sind die RegioBus-Systeme auszuweiten und intelligent mit bestehenden SPNV-Strecken zu vernetzen.

Bus und Bahn haben unterschiedliche Stärken, die durch gute Zusammenarbeit am besten genutzt werden können. Hierbei darf der Schutz von körperlich beeinträchtigten Menschen nicht vernachlässigt werden. Barrierefreiheit durch 76 cm-Bahnsteige an Bahnhöfen sowie Zügen und Bussen durch Niederflurfahrzeuge sind ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von behinderten Mitbürgern.

Besonders förderungswürdig ist aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen die Anbindung des Umlands von Ballungszentren mit Bahnen. Hierdurch können im Berufsverkehr mit Autos verstopfte Siedlungen vermieden werden. Außerdem wird somit das bestehende Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach „Wohnen im Grünen“ und langen Autofahrten zum Arbeitsplatz deutlich abgemildert. Mit gutem Beispiel geht hier Braunschweig mit der RegioStadtBahn voraus, welche die Vorteile von herkömmlichen Regionalbahnen mit dem einer Stadtbahn kombiniert, indem sie das erfolgreiche „Karlsruher Modell“ der einheitlichen Schienenführung weiter verbessert und an die Bedürfnisse der Region anpasst. In diesem Zusammenhang begrüßen die Jungen Liberalen Niedersachsen den Auf- bzw. Ausbau der S-Bahn-Netze in den Ballungsgebieten Hamburg, Bremen und Hannover sowie der „Amerika-Linie“ Bremen-Soltau-Uelzen. Hier zeigt sich, dass Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg gute Ergebnisse erzielen kann. Gerade durch hohe Taktung und kleine, moderne Züge lässt sich Mobilität für Pendler verwirklichen und ein echter Beitrag zur Entlastung der Durchfahrtsstraßen und zur Verminderung der Belastung von Mensch und Natur durch Abgase und Lärm erzielen.

IX. Nachhaltiger Umweltschutz

Der Erhalt einer soliden und vernetzten Infrastruktur ist unabdingbare Grundlage einer guten Lebensqualität über Generationen hinweg. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind dabei der Überzeugung, dass die Förderung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsens durch ein starkes Transportgewerbe und der Grundsatz der Nachhaltigkeit zum Erhalt der Umwelt nicht zwingend in Widerspruch zueinander stehen. Anstatt Ökologie und Ökonomie als Gegensätze zu betrachten, wollen wir Ressourcen schonend nutzen und den Bürgern die Möglichkeit eröffnen, ihr mobiles Leben bestmöglich zu gestalten, ohne ihnen ideologisch motivierte Hindernisse wie etwa die völlig unsinnigen Beschränkungen durch so genannte „Umweltzonen“ in den Weg zu legen.

Hierbei können Verkehrskonzepte wie die sanfte Mobilität einen spürbaren Beitrag leisten. Gerade im städtischen Bereich sind attraktive Angebote zu schaffen, um den Bürgern den Umstieg vom Auto aufs Rad und auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermöglichen, denn Autos haben einen hohen Flächenverbrauch, der sich sehr negativ aufs Stadtbild und auf den Städtebau auswirken kann. Um durch Autos verstopfte Städte zu vermeiden, ist es aber darüber hinaus notwendig, die effektive Durchfahrtsgeschwindigkeit auf Hauptstraßen zu erhöhen. Hierbei ist auf Mechanismen wie adaptive Ampelschaltungen zurückzugreifen, die sich flexibel auf unterschiedliche Situationen – etwa zu Stoßzeiten – anpassen können.

Für ein starkes, modernes und gut vernetztes Verkehrsland Niedersachsen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

5.02

■ Verkehr & Infra-
struktur

■Antragsteller: KV Stade

Reform der Seediensttauglichkeitsverordnung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Bundesregierung / das Bundesverkehrsministerium dazu auf, die deutsche Seediensttauglichkeitsverordnung zu überarbeiten, da diese nicht mehr den derzeitigen Anforderungen in der Schifffahrt entspricht. Insbesondere eine veraltete Ansicht in Bezug auf die Ausschlusskriterien beim Sehvermögen sind hier zu beachten! Die Technik in der Schifffahrt hat sich seit der Ausarbeitung der Seediensttauglichkeitsverordnung im Jahre 1970 stark weiterentwickelt, so dass es nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen dringend nötig ist, die hier genannten Kriterien auf ihren Sinn hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten oder zu streichen.

Begründung:

Die deutsche Seeschifffahrt ist eine Branche, die seit Jahren unter Fachkräftemangel leidet. Der Fachkräftemangel wird sich in naher Zukunft aufgrund der Altersstruktur in diesem Beruf drastisch verstärken, da es in gleichem Maße einen extremen Mangel an Berufseinsteigern gibt. Der Nachwuchsmangel ist zum einen selbstverständlich auf die schwierigen sozialen Bedingungen des Berufs (lange Fahrtzeiten) und die daraus resultierende geringe Anzahl an Interessierten zu erklären. Dieser Umstand kann auch trotz attraktiver Anreize wie z.B. hohe Entgelte und besondere soziale Leistungen und Privilegien (z.B. Seemannsrente), die zum Teil mit Hilfe großer Summen an direkten Subventionen und indirekten Subventionen von Seiten des deutschen Staates finanziert werden, nicht ausgeglichen werden.

Auffällig ist jedoch, dass zum anderen ein Großteil der an diesem Beruf interessierten jungen Menschen gar keine Möglichkeit hat, diesen Beruf zu erlernen, da sie von vornherein aufgrund eines eingeschränkten Sehvermögens von diesem Beruf ausgeschlossen werden. Allerdings ist zu erwähnen, dass die Ausschlusskriterien vollkommen überaltert sind.

So nimmt der Anteil der Kurzsichtigen an der Gesamtbevölkerung seit Jahren zu. Diese können in aller Regel ohne größere Probleme ein Kraftfahrzeug führen und z.T. sogar in der Luftfahrt tätig sein (bis +/- 3 Dioptrien in der zivilen Luftfahrt kein Problem). In der Schifffahrt gelten hier noch solch strenge Anforderungen, die wahrscheinlich auf die Zeit der Segelschifffahrt zurückzuführen sind.

Besonders interessant ist auch der Umstand, dass die deutsche Seediensttauglichkeitsverordnung es dem untersuchenden Arzt ermöglicht, beim Feststellen einer Sehschwäche eines bereits im Dienst befindlichen Seemanns diesen aufgrund seiner Erfahrung weiterhin als seediensttauglich einzustufen. Hier stellt sich nun als erstes die Frage, weshalb als erstes ein erfahrener Seemann mit Sehschwäche Gefahren visuell wahrnehmen kann, während ein Berufseinsteiger dazu nicht in der Lage sein soll und als zweites die Frage, wie ein Arzt Berufserfahrung feststellen soll? Deswegen sind wir Jungen Liberalen Niedersachsen der Überzeugung, dass eine Überarbeitung der Seediensttauglichkeitsverordnung und insbesondere eine Überarbeitung des §4, Absatz 2.1 „Sehvermögen und Farbtüchtigkeit“ dringend notwendig ist.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

5.03

■ Verkehr &
Infrastruktur

■ Antragsteller: KV Stade

Elbvertiefung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich gegen die geplante Elbvertiefung aus. Ein Ausbau auch nach 2011 ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.

Bei Betrachtung des Gesamtkontextes, der in Verbindung mit der Vertiefung steht, wird deutlich, dass keines der regelmäßig angeführten Argumente ansatzweise einem Kosten-Nutzen-Vergleich standhält.

Begründung:

Die Elbe soll vertieft werden, damit Schiffe mit einem Tiefgang bis zu 13.50m tideunabhängig den Hafen anlaufen könnten. Tideabhängig könnten Schiffe bis zu 14,50m den Hafen anlaufen. Die Gesamtkosten für dieses Projekt beliefen sich auf ca. 400 Mio. €. Vorerst ist die Vertiefung jedoch bis 2011 aufgrund der „Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie“ ausgesetzt. Die Jungen Liberalen fordern den Ausbau auch nach 2011 nicht durchzuführen!

Das Argument der Arbeitsplatzschaffung und einer verbesserten Position im internationalen Wettkampf mit anderen großen Häfen (z. B. Rotterdam, Zeebrügge, Bremerhaven) sind bei genauer Prüfung obsolet.

Die These, dass eine Vertiefung der Elbe Arbeitsplätze schafft setzt voraus, dass es eine unmittelbare Verbindung zwischen Konkurrenzfähigkeit des Hafens und Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt. Studien belegen jedoch im Gegenteil eine Kausalität zwischen einer prosperierenden Regionalwirtschaft und einem konkurrenzfähigen Hafen. Hier werden also Ursache und Wirkung vertauscht.

Des Weiteren gibt es durch die Containerisierung des Frachtverkehrs weniger Arbeitsplätze, die direkt am Hafen angesiedelt sind bzw. damit verbunden sind. Vielmehr sind heutzutage die Arbeitsplätze zwar mit der Schifffahrt assoziiert, jedoch nicht standortgebunden (z.B. Reedereien).

Es entstehen also nicht zwangsläufig eine gewisse Zahl an Arbeitsplätzen! Eventuelle Substitutionsmöglichkeiten der Arbeitsplätze bei nicht durchgeführter Elbvertiefung werden ebenso nicht als Chance begriffen.

Zusätzlich ist äußerst fraglich, ob eine Vertiefung der Elbe wesentlichen Effekt auf die supply chain der Logistikunternehmen hat! Bis zu 80% der Kosten entstehen im Hinterlandverkehr, da mehr als drei viertel aller Güter nicht in Hamburg bleiben (siehe auch Loco-Quote)!

In der Betrachtung werden der Standortvorteil und die vorhandene Infrastruktur des Hamburger Hafens völlig außer Acht gelassen. Das Wachstum der letzten Jahre ist auch darauf zurückzuführen, dass der Standort Hamburg als Umschlagplatz schlichtweg essentielle Vorteile gegenüber z.B. Zeebrügge und Rotterdam hat.

Unter ökologischen Gesichtspunkten ist eine Anpassung ebenfalls völlig inakzeptabel! Durch eine höhere Fließgeschwindigkeit verkommt die Elbe gänzlich zu einem Industriekanal, in dem nicht mehr genug Sauerstoff für Fische ist! Ebenfalls wird die Verschlickung und Versandung der Seitenarme und Sportboothäfen in unvermeidbarer Weise zunehmen!

Unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten ist es zudem wesentlich sinnvoller auf den im Bau befindlichen JadeWeserPort in Wilhelmshaven zu verweisen, den Schiffe bis zu 16m Tiefgang problemlos anlaufen können! Unter den drei großen Norddeutschen Seehäfen (Hamburg, Bremerhaven, Wilhelmshaven) darf keine Konkurrenzsituation entstehen, sondern

- 47 es müssen vielmehr die Möglichkeit von Synergieeffekten genutzt werden. Dies wäre eine
- 48 wirkliche Produktivitätsverbesserung.
- 49 Weitere Begründungen mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

5.04**■ Verkehr &
Infrastruktur****■ Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

Gegen eine PKW-Maut

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich deutlich gegen die Einführung einer PKW-Maut auf deutschen Autobahnen aus.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

5.05■ Verkehr &
Infrastruktur

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Oldenburg-Land

JuLis fordern Breitbandzugänge über Funk

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Julis fordern, einen Großteil der digitalen Dividende für drahtloses Breitband-Internet zu reservieren. Das Riesenthema der ländlichen Breitbandversorgung muss angegangen werden. Der Einsatz der digitalen Dividende ist ein wichtiger Weg, die Breitbandversorgung auf dem Land zu verbessern.

Begründung:

Die Digitale Dividende (überschüssige Rundfunkfrequenzen) soll zur DSL-Versorgung in der Fläche genutzt werden. Es geht um den Zugang zum schnellen Internet auch im letzten Winkel der Republik. Rund 800.000 Haushalte, schätzt die Bundesregierung, seien derzeit noch vom schnellen Internet abgekoppelt. Über 600 Gemeinden drohen von der Informationsgesellschaft auf Dauer abgehängt zu werden. Nach Angaben des Telekom-Verbandes VATM verfügen in Deutschland derzeit 5 Millionen Menschen in 2200 Gemeinden über kein Breitband-Internet. Es droht die digitale Spaltung des Landes. Die überschüssigen Frequenzen sind entstanden durch die Umstellung des Rundfunks von der analogen auf die digitale Technik. Die Rundfunkanstalten werden dadurch nur noch etwa ein Sechstel der Frequenzen benötigen. Bei einem Frequenzbereich von unter 700 Megahertz ist nur eine Antenne nötig, um einen Radius von 10 Kilometern abzudecken.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

5.06■ Verkehr &
Infrastruktur

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand; KV Harburg-Land; LAK Innen, Rechts- & Sportpolitik

Führerscheinregeln vereinfachen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

dass die bisher als verpflichtend festgelegten Stunden zur Zulassung für theoretische Fahrprüfungen gestrichen werden sollen. Zur Prüfung zugelassen werden soll jeder, der sich in der Lage fühlt, die theoretische Prüfung zu bestehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.01**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen, LAK Umwelt & Landwirtschaft, LAK Bildungspolitik**

Schulobstgesetz (SchulObG) abschaffen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Landesregierung auf sich im Bundesrat für die Abschaffung des Schulobstgesetzes (SchulObG) einzusetzen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.02**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: KV Braunschweig**

Gegen das Betreuungsgeld

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

In ihrem Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung beschlossen, ein so genanntes „Betreuungsgeld“ von 150 Euro einzuführen, das Eltern ausgezahlt wird, die ihre Kinder unter drei Jahren zu Hause erziehen, also keinen staatlich geförderten Kinderkrippen- oder Kindertagesstättenplatz in Anspruch nimmt.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind gegen solch ein „Betreuungsgeld“, für das die bessere Bezeichnung wohl eher Herdprämie ist.

Begründung:

./.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.03

■ Soziales, Familie &
Gesundheit

■ Antragsteller: KV Helmstedt

Alleinerziehende entlasten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die schwarz-gelbe Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, alleinerziehende Mütter und Väter stärken zu entlasten.

Zunächst muss dies nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen vor allem durch eine Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende ([§ 24b EStG¹](#)) realisiert werden.

In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die Bundesregierung auf, die Regelung zu korrigieren, wonach eine volljährige Person, die mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Wohnung der oder des Steuerpflichtigen gemeldet ist, auch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit dem oder der Steuerpflichtigen bildet und der bisherige Freibetrag dadurch wegfällt.

Die Arbeitszeit von Alleinerziehenden muss sich nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen zudem stärker an den individuellen Bedürfnissen und Kinderzahl der Mütter und Väter orientieren.

Für die Jungen Liberalen Niedersachsen sind die frühe Integration und Reintegration der Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt und die damit verbundene berufliche Perspektive und Unabhängigkeit von Unterhaltszahlungen existenzieller Bestandteil einer erfolgreichen, liberalen Familien- und Sozialpolitik. Allerdings muss diese auch die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen. Hierbei sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen nicht nur den Ausbau von Kindertagesstätten – und Kindergartenplätzen, sowie die Hort- und außerschulische Betreuung als wichtigen Faktor an, um den Alleinerziehenden den Berufseinstieg, oder Wiedereinstieg besser zu ermöglichen, sondern es muss darüber hinaus auch eine flexiblere Gestaltung von Teilzeittätigkeiten stattfinden. Die Bundesagentur für Arbeit und die verschiedenen Sozialeinrichtungen müssen den Alleinerziehenden dabei Hilfestellungen geben, um die optimale Versorgungs- und Entwicklungsmöglichkeit der Kinder sicher zu stellen.

Weiterhin sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen Vergünstigungen für Alleinerziehende bei staatlich geförderten Programmen und Initiativen für Familien, wie beispielsweise Kindertheatern oder Kinderfesten, die meistens gemeinsam von privaten Trägern und den Kommunen initiiert werden, als adäquaten Beitrag der Gesellschaft zur Anerkennung der täglichen Mehrbelastung für die Alleinerziehenden.

Ähnliche Ansätze zu einer zumindest geringen finanziellen Entlastung für Alleinerziehende durch Ermäßigungen, beispielsweise bei den Eintrittspreisen, wünschen sich die Jungen Liberalen Niedersachsen auch von privaten Wirtschaftsakteuren, die in familienorientierten und familienfreundlichen Branchen agieren (z.B. Kino und Zirkus) oder aber in der Vereinsarbeit, z.B. beim Kinderturnen, um insbesondere den Kindern der alleinerziehenden Müttern und Vätern eine verstärkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

¹ http://bundesrecht.juris.de/estg/___24b.html

45

46 Begründung:

47 Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.04**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt**

Schnelle und moderne Rettung an Unfallorten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die für die Einsatzkräfte am Unfallort relevanten Informationen zur Rettung von Personen aus verunfallten Fahrzeugen müssen nach einem standardisierten Schema von den Herstellern und Importeuren auf einer so genannten Rettungskarte zur Verfügung gestellt werden. In Neuwagen soll diese bereits an der Sonnenblende auf der Fahrerseite untergebracht werden. Für Fahrzeughalter älterer Modelle sollen diese modellbezogenen Informationen entweder über das Internet oder die Vertragshändler zur Verfügung gestellt werden.

Auf der anderen Seite muss über einheitliche Rettungsstandards nachgedacht und die technische Ausstattung der Feuerwehren, die immer komplexeren Fahrzeugen gerecht werden müssen, überprüft werden. Spezielle Softwarelösungen mit integrierten Internet-Update können den Rettungskräften hier helfen auf die verschiedensten Fahrzeugtypen schnell zu reagieren. Eine Anschaffung dieser Systeme an entscheidenden Standorten muss geprüft werden.

Die von der Europäischen Union in Betracht gezogene Einführung des eCall-Systems als obligatorischen Dienst lehnen die Jungen Liberalen ab. Grundsätzlich ist fragwürdig, ob eine Einführung angesichts gut funktionierender Notrufsysteme in einigen Mitgliedsstaaten notwendig ist, allerdings kann dieser Standard bisher nicht in allen Staaten vorausgesetzt werden so dass der eCall eine Option zur schnellen und zielgerichteten Rettung bleibt.

Die vollständige Angabe der Fahrgestellnummer bei der Übermittlung der Basisdaten ist in einer Unfallsituation nicht notwendig und muss wieder gestrichen werden.

Ebenso wird die zweite Ausbaustufe des Dienstes, die neben den Basisdaten die Übermittlung von Daten vorsieht, die sich im Besitz Dritter befinden, als nicht bedarfsgerecht angesehen. Jede Sekundärnutzung der Daten z.B. für verkehrsbezogene Vollzugsverfahren ist unzulässig.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Quellen:

- http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/privacy/docs/wpdocs/2006/wp125_de.pdf
- <http://www.bmvbs.de/Verkehr/Strasse/Verkehrssicherheit-2835.1010217/eCall-fuer-mehr-Sicherheit-im-.htm>
- http://www1.adac.de/Verkehr/sicher_unterwegs/unfallforschung/infos_fuer_rettung_skraefte/default.asp?TL=2#atcm:8-233808



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.05

■ Soziales, Familie & Gesundheit

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Osnabrück-Stadt

Demenzkranke vernünftig betreuen!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die Bundesregierung auf, ihre Pläne Langzeitarbeitslose nach einer nur kurzen Einführungszeit in der Pflege Demenzkranker einzusetzen, aufzugeben.

Für die Jungen Liberalen kommt ein Einsatz Langzeitarbeitsloser in der Pflege dementer Menschen nur dann in Frage, wenn höhere Anforderungen an die Art und den Umfang der Qualifizierung gestellt werden und der Einsatz auf einige wenige Bereiche beschränkt bleibt.

Primäres Ziel muss es weiterhin sein, auf eine nachhaltige Pflegereform, die den pflegebedürftigen Menschen zugute kommt, hinzuwirken und gleichzeitig Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Begründung:

Aufgrund des demographischen Wandels wird der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung in Deutschland immer mehr zunehmen, womit auch die Zahl potentieller Demenzkranker steigt. Dies hat zur Folge, dass auch ein höherer Bedarf an Pflegepersonal besteht. Jedoch brauchen alte Menschen, die an einer demenziellen Veränderung leiden und damit schwer krank sind, eine fachkundige und auf ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmte professionelle Betreuung. Sie von Arbeitskräften betreuen zu lassen, die nur deshalb in einer Pflegeeinrichtung tätig sind, weil sie zuvor lange erwerbslos waren, ist fahrlässig und wirkt sich negativ auf die von allen Seiten – auch von der Politik – geforderte Pflegequalität aus.

Wir kritisieren die angedachte Kürze der Qualifizierungsphase von 100 Theorie- und 60 Praxisstunden, die unserer Meinung nach nicht ausreicht, die Bereitschaft und die Fähigkeit für den Umgang mit schwer kranken, alten Menschen zu erlangen.

Des Weiteren sollte der Einsatz Langzeitarbeitsloser in der Demenzpflege auf bestimmte Bereiche beschränkt bleiben. Der Umgang mit dementen Personen führt selbst professionell ausgebildete Pflegekräfte oftmals an den Rand ihrer psychischen Belastbarkeit.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

6.06**■ Soziales, Familie &
Gesundheit****■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Delmenhorst****Notrufnummern stärken**

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen die EU-weite Vereinheitlichung der Notrufnummer 112. Richtigerweise lassen die EU-Regeln jedoch parallel die Beibehaltung der bisherigen nationalen Rufnummern (in Deutschland 110) zu. Daher fordern die JuLis Niedersachsen, dass es bei dieser auch möglich sein muss, bei einem Handy ohne Eingabe eines PIN-Codes Hilfe zu erlangen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

6.07**■ Soziales, Familie & Gesundheit****■ Antragsteller: KV Hannover-Stadt**

Gesundheitspolitik mit Vernunft: Pandemiepläne anpassen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die Bedrohung der Bevölkerung durch die rasante Ausbreitung von Influenzaerkrankungen an, da das allgemeine Gefährdungspotential verschiedener Erreger, das in einer möglichen Mutation der Viren liegt, nach derzeitigen medizinischen Erkenntnissen sehr hoch einzuschätzen ist. Aus diesem Grund unterstützen die Jungen Liberalen Niedersachsen die Ansicht, dass Maßnahmen der Landes- und Bundesregierungen zur Vorbeugung und zum Schutz der Gesellschaft getroffen werden müssen und begrüßen die Aufstellung eines nationalen Pandemieplans, der Schritte zur Eindämmung von Pandemien beschreibt.

I. Ziele & Wege des Pandemieplans

Ziele des Pandemieplans sind nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen

- die Aufklärung der Bevölkerung über Möglichkeiten des Selbstschutzes,
- die Gewährleistung medizinischer Forschungsarbeit und
- die Eindämmung der Krankheit durch geeignete Maßnahmen.

Grundrechte dürfen durch Maßnahmen des Pandemieplans zur Erreichung dieser Ziele grundsätzlich nicht eingeschränkt werden. Dies gilt insbesondere für das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Versammlungsfreiheit. Das Recht auf Freizügigkeit darf nur dann eingeschränkt werden, wenn andere Personen andernfalls einer unmittelbaren, großen Gefahr unwillentlich ausgesetzt werden.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist bei allen Maßnahmen zu wahren. Dies bedeutet auch, dass die nicht auf den Einzelfall bezogene Annahme, das Virus könnte sich in seiner Struktur verändern und insgesamt zu schwereren Krankheitsverläufen führen, nicht allein als Rechtfertigung für individuelle oder allgemeine Einschränkungen der Freizügigkeit durch Quarantänemaßnahmen herangezogen werden kann.

II. Nationaler Pandemieplan & Seuchenpolitik

Der nationale Pandemieplan gibt den Rahmen für die Ausführungspläne der Länder vor und koordiniert deren Vorgehensweisen. Alle im Plan festgelegten Maßnahmen sollen verhältnismäßig und angemessen sein, die Selbstbestimmung der Bürger achten und ein höchstmögliches Maß an Effizienz gewährleisten. Die Jungen Liberalen Niedersachsen stellen fest, dass der Pandemieplan diesen Ansprüchen nicht in allen Punkten gerecht wird und fordern deshalb:

- Die definitorische Phaseneinteilung einer Pandemie ist von der WHO-Empfehlung zu entkoppeln. Zur Einstufung einer Krankheitswelle als Pandemie sind die Merkmale „hohe Zahl an Erkrankten“ sowie „hohe Sterblichkeitsrate“, die im Mai 2009 aus der WHO-Definition gestrichen wurden, wieder einzuführen.

- Die Begrenzung der Zusammenarbeit auf zwei Impfstoffproduzenten im Pandemiefall ist zu prüfen.
- In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen auch die sofortige Beendigung der Praxis, Verträge abzuschließen, welche Subventionszahlungen an Pharmakonzernen allein an die Zusage der Erweiterung von Produktionskapazitäten koppeln. Die Bundesregierung soll sich auch international dafür einsetzen, so oder ähnlich geartete Vereinbarungen zwischen Impfstoffherstellern und Staaten zu unterlassen. Dies dient der Stärkung des Wettbewerbs in der Arzneimittelindustrie, sorgt für geringere Kosten und eine deutliche Abschwächung der latenten Benachteiligung ärmerer Staaten.
- Es ist sicherzustellen, dass Personen, die mittelbar oder unmittelbar an Entscheidungen über Bestellung und Bevorratung von Impfstoffen beteiligt sind (z.B. Mitglieder der Ständigen Impfkommision, Vertreter der beratenden Institute, etc.), keine persönlichen wirtschaftlichen Interessen von Arzneimittelherstellern verfolgen.

III. Niedersächsischer Influenzapandemieplan

Der niedersächsische Pandemieplan regelt die Ausführungsbestimmungen der Reaktionsmechanismen auf den Ausbruch einer Pandemie im Besonderen. Auch hier sehen die Jungen Liberalen Niedersachsen Änderungsbedarf und fordern deshalb:

- Die Festlegung, im Pandemiefall zu einer Impfung zu raten, ist zu streichen. Es ist stattdessen Aufgabe des Landes, Transparenz im Bezug auf Wirksamkeit, Notwendigkeit und Nebenwirkungen der Impfung zu schaffen. Es ist nach Ansicht der Jungen Liberalen Niedersachsen nicht sinnvoll, bedingungslos und in jedem Fall zu einer Impfung zu raten.
- Die Anweisung an Kommunen, im Pandemiefall öffentliche Veranstaltungen zu beschränken, ist an entsprechender Kriterien- und Durchführungsbestimmungen, die Willkür bei der Einschränkung verhindern, zu binden. Es steht jedem frei, sich selbst Gefahren auszusetzen. Dem besonderen Schutzauftrag wird das Land durch das Nachkommen der im Pandemieplan verankerten Aufklärungspflichten gerecht.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

7.01

■ Umwelt &
Landwirtschaft

■ Antragsteller: LAK Wirtschaft & Finanzen

Freier Agrarmarkt

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Julis Niedersachsen fordern alle Subventionen, Produktionsbeschränkungen und Zölle für Agrargüter EU-weit mit sofortiger Wirkung aufzuheben und sich für einen weltweit freien Markt von Agrargütern einzusetzen. Des Weiteren verurteilen die Julis die Subventionierung von Ernährungs-Rohstoffen zu Energieerzeugungszwecken, sowie die Pflicht dazu diese zu verwenden aufs schärfste.

Begründung:

Nahrung ist ein Menschenrecht, dass trotz grüner Revolution und erhöhtem Wohlstand weltweit immer noch vielen Menschen im notwendigen Rahmen verwehrt bleibt. Die Verzerrung und Abschottung des Agrarmarktes, insbesondere durch die entwickelten Länder ist für diese Misere zum großen Teil dafür verantwortlich. Deswegen muss die EU zum Wohle der Menschen überall auf der Welt - auch in Deutschland - ihre verfehlte Agrarpolitik endgültig aufgeben.

Ferner lehnen die Julis Niedersachsen Agrarsubventionen auf EU-Ebene ab, da diese eine unwirtschaftliche Überproduktion fördern.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

7.02**■ Umwelt &
Landwirtschaft****■ Antragsteller: KV Osterholz**

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen fordern die FDP auf sich in der Bundesregierung gegen eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zu stellen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen durch die nicht geklärte Endlagerfrage und die Sicherheitsrisiken einiger Atommeiler, gerade in Zeiten des internationalen Terrorismus, einen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie als dringend notwendig an. Gleichzeitig muss auch der Ausstieg aus der Kohleenergie vorangetrieben werden. Hierzu ist ein Abbau der Subventionen der Kohleindustrie erforderlich.

Begründung:

Erfolgt mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

7.03

■ Umwelt &
Landwirtschaft

■Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand

Das Dosenpfand gehört in die Tonne!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen verneinen die Notwendigkeit eines Einwegpfandes. Dieses hat zu einem für die Discounter erheblichen Gewinnsprung bei Getränken in Einwegverpackungen geführt, bei den mittelständisch bis kleinbetrieblich organisierten Betrieben in Vertrieb und Herstellung anderer Marken jedoch zu einem ruinösen Preiskampf. So erreichen die Discounter inzwischen durch ihre Marktdominanz eine marktbeherrschende Stellung, die sie durch in diesem Markt sehr hohe Gewinnmargen von teils über 40% sichern. Dies wird ermöglicht durch das Einwegpfand: durch Pfandschlupf, sortenreines Recycling und gesparte Gebühren für den Grünen Punkt erhöht sich die Marge von branchenüblichen 10% auf die oben genannten 40% - jedoch nicht durch marktwirtschaftliche Überlegenheit, sondern allein durch eine planwirtschaftliche Methode, deren Sinn nach wie vor im Zweifel steht. Die Marktteilnehmer werden derzeit für den Verkauf umweltpolitisch negativer Einwegverpackungen belohnt. Die Jungen Liberalen fordern daher die Einführung eines gerechten Steuerungsinstrumentes, um die umweltfreundlichen PET-Mehrwegsysteme wieder konkurrenzfähig zu machen. Hierzu gehört die Abschaffung des Einwegpfandes. Die Jungen Liberalen lehnen ebenso die von Umweltverbänden geforderte Gebühr für Einwegverpackungen ab, da dieses Modell wie eine den Markt verzerrende Steuer den Wettbewerb behindert. Verpackungen können jedoch in den Emissionshandel einbezogen werden, so dass über diesen Mechanismus die Treibhausgasemissionen eingepreist werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

7.04■ Umwelt &
Landwirtschaft

■ Antragsteller: Erweiterter Landesvorstand, KV Hannover-Stadt

Lösung der Endlagerfrage

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Suche nach einem geeigneten Atommüllendlager ist ohne Verzug wieder aufzunehmen. Hierfür ist der Untersuchungsstop für das mögliche Endlager in Gorleben aufzuheben. Weiterhin ist im Anschluss die Suche nach einer geeigneten Lagerstätte an allen dafür potentiell geeigneten Orten in Deutschland weiterzuführen. Hierbei müssen alle möglichen unterirdischen Lagerstätten, die aus geeigneten Mineralien bestehen, in Betracht kommen, unabhängig von Bundesland oder Grenznähe. Dies ist für die Jungen Liberalen ein wichtiger Punkt, da die Fixierung auf den Salzstock in Gorleben nicht zuletzt auf die Nähe zur ehemaligen innerdeutschen Grenze und die dünne Besiedlung zurückzuführen ist. Solche rein politischen Gründe dürfen nach Ansicht der Jungen Liberalen aber keine Rolle bei einer so heiklen Ausschreibung spielen, die Suche und eine anschließende Entscheidung muss an vorher festgelegten, objektiven Kriterien festgemacht werden. Das LMU wird in seinen diesbezüglichen Bemühungen bestärkt und aufgefordert, auch auf das BMU einzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

8.01

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: KV Northeim

Netzneutralität erhalten!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen bekennen sich zur Netzneutralität.

Um den freien Wettbewerb auf dem Markt der Ideen und Angebote im Internet zu gewährleisten, müssen Provider analog zu Post- und Paketdienstleistern alle Informationen gleichberechtigt und ohne Filterung übertragen. Filtermaßnahmen zur Abwehr von Angriffen auf die Infrastruktur (wie DoS oder SPAM) müssen aber weiterhin erlaubt sein.

Der Einsatz von Technologien wie „Deep Packet Inspection“ bei Internet Service Providern (ISPs) muss auf Basis klarer und transparenter Regeln stattfinden, die die Diskriminierung von bestimmten Diensten ausschließen und den Datenschutz gewährleisten.

Quality of Service muss zwar weiterhin erlaubt bleiben, darf jedoch nicht dazu führen, dass Netzbetreiber sich weigern ihre Netze bei steigendem Bedarf auszubauen und stattdessen einfach die Nutzer oder Anbieter von Angeboten künstlich drosseln.

Die Diskriminierung von Inhalteanbietern muss durch klare und transparente Regeln verhindert werden.

Die Bundesnetzagentur sollte damit beauftragt werden, Verstöße gegen die Netzneutralität aufzuzeigen und zu verfolgen.

Die Jungen Liberalen unterstützen die Vorschläge vom Vorsitzenden der US-Regulierungsbehörde (FCC) zur Netzneutralität:

1. Internetbenutzer haben das Recht, auf Inhalte ihrer Wahl zuzugreifen, sie zu senden und zu empfangen.

2. Internetbenutzer haben das Recht, Anwendungen und Dienste ihrer Wahl zu benutzen und auszuführen.

3. Internetbenutzer haben das Recht, Hard- und Software ihrer Wahl zu nutzen, wenn sie das Netz nicht schädigt.

4. Internetbenutzer haben das Recht, gemäß den Prinzipien des freien Marktes zwischen Netzwerk-, Anwendungs-, Service- und Inhalte-Anbieter zu wählen.

5. Internetbenutzer haben das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zum Internet. Weder dürfen bestimmte Anwendung oder Dienste blockiert werden, noch dürfen bestimmte Sender oder Empfänger vom freien Datenverkehr ausgeschlossen werden. Provider dürfen nicht bestimmte Dienste behindern oder sperren, noch dürfen sie bestimmte Inhalte oder Anwendungen bevorzugen. Insbesondere dürfen sie nicht Dienste blockieren, die in Konkurrenz zu ihren eigenen Serviceleistungen stehen.

Gleichberechtigung von Daten war und ist ein Innovationsmotor. Die Idee, dass jeder aus seinem Wohnzimmer das nächste Facebook oder Google entwickeln kann hat maßgeblich zum Siegeszug des freien Netzes, gegenüber von Anbietern regulierten Netzen wie Compuserve oder AOL beigetragen.

Das Internet muss weiterhin ein Ort der Freiheit bleiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

8.02

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt

GEZ serviceorientierter gestalten

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Bis zur Abschaffung der GEZ laut Beschlusslage der Landes- und Bundes- JuLis gehört diese serviceorientierter ausgestaltet. Dazu gehört, dass Befreiungen von der GEZ auch zeitnah umgesetzt werden. Die Kostenbefreiung soll rückwirkend zu Beginn des Befreiungszeitraumes erfolgen, wenn innerhalb einer Frist von drei Monaten der Antrag zur Kostenbefreiung bei der GEZ eingegangen ist.

Begründung:

Die Befreiung von der GEZ gilt für die Empfänger staatlicher Transferzahlungen- also unter anderem für die Empfänger von ALG II. Von der Beantragung dieser Leistung bis zum ersten Leistungsempfang und der Ausstellung der Bescheinigung zur GEZ-Befreiung kann es sich derzeit wochenlang hinziehen. Die Aussetzung der Gebührenzahlung bei der GEZ muss hingegen mindestens einen Monat im Voraus erfolgen:

In den Schreiben der GEZ heißt es dazu wörtlich: „Die Befreiung beginnt mit dem Monat, der auf den Monat folgt, in dem der Antrag gestellt wurde und bei der GEZ eingegangen ist.“

Diese Handhabung geht oft unverschuldet zu Lasten der Transferempfänger, deren Budgetplanung die Rundfunkgebühren weder vorsehen noch grundsätzlich erfüllen können. Die GEZ wird daher aufgefordert, Befreiungen auch bis zu drei Monate rückwirkend zu akzeptieren und entsprechend zuviel gezahlte Beiträge zu erstatten.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
☐ geändert angenommen
☐ abgelehnt
☐ verwiesen an: _____

8.03

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: KV Harburg-Land

Gegen ein „Leistungsschutzrecht“ für Verlage!

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, gegen ein „Leistungsschutzrecht“ für Verlage zu stimmen. Wir sind gegen die Einführung eines speziellen Urheber-Leistungsschutzrechts für Verlage. Anstatt neue urheberrechtliche Spezialregeln im Onlinebereich für sich zu beanspruchen, fordern wir die Verlage dazu auf, sich dem Wettbewerb im Internet zu stellen und mit der Entwicklung neuer, innovativer Geschäfts- und Vermarktungsmodelle voranzuschreiten, anstatt um neuen Protektionismus zu betteln.

Begründung:

In der sog. „Hamburger Erklärung“ haben sich Ende Juni 166 Verlage aus Deutschland dafür ausgesprochen, mit Hilfe eines neu zu schaffenden Leistungsschutzrechts den Urheberrechtsschutz im Internet auszubauen. Dabei geht es insbesondere gegen Dienste wie Google News, die Sammlungen mit Links zu Artikeln bereitstellen. Dies ist bislang – online wie offline – durch die urheberrechtliche Schranke der Zitierfreiheit erlaubt.

Wir sprechen uns dagegen aus, hier nun Sonderrecht auf Lobbywunsch zu schaffen, weil schlichtweg keine Notwendigkeit dafür besteht:

Die Artikel und Fotos selbst unterliegen im Internet dem normalen urheberrechtlichen Schutz. Niemand darf ohne Genehmigung diese Werke vervielfältigen oder anderweitig nutzen. Die Möglichkeit, mit der genehmigungsfreien Nutzung kurzer Zitate die Diskussion über die Artikel zu ermöglichen, hat sich seit Jahrzehnten bewährt und durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Internet neue Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt profitieren auch die Verlage davon, werden doch durch die auf sie gesetzten Links neue Besucher auf ihre Seiten gelenkt, die zusätzliche Werbeeinnahmen erzeugen. Ist ein Verlag nicht bereit dazu, seine Artikel kostenfrei (über Werbefinanzierung) zur Verfügung zu stellen, so ist dies schon jetzt sein gutes Recht und eine Verlinkung schlichtweg nicht möglich.

Und wenn eine Verlinkung auf Suchmaschinen nicht erwünscht ist, so kann jeder Verlag seine ganze Seite oder einzelne enthaltene Artikel aus dem Such-Index ausschließen.

Die Verlage fordern ein „Lex Google“. Das darf und kann es aber nicht geben. Eine allgemeine Fassung eines möglichen Gesetzes würde aber die komplette Struktur des Internets nicht nur in Frage stellen sondern unterlaufen. Es wäre dann ohne Genehmigung nicht mehr erlaubt, urheberrechtlich geschützte Werke wie z.B. einen Artikel auf „Spiegel Online“ in seinem eigenen Blog, auf Webseiten oder in Twitter zu verlinken. Eine solche Entwicklung würde eine enorme Einschränkung des freien Informationsaustausches im Internet bedeuten und ist mit urheberrechtlichen Interessen nicht zu rechtfertigen.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

8.04

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: KV Harburg-Land

Kennzeichnung von Printmedien in Parteibesitz

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine Kennzeichnung von Printmedien aus, an denen politische Parteien einen Anteil von über 5 % halten. Die Kennzeichnung erfolgt mit dem Logo der politischen Partei und der Höhe der prozentualen Kapitalbeteiligung auf der ersten Seite der Publikation. Die Regelung gilt auch für Beteiligungen die über Holdinggesellschaften oder andere indirekte Rechtskonstruktionen verwaltet werden.

Begründung:

Publikationen von politischen Parteien und deren Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaften müssen eindeutig als solche gekennzeichnet sein, um die Leser im ausreichenden Maße hierüber zu informieren. Auf diese Weise soll eine versteckte Einflussnahme der Parteien auf die Leserschaft unterbunden werden. Es ist für die Jungen Liberalen nicht hinnehmbar, dass z.B. die SPD über die dd_vg (100 % im Besitz der SPD) an Printmedien wie Hannoversche Allgemeine, Göttinger Tageblatt, Cuxhavener Nachrichten, Frankfurter Rundschau, Westfälische Rundschau und viele andere beteiligt ist, ohne explizit auf diese Verflechtung hinzuweisen.

Des Weiteren erfolgt die Begründung mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

8.05

■ Medien & Kultur

■ Antragsteller: KV Ammerland

Einschränkungen für regionalen privaten Rundfunk aufheben

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Privatrechtlichen Hörfunk- und Fernsehsendern, die ihr Programm nur in einem Teil Niedersachsens ausstrahlen wollen, soll die Zulassung durch die Landesmedienanstalt ermöglicht werden. Hierzu ist das Niedersächsische Mediengesetzes zu reformieren, das privaten, regional begrenzten Rundfunk bisher untersagt.

Begründung:

Nach dem Niedersächsischen Mediengesetz erhalten private Rundfunksender nur eine Zulassung, wenn sie das gesamte Bundesland Niedersachsen abdecken. Von dieser Auflage ausgenommen sind lokale Bürgersender, die auf nichtkommerzieller Basis regionalen Rundfunk ausstrahlen und das Ziel der Vermittlung von Medienkompetenz verfolgen („Offene Kanäle“).

Privaten Fernsehsendern bleibt lediglich die Zulassung als Mediendienst, die aber mit weitreichenden Einschränkungen verbunden sind. So dürfen Moderationen nur im Rahmen von Verkaufssendungen ausgestrahlt werden; ansonsten dürfen Informationen und Nachrichten nur per Laufband angezeigt werden.

Weiter erfolgt die Begründung mündlich



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

9.01

■ Satzung &
Verbandsinterna

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand
kommissarisch für die Satzungskommission

Änderung der Satzung

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Satzung der Jungen Liberalen Niedersachsen wird wie folgt geändert:

1. §2 Nr.2: Sätze 2-4 streichen
2. §2 Nr.3 mit folgendem Wortlaut einfügen: „In dem Fall, dass kein KV vorhanden ist, wird das Mitglied vom geschäftsführenden Landesvorstand einem anderen Kreisverband zugeordnet.“
3. §3 Nr.3 a: Absatz entfernen.
4. §3 Nr.3 b: Absatz entfernen; „Der Austritt“ durch „dieser“ ersetzen.
5. §3 Nr.3 c: Absatz entfernen.
6. §3 Nr.3 d: Füge nach Satz 1 einen Punkt ein und streiche den Satz „Erwirbt ein Mitglied die Mitgliedschaft eines anderen Juli-Landesverbandes endet die Mitgliedschaft.“
7. §5 Nr.2: Satz 2 streichen.
 8. §5 Nr.4 S.1: „Stimm-“ streichen.
9. §5 Nr.4 nach Satz 1 als neuen Satz 2 einfügen: „Stimmberechtigt ist jedes Mitglied, dessen Mitgliedschaft spätestens bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Landeskongresses bestätigt wurde. Eine Stimmrechtsübertragung ist nicht möglich.“
10. §5 Nr.4 als neuen Satz 5 einfügen: „Näheres regelt die Geschäftsordnung des Landeskongresses“.
11. §5 Nr.6 Satz 3: Ersetze „satzungsgemäße Gremien“ durch „in der Satzung genannten Gremien“.
12. §6 Ersetze Nr. 4 durch folgenden Wortlaut: „Die vorzeitige Abberufung eines Landesvorstandsmitgliedes erfolgt durch den Landeskongress mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Landeskongress.“
13. §8 Nr.4 als neuen Satz 2 einfügen: „Die Termine sollen aber auf der Homepage des Landesverbandes bekannt gegeben werden.“
14. §9: Nr.2 & Nr.3 zusammenfügen.
15. §10 Nr. 1 als neuen Spiegelstrich einfügen: „Mitglieder des Landesschiedsgerichts müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben“.
16. §14 a.E. einfügen: „die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung zu verwenden hat.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

9.02

■ Satzung &
Verbandsinterna

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand
kommissarisch für die Satzungskommission

Änderung der Geschäftsordnung des Landeskongresses

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Geschäftsordnung des Landeskongresses (LaKo-GO) wird mit Wirkung zum nächsten Landeskongress wie folgt geändert:

1. § 3 I wie folgt abändern: „Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften der Satzung. Der Landesvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit vor der Wahl des Tagungspräsidiums fest.“
2. § 11: Komplettersetzung mit folgendem Wortlaut: „(1) Gegen alle Ermessensentscheidungen des Tagungspräsidiums kann nur unverzüglich durch ein Mitglied - im Falle des Saalverweises eines Nichtmitgliedes auch durch dieses - Einspruch eingelegt werden. Über den Einspruch entscheidet unverzüglich das Landesschiedsgericht. (2) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Wird ein Saalverweis für unzulässig erklärt, müssen alle Wahlen und Abstimmungen wiederholt werden, für deren Ausgang Stimmabgabe der des Saales verwiesenen Personen erheblich gewesen wäre.“
3. § 15 I: Füge eine Nr.8 mit folgendem Wortlaut ein: „der Antrag auf Nichtbefassung nach Maßgabe des § 17 IV dieser GO“. Nr. 8 alter Fassung wird zu Nr. 9.
4. § 17 I: Füge nach „Antragsteller“ ein: „oder einen von ihm beauftragten Redeberechtigten“.
5. § 19 streichen.
6. § 23 II: Ersetze „letzten“ durch „ersten“. Danach einfügen: „Das Schiedsgericht wird am letzten Tagungstag des Landeskongresses gewählt“
7. § 23 III streichen.
8. § 23a neu einfügen: „Titel: Vorzeitige Abberufung von Landesvorstandsmitgliedern. (1) Die vorzeitige Abberufung von Landesvorstandsmitgliedern kann nur durch konstruktives Misstrauensvotum erfolgen. (2) Ein Antrag auf konstruktives Misstrauensvotum kann nur von mindestens 4 Kreisverbänden oder 40 namentlich genannten Mitgliedern der JuLis Niedersachsen gestellt werden. Der Antrag muss das betroffene Landesvorstandsmitglied sowie den Bewerber nennen. (3) Für den Antrag gelten die Form- und Fristvorschriften eines Satzungsänderungsantrags. Er muss mit der Einladung zum Landeskongress verschickt werden. (4) Der Antrag ist auf dem Landeskongress als Personalangelegenheit zu behandeln. Der Bewerber kann vom Landeskongress nicht verändert werden. Der Antrag muss mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- ☐ angenommen
- ☐ geändert angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ verwiesen an: _____

9.03

■ Satzung &
Verbandsinterna

■ Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand
kommissarisch für die Satzungskommission

Neufassung der Geschäftsordnung der Landesarbeitskreise

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

Die Geschäftsordnung der Landesarbeitskreise (LAK-GO) wird wie folgt neu gefasst:

§ 1 Wirkung der Geschäftsordnung

Die Landesarbeitskreise (im Folgenden „LAK“) werden gemäß § 9 der Satzung der Jungen Liberalen Niedersachsen e. V. (im Folgenden „Landessatzung“) eingerichtet. Für deren Arbeit gilt entsprechend § 9 Nr.3 der Landessatzung diese auf dem 58. Landeskongress am xx. November 2009 beschlossene Geschäftsordnung.

§ 2 Einrichtung und Bereichsabgrenzung der Landesarbeitskreise

Der geschäftsführende Landesvorstand (im Folgenden „gLaVo“) richtet die Landesarbeitskreise gemäß der Satzung ein und legt ihre Tätigkeitsgebiete fest. Er geht dabei nach zweckmäßigen Kriterien vor und konsultiert vor der Umstrukturierung von bestehenden Arbeitskreisen die betroffenen LAK-Leiter.

§ 3 Wahlen zum Landesarbeitskreis

(1) Zu den Wahlen des LAKs muss an alle Julis im Landesverband Niedersachsen gemeldeten Mitglieder eine Einladung per E-Mail mindestens 14 Tage vor der Wahl zugehen. Die Einladung kann vom gLaVo oder dem bisherigen LAK-Leiter erstellt werden.

(2) Bei der Wahl der Zeit und des Ortes der Wahl ist zu beachten, dass alle Mitglieder den Tagungsort ohne zu große Hürden erreichen können.

(3) Die Wahlen im LAK werden von einem Vertreter des gLaVo oder einer von dieser beauftragten Person geleitet.

(4) Die Wahlen finden im Verfahren der getrennten Einzelwahl statt. Die Wahlen haben stets geheim statt zu finden und es ist unbedingt notwendig ein Protokoll vom Wahlvorgang zu erstellen. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten abgegebenen Stimmen bekommt. Das aktive und passive Wahlrecht haben alle Julis im LV Niedersachsen.

(5) Es werden ein Leiter für den LAK und bis zu drei Stellvertreter gewählt. Stellvertreter können bei jeder folgenden Sitzung auch ohne Beachtung des Abs. 3 nachgewählt werden.

(6) Die Stellvertreter des LAK-Leiters sind alle gleichberechtigt. Im Falle der Abwesenheit des LAK-Leiters und wenn keine Weisung vom LAK-Leiter oder gLaVo kommt, welcher Stellvertreter die Sitzung leitet, ist relevant welcher Stellvertreter zuerst im Wahlverfahren gewählt wurde.

(7) Die Amtszeit der LAK-Leitung beträgt ein Jahr.

§ 4 Organisation

(1) Der LAK-Leiter sollte der Landesgeschäftsstelle der Julis Niedersachsen die Einladungen zu Sitzungen des LAKs mindestens 14 Tage vor dem Tagungstermin zusenden. Diese leitet diese an die Mitglieder der Julis Niedersachsen e.V. weiter. Die LGS leitet diese unverzüglich an alle Mitglieder der Julis NDS weiter.

(2) Der LAK-Leiter hat eine Liste mit den Teilnehmern (mit E-Mail-Adressen) des LAKs zu führen. Dabei ist der Datenschutz zu beachten. Zur Absicherung der Daten können die Landesgeschäftsstelle und der gLaVo auch Zugriff auf eine aktuelle Liste mit Namen und EMail-Adressen verlangen.

(3) Von den Sitzungen sollte ein kurzes Protokoll von den behandelten Themen und den anwesenden Teilnehmern erstellen werden. Das Protokoll muss lediglich die behandelten Themen und ggf. die wichtigsten dabei angesprochenen Punkte beinhalten. Das Protokoll ist an alle Teilnehmer des LAK per E-Mail zuzuschicken.

(4) Die Sitzungstermine sind soweit möglich, mehrere Monate im Voraus mit den aktiven Teilnehmern abzuklären. Die Sitzungen sollten zentral und in Niedersachsen stattfinden.

§ 5 Sitzungsorganisation

(1) Der LAK-Leiter lädt zu den Sitzungen des LAK ein und leitet diese. Auch ist dieser für die Organisation von internen und externen Referenten bei LAK-Sitzungen zuständig. Er kann diese Aufgabe auf einen seiner Stellvertreter übertragen.

(2) Die Sitzungen sollen mindestens drei Mal jährlich stattfinden.

(3) Ist der LAK-Leiter verhindert, kann einer seiner Stellvertreter die Sitzungsleitung übernehmen. Bei mehreren Stellvertretern wählt der LAK-Leiter einen Stellvertreter der für diese Sitzung die Leitung übernimmt.

(4) Lädt der LAK-Leiter vier Monate nach der letzten LAK-Sitzung nicht zu einer dann innerhalb 21 Tagen stattfindenden Sitzung ein, kann der gLaVo einem Stellvertreter diese Kompetenz für einzelne Sitzungstermine übertragen.

(5) Der LAK-Leiter verschickt die Sitzungsunterlagen für die Sitzung rechtzeitig vorher über seinen E-Mailverteiler.

(6) Alle Abstimmungen im LAK sind offen, außer bei Wahlen oder wenn ein Mitglied eine geheime Abstimmung fordert. Für eine erfolgreiche Abstimmung ist stets die einfache Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen notwendig.

(7) Für Geschäftsordnungsanträge und andere Verfahrensweisen, soweit nicht in dieser Geschäftsordnung kodifiziert, ist die Geschäftsordnung zu Landeskongressen der JuLis Niedersachsen heranzuziehen.

§ 6 Aufgaben des LAK

(1) Der LAK hat die Themen in seinem Fachgebiet und davon abhängige Themen zu behandeln.

(2) Der LAK Leiter sollte die Themen mit dem LAK-Betreuer des gLaVo besprechen, ist in seiner Themenwahl davon jedoch unabhängig.

(3) Der LAK sollte so schnell wie möglich die an ihn verwiesenen Anträge bearbeiten. Gibt er dem verweisenden Gremium oder dem gLaVo sechs Monate nach der Erklärung des Verweises gegenüber dem LAK-Leiter keine Erklärung zum verwiesenen Antrag ab, kann der gLaVo bestimmen, dass ein anderes Gremium sich mit dem vom LAK nicht behandelten Antrag beschäftigt.

(4) Die LAK-Leitung sollte für Referatsanfragen von Kreisverbänden und für Veranstaltungen des Landesverbandes zur Verfügung stehen.

(5) Der LAK sollte die Beschlusslage der JuLis überprüfen und bei Handlungsbedarf Änderungsanträge stellen um diese auf neue Verhältnisse anzupassen.

(6) Die LAKs sind nicht berechtigt, sich selbständig an die Öffentlichkeit zu wenden. Dies kann nur mit vorheriger Zustimmung des Landesvorsitzenden geschehen. Örtliche Veranstaltungsbekanntmachungen in der Lokalpresse sind davon nicht betroffen.

§ 7 Auflösung des LAK / Abwahl der LAK-Leitung

(1) Der LAK darf vom gLaVo aufgelöst werden, wenn dieser in den letzten sechs Monaten nicht getagt hat.

(2) Der gLaVo ist im eLaVo dazu berechtigt ein Misstrauensvotum für die gesamte LAK-Leitung zu beantragen. Wird das Misstrauen ausgesprochen, muss für die kommissarische Leitung für maximal drei Monate eine Person andere eingesetzt werden.

(3) Zur Auflösung bestehender LAKs ist die Zustimmung von mindestens 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des eLaVo notwendig.

§ 8 Kooperation mit anderen Gremien

(1) Es sollte an jeder Sitzung zu den dem LAK passenden Themengebieten stattfindenden Landesfachausschusssitzungen der FDP nach Möglichkeit mindestens ein Mitglied des LAK teilnehmen und danach im LAK darüber berichten.

- 105 (2) Eine Vernetzung mit den entsprechenden Bundesarbeitskreisen der JuLis sollte ebenfalls
106 erfolgen.
- 107 (3) Der LAK-Leiter sollte seine Ziele, Themen und Termine mit dem LAK-Betreuer im gLaVo
108 regelmäßig absprechen. Der gLaVo hat zu den Punkten nur ein Vorschlagsrecht.
- 109 (4) Die Teilnehmer des LAK bekommen bei Möglichkeit und Notwendigkeit ihre Fahrtkosten
110 durch den gLaVo (anteilig) erstattet. Dabei ist stets vorher Absprache mit dem gLaVo zu halten.
111 Eine Verpflichtung für Fahrtkostenerstattungen besteht nicht.
- 112 (5) Ein genereller Anspruch auf Kostenerstattungen besteht nicht. Im Vorfeld kann in
113 besonderen Fällen nach Absprache mit dem gLaVo eine Kostenerstattung möglich.
114
- 115
- 116 Begründung:
- 117
- 118 Erfolgt mündlich.



Niedersachsen

Änderungsantrag:



Niedersachsen

Änderungsantrag:



Niedersachsen

Änderungsantrag:

Die Gedanken sind frei

Die Gedanken sind frei
wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen
mit Pulver und Blei:
Die Gedanken sind frei!

Ich denke, was ich will
und was mich beglückt,
doch alles in der Still'
und wie es sich schicket.
Mein Wunsch und Begehren
kann niemand verwehren,
es bleibt dabei:
Die Gedanken sind frei!

Das Niedersachsenlied

Von der Weser bis zur Elbe,
Von dem Harz bis an das Meer
Stehen Niedersachsens Söhne,
Eine feste Burg und Wehr
Fest wie unsre Eichen
halten alle Zeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!

Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!

Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!